Vom Jahre 1730 bis zum Jahre 1802, und von Nr. 401 bis Nr. 1058, nebst Sachverzeichniß

urn:nbn:de:hbz:5:1-128

Land-Commissariate ausgefertigten Marschroute weder einquartirt noch verpflegt und, bei eigenmächtiger Quartiernahme, verhaftet werden. (Conf. chf. Ed. Saml. Bd. II. S. 470.)

---

598. Bonn den 4. September 1764.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Mit Bezug auf die am 26. Juni 1752 erlassene Verordnung wird bestimmt, daß (im oberrheinischen Erzstifte) die Verunreinigung der Wege und Landstraßen, so wie die Füllung der Gräben mit Unkraut, Grund und Abfall, mit 1 Gldg. Strafe belegt, und zwar bei nicht ermitteltem Thäter von dem anschiessenden Grundeigenthümer gezahlt werden soll; daß der bei Keller- und Brunnen-Anlagen zu Bonn gewonnen werdende Grand als taugliches Wegebau-Material an bezeichnete Orte gebracht, und daß alljährlich zwischen Ostern und Pfingsten die Ausräumung der Gräben an den Landstraßen allgemein bewirkt werden müsse. (Conf. chf. Ed. Saml. Bd. II. S. 105.)

---

599. Bonn den 2. October 1764.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Das kaiserliche Amortisations-Edikt vom Jahre 1728 soll in den erzstiftischen Landen dieß- und jenseits Rheines, jedoch mit Vorbehalt der nach Umständen deshalb zu ertheilenden landesherrlichen Dispensationen, zur Anwendung kommen. (Conf. chf. Ed. Saml. Bd. II. S. 26.)

Bemerk. Unterm 10. Dezember ej. a. ist auch die am 22. Juli 1733 gemachte Ausnahme des Domkapitels erneuert worden. (s. l. c. S. 27.)

---

600. Bonn den 2. Januar 1765.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Unter Festsetzung des Courses folgender Münzen, nämlich:
der Carld'or und Schild-Louisd'or zu 11 flor. rhein.

der französischen, spanischen und lüneburger Pistolen zu . . . . . 8 flor. rhein. 34 Stüber.
der Ducaten zu . . . . . 5 „ „ — „
der Sonnen-Louisd'or zu . . 10 „ „ 24 „
der Kronen- oder Laub-Thaler zu 2 „ „ 24 Kopfst.
der doppelten Louisblanc zu . 2 „ „ 10 Stüber.
der einfachen zu . . . . . 1 „ „ 5 „
der halben zu . . . . . 22 Stbr. 8 Hlr.
der churbairischen u. würtemberger Gulden 20 „ — „

wird bestimmt, daß bey Zahlungen an die landesherrlichen Kassen nur $\frac{1}{3}$ der Beträge in Stüber- und halben Stüber-Stücken entrichtet werden darf, der Rest aber in Conventions- oder andern guten Gold- und groben Silber-Münzen nach ihren festgesetzten Coursen abgeführt werden muß.

Bemerk. Unterm 9. ej. m. ist vorsorglich gegen Mißdeutung der am 24. Dezember v. J. (Nr. 595 d. S.) und der vorstehend erlassenen Coursbestimmung festgesetzt worden, daß bei abgelegt werdenden Capitalien die Münzen in dem Courant- oder Spezies-Course, wie sie hergeliehen worden sind, rückerstattet werden sollen.

---

601. Bonn den 16. Januar 1765.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Wegen des sich vermehrenden Spielens in auswärtigen Lotterien wird das Collektiren für jede Lotterie, welche nicht eine specielle landesherrliche Autorisation erhalten hat, bei 100 Gldg. und schärferer Strafe verboten. (Conf. chk. Ed. Saml. Bd. II. S. 286.)

---

602. Bonn den 2. März 1765.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

In den sämmtlichen churfürstl. Landen dürfen ferner, bei Vermeidung willkührlicher Brüchtenstrafe, keine Aerzte, Wundärzte, Apotheker und Hebammen ihre Kunst ausüben, welche nicht, — nach vorheriger Prüfung durch den churfürstlichen Leibarzt, oder, bei zu großer Entfer-

nung durch die angeordneten Land-Physiker und auf den Grund desfallsiger Fähigkeitszeugnisse —, eine von der churfürstl. Hofkanzlei ausgefertigte Approbations-Urkunde erlangt haben. (Conf. chk. Ed. Saml. Bd. II. S. 275.)

---

603. Bonn den 10. April 1765.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Uebernachtende Prozessionen und Bittfahrten sollen, weil sie zu allerlei Ausschweifungen, Aergernissen und Vernachlässigungen der Haushaltungen Veranlassung geben, im ganzen Erzstifte Cöln ferner nicht mehr Statt finden. (Conf. chk. Ed. Saml. Bd. II. S. 46.)

Bemerk. Das erzbischöfliche General Vikariat zu Bonn hat vorstehende Verordnung unterm 25. ej. m., mit der Weisung an die Pfarrer, publicirt, anstatt der untersagten und ferner zu unterlassenden Prozessionen ein örtliches Kirchenfest zu feiern; sodann ist unterm 14. Juli 1769, wegen übernachtender (sogar ins Ausland und ohne Begleitung eines Geistlichen gehender) Wallfahrten und Prozessionen, das obige Verbot, bei 10 Gldg. Strafe für jeden Contravenienten, erneuert worden. (s. l. c. S. 47.)

---

604. Bonn den 17. April 1765.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Nachdemahlen Uns mißfälligst zu vernehmen vorgekommen, daß, obwohlen durch verschiedene bey Unseren Ertzstiftischen Gerichteren und Ober-Reichs-Dicasterien erlassene Urtheilen zu Recht erkent und festgestellet sich befindet, daß von denen auf zehndbaren Aeckeren gesetzten sogenannten Grund-Beeren, sowohl als von anderen Früchten der Zehnd abgeführet werden solle und müsse, an einigen Oerter nicht dieweniger darüber noch Anstand gemacht und kostbare Prozessen erwachsen seyen, Wir aber dergleichen kostbar- und schädlichen Unweesen einmahl für all abgeholfen und vorgebogen wissen wollen; Als wird hierdurch allen und jeden Eingesessenen Unseres Ertzstifts bekennt gemacht und gnädigst auch ernstlich anbefohlen,

daß sie von denen auf zehndbaren Aeckeren ansetzenden Grund-Beeren nicht weniger als von anderen Früchten den Zehnd jährlichs an die gewöhnliche Decimatores so gewiß abführen und entrichten sollen, als bey dessen Entstehung sie ohne einige weitere Anfrag darzu mit Ersetzung deren aufgehenden Kösten unverzüglich jedesmahls durch des Orts Gerichtere oder Beamte executivè vermöget werden sollen.

---

605. Bonn den 12. Juni 1765.

Max. Friedrich, Erzb u. Chrfst.

Unter wiederholter Verbietung der in den sämmtlichen churfürstl. Landen stattfindenden kostbaren Gastereien und Schwelgereien, wird bestimmt, daß bei vollendeten Neubauten die Freunde und Nachbarn mit Speise und Trank nur mäßig bewirthet, und daß bei Kindtaufen und Hochzeiten nur 6 Paar der nächsten Verwandten, bei Begräbnissen aber durchaus keine Gäste zum Essen eingeladen werden dürfen; schwelgerische Baufeste sollen mit angemessener Brüchten-Strafe, Kindtaufs-, Hochzeits- und Leichen-Zechen aber mit 10 Gldg. und höherer oder anderer Strafe belegt werden. (Conf. chf. Ed. Saml. Bd. II. S. 245.)

---

606. Bonn den 12. Juni 1765.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Die im Herzogthum Westphalen gelegenen schatzpflichtigen Güter ausländisch wohnender Eigenthümer müssen zu allen gewöhnlichen und außerordentlichen Real-Lasten pro Rata mit beitragen, und soll deren Beitrags-Quote nöthigenfalls exekutive beigetrieben werden. (Conf. chf. Ed. Saml. Bd. II. S. 423.)

---

607. Bonn den 3. Juli 1765.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Obschon Unsere Herren Vorfahren am Ertzstift Cölln mehrmalen ernstlich gebiethen und befehlen lassen, daß ein jeder, deme es rechtmäßig nicht gebührt, sich so wohl des

kleinen als groben Wildprett-Schiessens wie auch des Fischen und Krebsen in Unserem Ertzstift Cöln und Landen bey Vermeydung schwerer Straf enthalten solle, jedannoch Uns ungnädigst vorgekommen, was gestalten all-solchen Befelcheren nicht gehörend, bevorab in Unserem Vest Recklinghausen nachgelebet; sondern das Wildprett ohne Unterscheid von vielen so dazu nicht berechtiget heim- und öffentlich hinweggeschossen, auch das Fisch- und Krebs-Fangen ungescheuet verübet werde: Wie nun Wir sothanes verbottenes Schiessen und Fischen nach wie vor nicht gestatten weder ungestrafet lassen wollen; so thuen Wir hiemit alle und jede Eingesessene und Einwohner Unseres Ertzstifts Cölln, besonders auch im Vest Recklinghausen (der oder dieselbe seyen wer sie immer wollen) von allem Schießen, Fischen und Krebsen hiemit gnädigst abwarnen, auch ernstlich und bey Vermeydung von hundert fünfzig Goldgülden und nach Gestalt des Verbrechens unter Leibs-Straf, Kraft dieses gnädigst befehlen, kein klein- so wohl als grobes Wildprett: als Hirsch, Schweine, Rehe, Haasen, Canin, Uhrhahnen, Birckhühner, Fasanen, Feldhühner, Reiger, Wild-Endten oder Dauben und was dergleichen mehr ist, weder in Büschen noch auf dem Feld zu schiessen oder zu fällen, weder auch des Krebs- und Fisch-Fangen ohne Unsere absonderliche gnädigste Erlaubnüs sich zu unterstehen, sondern sich dessen gäntzlich zu entäusseren und zu müßigen. Unseren Adlichen Landsassen und denenjenigen so zur Jagd und Fischerey berechtiget, bleibet zwar ihr Jagd- und Fischerey-Gerechtsam nach wie vor unbenohmen, denenselben aber hiemit eingebunden wird, das Jagen zu rechter Zeit; als nemlich mit denen Hirschen von Magdalena-Tag bis halben Septembris, mit denen Wild-Kälber, Schmahl- und Gail-Thieren vom ersten Junii bis letzten Januarii, sodan dem schwartzen Wildprett von Galli bis drey Königen, mit denen Haasel-Hühneren von Joannis Baptistä bis halben Septembris, und Haasen und Feld-Hühneren vom ersten Augusti bis zum ersten Martii mit Garn und Hunden zu verrichten, sonsten aber vor und nach berührter Zeit sich dessen gäntzlich und zwarn bey Straf von zehn Goldgülden auf jeden Contraventions-Fall zu enthalten, ihnen gleichwohl freystellende, daß ausser dieser Zeit ein- oder anderer Frischling, wie auch im Sommer ein- oder anderes Kalb in eigener Wildbahn zu eigener Nothdurft, nicht aber zum Verkauf, desgleichen auch nach altem Gebrauch die

Reheböcke das gantze Jahr hindurch geschossen, hingegen die Geissen nach Möglichkeit verschönet werden mögen; Ordnen und befehlen zugleich allen und jeden Ertzstiftischen Unterthanen hiemit ernstlich und bey Straf von acht Gldg., daß diejenige so ihre Hunde auslaufen lassen, denenselben das Jahr hindurch unter letzt-berührter Straf wie auch Todtschiessung deren Hunden, einen Klüppel ungefehr von einer Ehle lang anhangen, noch jemand in denen Waldungen, Büschen und Felderen junge Wild-Kälber, Frischlinge, Rehe, Haasen, Canin, Uhrhahnen, Birckhühner, Fasanen, Feldhühner, Reiger, Wild-Endten oder Dauben fangen oder schiessen, weder die Eyer ausnehmen oder sonsten die junge Zucht verstöhren, noch denen Haasen und Caninen Ströpf oder Fallen setzen: Niemand auch beym Abätzen und Hüten in denen Felderen, wie obgemeldt, ungeknüppelte Hunde, weder Rohre oder Schieß-Büchsen brauchen solle: Diesemnach gebiethen Wir Unseren Land-Drost und Räthen in Westphalen, Stadthalteren im Vest Recklinghausen, Amtleuten, Unterherren, Vögt-Schultheiß-Gogreven, Richteren, Kellneren, auch Jägeren, Försteren, Landbotten, auch insgemein allen und jeden Bedienten und Unterthanen Aydt- und pflichtmäßigen Fleißes Acht zu geben, damit obiger Unserer Verordnung allerdings gehorsamst nachgelebet werde, und da jemand betretten würde, so dagegen gefrevelet hätte, alsdan den- oder diejenige, wer er auch seyn möchte, ohne Ansehen der Person oder sonstige Absicht auf Unseres nächstgelegenes Amthaus hinzuführen, und allda bis zu Unserer gnädigsten Verordnung wohlverwahrlich zu halten, solches aber unausgestellt an Unsere Hof-Cantzley oder Unseren Ober-Jägermeisteren anzuzeigen, und da auch das heimliche Schiessen, Fischen und Krebsen Unsere Beamte nicht jederzeit in Erfahrung bringen können; So wollen auch demjenigen, welcher dergleichen Schiessen, Fischen und Krebsen verspühret, gesehen und erweißlich Unseren Beamten angebracht, daß jemand gegen diese Unsere gnädigste Verordnung gefrevelet, den dritten Theil deren Brüchten so der Uebertretter verwürcket, hiemit gnädigst bewilliget und zugelegt haben; wornach sich männiglich zu achten und für Schaden und Straf zu hüten wissen wird.

608. Bonn den 9. Auguſt 1765.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfſt.

Das in der Stadt Bonn bei Tag und bei Nacht ſtattfindende Schießen wird bei 3 Gldg. Brüchtenſtrafe, verboten. (Conf. chk. Ed. Saml. Bd. II. S. 385.)

609. Bonn den 14. September 1765.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfſt.

Anordnung einer Landes-Trauer wegen des jüngſt erfolgten Todes des römiſchen Kaiſers Franz I., und Verbot der Schauſpiele, Tänze u. a. öffentlichen Luſtbarkeiten während 3 Monaten in ſämmtlichen churfürſtl. Landen.

610. Bonn den 25. März 1766.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfſt.

Die ſtrenge Handhabung der in der Landes-Ordnung enthaltenen Beſtimmung, — daß die Vormundſchafts-Rechnungen alljährlich gleich nach Weihnachten eingeliefert und von Gerichts-Deputirten revidirt werden ſollen —, wird den erzſtiftiſchen Lokal-Gerichts-Behörden bei 10 Gldg. Strafe geboten und zugleich feſtgeſetzt, daß die Vormünder, wenn die jährlichen Revenüen der Minorennen 25 Rth. nicht überſteigen, keine Gebühr berechnen, wenn das Einkommen 100 Rth. erreicht, 2 Rth., und für jedes fernere 100 Rth. einen Rth. mehr beziehen, die Gerichte aber bei 25 Rth. jährlichen Empfanges ebenfalls unentgeldlich fungiren, bis zu 100 Rth. einen Gldg., über 100 Rth. zwei Gldg., von 200 Rth. und mehrerem Einkommen aber mehr nicht und als Maximum drei Gldg. Gebühren berechnen ſollen. (Conf. chk. Ed. Saml. Bd. I. S. 659.)

611. Arnsberg den 26. März 1766.

Landdroſt u. Räthe.

Publikation eines churfürſtl. einem genannten Buchdrucker ertheilten, andre Concurrenten im Herzogthum

Westphalen ausschließenden Privilegiums, wodurch derselbe ermächtigt wird, in der Stadt Arnsberg eine Buchdruckerei zu errichten und bezeichnete Verlagsartikel, sodann auch wöchentlich zweimal, Dienstags und Freitags, ein Intelligenzblatt zum Abonnements-Preise von 1 Rth. per Jahr, unter Censur der westphälischen Landdrost und Räthe herauszugeben, in welches alle von dem churfürstl. Hofrath, der Hofkammer und von Landdrost und Räthen ausgehende Publikationen gratis, dagegen aber die von den Gerichten und sonst zur öffentlichen Kunde zu bringenden Urtheile, Ediktalcitationen u. a. Bekanntmachungen, gegen 24 Groschen Gebühr für jeden Artikel, dreimal inserirt werden sollen.

Bemerk. Landdrost und Räthe haben unterm 6. Oct. ej. a. den gegen das obige Privilegium stattfindenden Buchhandel streng verboten und auch die Lokalbehörden angewiesen, für jeden Pfarr-Ort aus Gemeindefonds auf das Intelligenzblatt zu abonniren, damit dessen Inhalt an Sonn- und Feiertagen jedermann bekannt werden könne. Dieselben haben am 21. März 1772 ein demselben Buchdrucker ferner verliehenes erweitertes churfürstl. Privilegium publicirt, welches 1) die sämmtlichen Lokalbehörden bei 20 Gldg. Strafe verpflichtet, alle gerichtliche Publikationen ꝛc. gegen die festgesetzte Druckgebühr ins Intelligenzblatt einrücken zu lassen, 2) alle inländischen Druckſachen dem Privilegirten, bei 100 Rth. Strafe, ausschließlich überweiset, und 3) verordnet, daß der privilegienwidrig stattfindende Buchhandel strenger verhindert und resp. bestraft werden soll.

---

612. Bonn den 4. April 1766.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Zur Abschaffung der mißbräuchlichen Appellations-Instanzen, deren, auf den Grund des Reichs-Abschiedes vom Jahr 1654, mehr nicht als drei zulässig sind, wird der Instanzenzug der sämmtlichen Gerichte im obern und niedern Erzstift so wie in Westphalen und Recklinghausen regulirt. (Conf. chk. Ed. Saml. Bd. I. S. 556.)

---

613. Arnsberg den 16. April 1766.

Landdroſt u. Räthe.

Unter Mißbilligung der ſeitherigen Nichtbeachtung der im Herzogthum Weſtphalen beſtehenden Vorſchrift, wegen jährlicher Ablieferung von Krähen- und Sperlingsköpfen, wird verordnet, daß jährlich im Febr. von den ediktmäßig dazu Verpflichteten die vorgeſchriebene Zahl abgeliefert werden ſoll. Den Lokal-Beamten wird es ſtreng unterſagt, fernerhin wie bisher und womit ſie ſich begnügten, für jeden nicht abgelieferten Krähen- oder Sperlingskopf den feſtgeſetzten Strafgroſchen zu erheben, dieſer ſoll nicht mehr entrichtet, dagegen müſſen aber die Säumigen zum Brüchten-Verhöre notirt werden.

---

614. Bonn den 9. Mai 1766.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfſt.

Obgleich Wir in Betreff deren von Unſeren treu-gehorſamſten Unterthanen Herzogthums Weſtphalen währenden letzteren Krieg contrahirten Schulden und darab aufgeſchwollenen Zinſen, als wohl deren bey denen Pfächteren rückſtändig gebliebenen Pfächten durch Unſere unterm 19. Novembris 1763 erlaſſene gnädigſte Edicta die gemeſſene Vorſchrift gnädigſt gegeben haben, wie in Beytreibung derenſelben Unſere Richtere und Beamten ſowohl, als auch die Gläubigere und reſpective Guts-Herren ſich zu betragen haben ſollen, damit einerſeits dieſe dasjenige, was ihnen aus denen Kriegs-Jahren zurückgeblieben, erhalten, anderer Seits aber die Schuldnere und Pfächter nicht völlig übern Haufen geworfen werden möchten; So müſſen Wir gleichwohlen mißfälligſt vernehmen, daß vorbeſagte Unſere gnädigſte Verordnungen behörend nicht beobachtet, ſondern von verſchiedenen Gläubigeren auf Zinſen und Hauptſtuhl, obgleich gnugſame Sicherheit dafür vorhanden, zugleich geklaget und von denen Beamten und Gerichten darüber die Exekution erkannt, die Pfächtere aber zu Abtragung ſambtlicher hinterſtändiger Pfachten ohne ſich des deren erlittenen Fouragirungen halber ihnen gebührenden Nachlaſſes erfreuen zu können, auf einmal angehalten, dieſe Pfächten in einen übermäßigen Preis angeſchlagen und wohl gar darüber Verſchreibungen ausgefertiget und Zinſen ſtipuliret werden.

Gleichwie aber durch dergleichen Gesetz-widriges Verfahren nothwendig erfolgen muß, daß Unseren treuen Unterthanen die Mittel, sich von denen erlittenen Kriegs-Drangsalen zu erhohlen, abgeschnitten, vielmehr sie vollends entkräftet und zu Abtragung deren gemeinen Landes-Lasten ausser Stand gesetzet werden, Wir indessen derselben Aufkommen und Wohlfahrt dem Eigennutz einiger Gläubiger und Guts-Herren dahin zu geben, keineswegs gemeynt seynd, sondern den gnädigsten Bedacht dahin Fürst-vätterlich nehmen, wie selbige in billigen Weegen erleichtert und bey Kräften erhalten werden können;

Als befehlen Wir hiemit gnädigst und ernstlich, auch bey Vermeidung der Cassation, allen Unseren Beamten, in Betreff deren während dem Krieg contrahirten Schulden vorbesagtes unterm 19ten Novembris 1763 (Nr. 560 d. S.) erlassenes Edictum in judicando genauest zu befolgen; sämbtliche Guts-Herren aber wollen Wir gemessener dahin angewiesen haben, gemäß der ferneren unter eben gedachtem dato wegen des Pfachts-Rückstands ausgefertigter Verordnung (Nr. 587 d. S.) nicht allein denen Colonis und Pfächteren von denen Fouragirungs-Jahren den vorgeschriebenen Nachlaß angedeyhen zu lassen, sondern auch die aus denen Jahren, wo keine Fouragirung gewesen, entstandene Pfächten-Rückstände, besonders wan selbige beträchtlich seynd, nicht auf einmal einzuforderen, sondern sich mit der laufender und höchstens eines Jahrs rückständiger halber Pfacht zu befriedigen, überhaupts aber dieselbige keineswegs in Geld anzuschlagen, sondern sich mit der Lieferung in Natura allerdings zu begnügen, mithin dasjenige, was sie von ihren Pfächteren mit Hindansetzung des von Uns regulirten Nachlasses über die Gebühr erzwungen oder mehr dan die Pfachten zur Zeit geschehener Zahlung werth gewesen, sich haben abführen lassen, denenselben entweder würcklich zu ersetzen oder an denen künftig erfallenden Pfächten angedeyhen zu lassen;

Gleichwie Wir dan alle etwa diesem zuwider zwischen denen Guts-Herren und ihren Pfächteren eingegangene Contracten, weniger nicht die über den Pfacht-Rückstand errichtete Verschreibungen hiemit cassiren und für null und nichtig erklären, auch allen und jeden Unseren Beamten gnädigst und ernstlich einbinden, darüber keine Mandata zu erkennen, am wenigsten aber einige Exekution zu verhengen;

Damit Wir nun auch verſichert ſeyn mögen, daß wider gegenwärtige Unſere gnädigſte Verordnung nicht gefrevelet werde; So wollen Wir ferner gnädigſt, daß ſämbtliche Unſere wie auch Unterherrliche Beamte die unter ihrem Gerichts-Zwang wohnende Pfächtere gleich nach künftiger Pfacht-Lieferung vor ſich forderen, und ob und wie ſelbige befolget worden, ſich genaueſt erkündigen, fort über den Befund an Unſere Landdroſt und Räthe in Weſtphalen den Bericht erſtatten ſollen.

615. Bonn den 9. Mai 1766.

Max. Friedrich, Erzb. u. Churfſt.

Die Gutsherrn, welche von den in Weſtphalen gelegenen Höfen die Grundſtücke parzellenweiſe verpachtet haben, ſollen für das ganze auf dem Hofe haftende Schatzungs-Quantum, zwangsweiſe, für Vergangenheit und Zukunft, in Anſpruch genommen werden; dieſelben ſind verpflichtet, die verſplitſenen Höfe in Jahresfriſt zu conſolidiren und mit tüchtigen Colonen zu beſetzen, und nicht befugt, ihre jährlichen Pächte, vor vollſtändiger Berichtigung der auf den Höfen haftenden Schatzungs-Rückſtänden, beizutreiben; ſollten ſie Letzteres dennoch bewirken, ſo ſind dieſelben, mit Vorbehalt ihres Regreſſes an den Colonen, wegen des ganzen Schatzungs-Quantums des Hofes zu exequiren. (Conf. chk. Ed. Saml. B. I. S. 85.)

616. Bonn den 3. Juni 1766.

Max. Friedrich, Erzb. u. Churfſt.

Von den ins Veſt Recklinghauſen aus dem Münſterſchen eingeführt werdenden ordinairen wollenen Tüchern und Zeugen, welche per Elle nicht mehr als 1 Rth. koſten, ſoll, gleichmäßig wie dies bei der Einfuhr ſolcher Recklinghauſen'ſchen Wollenzeuge im Münſterſchen geſchieht, per Elle 6 Groſchen Einfuhrzoll erhoben werden. (Conf. chk. Ed. Saml. Bd. II. S. 437.)

617. Bonn den 18. Auguſt 1766.

Max. Friedrich, Erzb. u. Churfſt.

Publikation einer, in den ſämmtlichen churfürſtl. Landen ſtreng zu handhabenden, in Gemeinſchaft mit den übri-

gen Fürsten und Ständen des churrheinischen Kreises am 12. Juli c. a. erlassenen Verordnung gegen die Auswanderungen aus dem deutschen Reiche, wodurch der Abzug in fremde Staaten bei Gefängniß- und Vermögens-Confiskations-Strafe verboten, und gegen die desfallsigen Emissarien, Unterhändler ꝛc. Leibes- und Lebens-Strafe verhängt wird. (Conf. chk. Ed. Saml. Bd. II. S. 276.)

Bemerk. Zufolge Verordnung vom 4. Juli 1768 soll obige Bestimmung auch auf diejenigen Ausgewanderten angewendet werden, welche ohne besonders erlangte Erlaubniß auf kurze Zeit in die churfürstlichen Lande zurückkehren; sodann ist auch unterm 28. Sept. 1768 ein kaiserliches gegen die Auswanderungen in fremde Staaten gerichtetes Edikt, d. d. Wien den 7. Juli 1768, zur genauesten Beachtung publicirt worden. (s. l. c. S. 277 u. 278.)

---

618. Bonn den 20. Dezember 1766.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Wegen der im Herzogthum Westphalen während des jüngsten Krieges in Cirkulation gewesenen schlechten Münzen und des dadurch, beinahe bis aufs Dreifache, gesteigerten Kurses der gehaltvollen Geldsorten, sollen alle daselbst vom 1. Jan. 1760 bis zum 1. Mai 1763 contrahirten Schuldverträge, in so fern darin nicht die Stückzahl der überwiesenen und zu restituirenden guten Geldmünzen festgesetzt, oder, durch Privatvereinigung zwischen Debitor und Creditor, nicht schon eine, Wucher ausschließende, Reduktion vorgenommen worden ist, nach einem beigefügten Tarif reduzirt, und Kapital-, Zinsen- und Waaren-Schulden bezahlt werden. (Conf. chk. Ed. Saml. Bd. II. S. 222 und 423.)

---

619. Bonn den 23. Dezember 1766.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Zur Beschränkung des Luxus im Herzogthum Westphalen wird eine Kleider-Ordnung für den Bauernstand, für den Bürgerstand in kleinen und größern Städten, so wie für den Beamtenstand festgesetzt, und gleichzeitig die

ſtrengere Beachtung der am 22. Dez. 1716 erlaſſenen, am 18. Aug. 1730 erneuerten Trauer-Ordnung (Nr. 320 d. S.) befohlen, mit dem Zuſatze: daß gemeine Bürgers- und Bauersleute keine Trauerkleidungen tragen ſollen. (Conf. chk. Ed. Saml. Bd. II. S. 419.)

620. Bonn den 23. Dezember 1766.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfſt.

Uns iſt mißfällig zu vernehmen geweſen, daß ohnerachtet der von Unſerem nächſten Herrn Chur-Vorfahren Chriſtmildeſter Gedächtnüs unterm 9. Julii 1759 (Nr. 564 d. S.) erlaſſener Forſt-Ordnung Cap. 2do §. 68 die Ziegen oder Geiſſen in Unſeren Erzſtiftiſchen Landen, hauptſächlichſt aber in Unſerem Herzogthum Weſtphalen ganz ohngeſcheuet in die Büſche und Waldungen getrieben würden; Wie Wir nun ſolchem durchgehends verbottenem und höchſt ſchädlichem Ungebühr ferner nachzuſehen keineswegs gemeynet, dieſe vielmehr durch eine geſchärftere Verordnung abzukehren mildeſt entſchloſſen ſeynd; Alſo befehlen Wir allen und jeden Unſeren Unterthanen, beſonders aber jenen Unſeres Herzogthums Weſtphalen hiemit gnädigſt und ernſtlichſt, ſich des Treibens deren Ziegen oder Geiſſen in die Büſchen und Waldungen für die Zukunft um ſo gewiſſer zu enthalten, als widrigen Falls die dagegen Frevelnde, nebſt der Confiscation ſothaner dem Wachsthum des Gehölzes ſo ſchädlicher Thieren und Erſetzung des verurſachten Schadens, annoch mit einer Brüchten-Straf von zwey und, dem Befund nach, mehreren Gldg. angeſehen und dafür alſofort exequiret werden ſollen; Wes Endes Wir dan Unſeren Jagd- und Forſt-Bedienten bey Vermeidung ſchwerer Straf einbinden, auf die ſtrackeſte Befolgung dieſer Unſerer gnädigſten Verordnung ein wachtſames Aug zu haben und die etwa dawider Handlende bey dieſen churfürſtlichen Forſt- und Jagd-Aemtern, welche ſofort wegen der desfalls etwa zu bewürckender Execution ſich gehörigen Orts zu melden von ſelbſten wiſſen werden, alſogleich pflichtmäßig anzugeben, mithin ſich hierunter weder einiger Nachſicht, noch Nachläſſigkeit jemals zu Schulden kommen zu laſſen.

621. Bonn den 23. Dezember 1766.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

In Westphalen soll bei schlechten und nassen Wegen für 18 Zentner, und bei trockenen guten Wegen für 20 Zentner Erz, oder für ein Fuder Kohlen für eine Entfernung von einer halben Stunde 12 Mariengroschen, für eine Stunde 16 Mg., für zwei Stunden 24 Mg. und bei jeder über zwei Stunden sich erstreckenden Fahrt, per Stunde 12 Mg. mehr, an Fuhrlohn entrichtet werden. (Conf. chk. Ed. Saml. Bd. I. S. 402.)

622. Bonn den 23. Dezember 1766.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Das zum Nachtheil des Ackerbaues in Westphalen in den Fruchtfeldern wuchernde, blau und gelb blühende, Unkraut muß allgemein und fleißig ausgerottet werden, und soll jeder Bebauer eines Fruchtfeldes, welcher bei einer nach sieben Jahren vorzunehmenden Visitation saumselig befunden wird, alsdann für jede auf seinem Acker gefunden werdende derartige Blume ¼ Gldg. Strafe erlegen. (Conf. chk. Ed. Saml. Bd. II. S. 428.)

623. Bonn den 23. Dezember 1766.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Unter Erneuerung der Verordnungen vom 19. November 1763 und 9. Mai 1766 (Nr. 587 u. 614 d. S.), wegen der den Gutsherrn aufgelegten Nachlaß- und Zahlungs-Ausstands-Bewilligungen der Zins- und Pacht-Rückstände von Gütern und Grundstücken in Westphalen, wird die Verfahrungsweise zur Beitreibung der jährlichen laufenden Pacht- u. a. Grund-Gefällen festgesetzt. (Conf. chk. Ed. Saml. Bd. II. S. 427.)

624. Bonn den 23. Dezember 1766.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Auf den Antrag der Landstände des Herzogthums Westphalen wird daselbst der Groß- und Klein-Handel mit Kaffe den Gewerbetreibenden, und der Genuß dieses

Getränkes allen Bürgers-, Bauers- und Arbeitsleuten, so wie den Dienstboten, bei Vermeidung von Geldstrafen verboten, die Abschaffung alles Kaffee-Geschirres befohlen, sodann mehrere Maßregeln zur Handhabung dieser Verordnung vorgeschrieben und den höhern Ständen nur die Beziehung von Kaffee aus dem Auslande, so wie dessen mässiger Genuß für sich und ihre Kinder gestattet.

Bemerk. Unterm 30. Juni 1767 ist eine gleichmäßige, das Kaffe- und Thee-Trincken ꝛc. im Vest Recklinghausen beschränkende Verordnung erlassen worden. (Conf chk. Ed. Saml. Bd. II. S. 440) und ist die pünktlichere Handhabung der Ersteren am 1. Juli 1769 befohlen worden.

Da trotz der beiden vorbemerkten Verbote der allgemeine Gebrauch des Kaffeetrinkens im Herzogth. Westphalen nicht hat verhindert werden können, und um den durch die Ankäufe des Kaffees im Auslande entstehenden Nachtheil zu beseitigen, so ist unterm 6. October 1770 der inländische Verkauf, so wie der Gebrauch des Kaffees unter der Bedingung wieder allgemein erlaubt worden, daß dafür jeder Einwohner höhern Standes für sich und seine Familie jährlich 4 Thl. entrichte, jeder andere Unterthan aber für sich und seine Haushaltung die Erlaubniß zum Kaffeetrinken mittelst vierteljähriger Erlegung von 1 Thl. erwerbe.

Mittelst zweier Verordnungen vom 17. Febr. 1781 ist, um dem im Herzogthum Westphalen und Vest Recklinghausen sehr stark eingerissenen Uebel des Kaffeetrinkens zu steuern, unter Festsetzung schwerer Geld- und Zuchthaus-Strafen, daselbst nicht nur aller Handel mit rohem und gebranntem Kaffee und alles Kaffee-Schenken, sondern auch die Einführung dieses Artikels in geringerer Quantität als 50 Pfd. (welche weder von mehrern Theilnehmern bezogen oder getheilt, noch in kleinen Parthien von dem Bezieher an andere verkauft, vertauscht, überlassen oder geschenkt und resp. von demselben angenommen werden darf) verboten, ferner auch den Hausfrauen untersagt, ihren Dienstboten das Kaffeetrinken zu gestatten, und endlich den ausländischen Kaufleuten verboten worden, geringere Quantitäten als 50 Pfd. an die Unterthanen zu verkaufen ꝛc.

625. Bonn den 28. Januar 1767.

Max. Friedrich, Erzb. u. Churfst.

Publikation eines, gemeinschaftlich mit den Churfürsten und Ständen des churrheinischen Kreises erlassenen, Ediktes, wodurch, zur Verhütung der Fortsetzung und Ausbreitung des von fremden Werbern in der Reichsstadt Speyer, — mittelst Anwerbung, Bekleidung, Verpflegung und Entführung von 8 bis 12 und mehrjährigen Knaben —, verübt werdenden Kinder-Raubes, die strengste amtliche Wachsamkeit auf dergleichen Emmissarien und ihre Umtriebe befohlen, und den Eltern insbesondere empfohlen wird, auf ihre Knaben genaue Aufsicht zu führen.

---

626. Bonn den 31. Januar 1767.

Max. Friedrich, Erzb. u. Churfst.

Gleichmäßig wie in den Nachbarlanden soll im rheinischen Erzstifte, vom künftigen 1. Dezember an, kein inländisches Fuhrwerk mit einer breitern Spur als 5 rheinische Fuß zwischen den Felgen mehr geduldet, und von jetzt an keine dieses Maaß überschreitende Achse verfertigt oder reparirt werden. Inländische Fuhrleute mit breiter spurenden Fahrzeugen sollen zu 3 Goldgulden Brüchte, Fremde zur Entrichtung dieser Strafe, oder Abänderung ihrer Achsen angehalten, contravenirende Achsenmacher aber mit 6 Goldg. Strafe belegt werden; Letztere sollen ihre Maßstäbe den Lokalbeamten zur Aichung und zugleich auch ihr eigenthümliches Merkzeichen, womit sie jede von ihnen neu zu fertigende Achse bei 2 Gldg. Strafe bezeichnen müssen, produziren, und müssen die Maßstäbe von 4 zu 4 Jahren erneuert werden. Die Einrichtung der Achsen zur Verbreiterung der Spur, mittelst einzusetzender Scheiben, ist gestattet, und wird den Lokalbeamten befohlen, in ihren Distrikten die Schlichtung der Fuhrgleise vor dem 1. Dezember d. J. allgemein bewirken zu lassen. (Conf. chk. Ed. Saml. Bd. II. S. 106.)

Bemerk. Unterm 6. und 13. October ej. a., sodann auch am 3. September 1768 ist die strengere Beachtung der vorstehenden Verordnung wiederholt befohlen worden.

---

627. Bonn den 30. März 1767.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Die in der Stadt Bonn verbotwidrig in Gast-, Wirths- und Kaffee-Häusern stattfindenden Hazardspiele sollen mittelst Lokalvisitationen verhindert, und die befundenen Contravenienten, die Wirthe mit 25 Gldg., die Spieler jeder mit 10 Gldg. Brüchtenstrafe und mit persönlicher Haft belegt werden. (Conf. chk. Ed. Saml. Bd. II. S. 385.)

---

628. Bonn den 11. April 1767.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Gleichmäßig wie im Jahr 1759 (Nr. 558 d. S.) und zu demselbigen Zwecke wie die unterm heutigen Tage bewilligte Erhebung eines Vieh-Schatzes, soll im Herzogthum Westphalen eine allgemeine Personen- oder Kopfsteuer — mit alleiniger Ausschließung der Clerisey, welche sich, jedoch nur für ihre Personen ohne Einbegriff ihrer Dienstleute, durch ein Aversional-Quantum abgefunden hat — erhoben werden, wozu ausführliche Anweisung ertheilt wird.

---

629. Bonn den 11. April 1767.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Auf den Antrag der Landstände des Herzogthums Westphalen wird daselbst, — zur Erleichterung der Schatzpflichtigen in Aufbringung der Landeserfordernisse —, ein bis auf fernere Verordnung jährlich zu erhebender Vieh-Schatz bewilligt, wonach von jedem Acker-, Kutschen- oder Reit-Pferd und von jedem Zugochsen 12 Mariengroschen, von jedem andern Ochsen und von jeder Kuh 8 Mgrsch., von jedem Rind 4 Mgrsch., von jedem 2 bis 3jährigen Füllen und vom jedem Esel 6 Mgrsch., von jeder Ziege 3 Mgrsch., von jedem Schwein 2 Mgrsch., und von jedem Schaaf und von jedem einjährigen Ferkel 1 Mgrsch. gesteuert werden soll.

---

630. Bonn den 9. Mai 1767.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Das um dieſe Jahreszeit in der Stadt Bonn an Sonn- und Feiertagen von Kindern auf den Straßen verbotwidrig bewirkt werdende Erbauen kleiner Altäre und das Sammeln von Beiſteuern dazu ſoll ferner nicht mehr geduldet und die kleinen Altäre abgebrochen werden. (Conf. chk. Ed. Saml. Bd. II. S. 386.)

631. Bonn den 12. Mai 1767.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Nachdemalen treu gehorſamſte Landſtände hieſigen Unſeres Rheiniſchen Erzſtifts mehrmalen unterthänigſt zu erkennen gegeben, was maßen die Erzſtiftiſche Rechts- und Lands-Ordnung in unterſchiedlichen Uns zugleich angezeigten Fällen für zweifelhaft angeſehen würde, auch darüber unterſchiedliche Rechtshändel bereits entſtanden, und dadurch Unſere treu-gehorſamſte Unterthanen in beträchtlichen Schaden und Köſten gebracht worden wären, Wir aber all-jenes Fürſt-väterlich vorzukehren gnädigſt gemeynt ſeynd, was zur Vorbiegung ſolcher Köſten, und zum Nutzen obbeſagter Unſerer treu gehorſamſter Unterthanen zu gereichen, nur immer für erſprießlich geachtet wird: So haben wir von Unſerem nachgeſetzten Hofraths-Dicasterio beyden geiſt- und weltlichen Hof- ſodann Unſern beyden hohen Gerichteren zu Cölln und Bonn nicht allein darüber, wie bey ihnen in denen obgemerckten Fällen geurtheilet worden, die Erkündigung eingezogen, ſondern auch ihnen die anderweite Falle zu erkennen zu geben, aufgetragen, worüber bey ihnen Rechtszweifel entſtanden, oder worinn ſie die Erzſtiftiſche Lands-Ordnung dunckel, und dahero zu erläutern zu ſeyn dafür halten thäten: Nachdem nun von ſelbigen die abgeforderte Berichtere gehorſamſt eingeſchicket worden, und Wir Uns darüber die ausführliche Relation erſtatten laſſen; So haben Wir denen ſowohl von Seiten Unſerer treu gehorſamſter Landſtänden vorgekommenen, als auch von obgedachten Unſern Dicasteriis und Gerichtern ferner angezeigten zweifelhaften Fällen nachgeſetzter maßen die Entſcheidung und alſo der Erzſtiftiſcher Rechts- und Lands-Ordnung die Erläuterung zu geben, keinen Anſtand nehmen mögen.

Tit. 1. Von Teſtament und letzten Willens-Vermächtnüs.

Ad §phum 2dum ejusdem verba:) vorm Notario dörfte nicht undienlich ſeyn der Verordnung einflieſſen zu laſſen: daß ſolcher Notarius bey der Churfürſtl. Hof-Canzley vorhero examinirt und immatriculirt ſeyn müßte?

Bleibt es bey denen mehrmals erlaſſenen Verordnungen, daß der zu Errichtung eines letzten Willens zugezogen werden wollender Notarius bey Unſerer Hof-Canzley immatriculirt ſeyn müſſe, ſonſten aber das Teſtament von unwürden und ohnbeſtand ſeye.

Ad §phum 8vum:) iſt die Frag, ob dann auch ein Teſtament, worinn Eltern ihrer Kinder, oder Kindere ihrer Eltern nicht gedacht haben, vermittelſt der im Teſtament nicht ausgedruckter jedoch darinn verſtandener **Codicillar-Clausul** von der Nullität errettet werde?

Gleichwie bey Unſerer Churfürſtl. Hof-Canzley auch gleich nach erlaſſener Lands-Ordnung und nachhero weiters zu mehrmalen geurtheilet worden, alſo laſſen Wir es auch dabey, daß, wan etwa derenjenigen, welchen von Rechts wegen die Nothgebühr zukommet, im Teſtament nicht gedacht worden, ihnen ſelbe nicht benommen, ſondern abzuziehen vorbehalten und das Teſtament gleichwohl von Kräften ſeyn und bleiben ſolle.

Ad §phum 10mum:) entſtehet der Zweifel, ob die Eltern wann ſie ihren Willen mit ihren eigenen Händen nicht beſchrieben ſondern nur unterſchrieben, alsdann die Verordnung, im Fall keine Zeugen zugezogen worden, ungültig ſeye?

Erklaren Wir zur Gültigkeit einer ſolcher Verordnung gnug zu ſeyn, daß Eltern dieſelbe mit ihren eigenen Händen unterſchrieben.

Ad §phum 14tum:) §. 14. iſt verſehen, daß der letzt Lebender unter denen Eheleuten das währender Ehe vorhin zum Behuf ihrer Kindern errichtetes gemeinſames Teſtament auch ſogar in ſeinen eigenen Gütern zu widerrufen nicht mächtig ſeyn ſolle, woraus dann die Frage entſtehet, ob, wann in ſothanem Teſtament nebſt denen Kindern andere zu Erben eingeſetzet worden, in Anſicht dieſer auswärtiger Erben und derenſelben Antheil die **Facultas revocandi** dem letzt Lebenden ebenmäßig verbotten ſeye?

Ist dieser Sphus nur von gemeinsam gezielten, nicht aber von beygebrachten Kindern und Fremden, welchen etwas vermacht worden, zu verstehen, also daß in Betreff letztern dem Ueberlebenden die Macht sein Willens-Geschäft widerrufen zu können, frey und unbenommen seye.

Tit. 2. Von Erbschaften ohn Testament in aufsteigender Linien.

Ad Sphum 3tium:) ist verordnet, daß die in der Ehe erwonnene Güter bey denen aus der Ehe entsprossenen Kindern verbleiben sollen, bey Gelegenheit welcher Versehung von einigen in zweifelhafte Frag gestellt wird, ob in dem Fall: daß einer von denen Kindern nach würcklich durch Absterben seines Vatters oder Mutters angeerbten Eigenthum gedachter Gütern mit Tod abgangen, der überbleibender Vatter oder Mutter in dessen devolvirten Antheil mit übrigen Schwestern und Brüdern zu Theil gehen könne? Es wäre auch hiebey weiter zu entscheiden, ob die Kindere über die auf sie vererbte Güter ein Testament oder sonstige Disposition, jedoch ohne Nachtheil der Leibzucht, errichten können?

Wann der überlebender Vatter oder Mutter eins deren Kindern pro ratà erbet, so ist auch der- oder dieselbe über solche geerbte Ratam Verordnung zu machen befügt, deßgleichen seynd Kinder, wann sie nach denen Rechten ihr zureichiges Alter haben, über die auf sie vererbte Güter eine letztwillige Verordnung zu machen, wie auch sonsten, jedoch ohne Nachtheil der Leibzucht, darüber zu schalten und zu walten bemächtiget.

Tit. 8. Wie die Eheleute einander erben sollen.

Ad Sphum 1mum:) sollen alle mit Vorwissen und Belieben deren Eltern, oder in Mangel deren, mit Zuziehung deren nächsten Bluts-Verwandten und Freunden, unter Eheleuten geschlossene Heyraths-Contracten in allen Puncten fest und unverbrüchlich gehalten werden. Fragt sich also: ob das Vorwissen und Belieben deren Eltern und Zuziehung deren Anverwandten pro formà Pactorum dotalium zu halten seye?

Ist das Vorwissen und Belieben deren Eltern fort Zuziehung deren Anverwandten nicht zur Wesenheit de-

ren Eheſtiftungen erforderet, und ſeynd alſo auch dieſelbe darum, daß ſothane Zuziehung unterlaſſen werde, nicht von Unbeſtand.

Ad §phum 3tium:) könnte der Zweifel entſtehen, ob der letzt Lebende das Heyrathsgut erblich behalte, wann ſelbiges in re immobili beſtehet?

Was von erblicher Behaltung dahier verordnet wird, iſt ohne Unterſcheid von Heyraths-Pfenning oder Heyrathsgut zu verſtehen, alſo daß auch der letzt Lebende ein liegendes Gut, wann ſolches zum Heyraths-Stück mitgegeben worden, erblich behalte.

Ad §phum 3tium ejusd. Tit.) Es werden die in hieſigem Erzſtift angelegte Capitalia für unbewegliches Gut gerechnet, wann nun der Creditor im Jüliſch- und Bergiſchen wohnhaft iſt, ſo wird gefraget: ob dieſelbe nach daſigen Lands-Geſätzen, folglich unter die Fahrnüs oder nach der Erzſtift-Cölniſchen Lands-Ordnung für unbeweglich zu achten ſeyen?

Soll die Qualitas Mo-vel Immobilaritatis nach denen Land-Rechten, wo das Capital angelegt worden, genommen werden.

Ad §phum 3tium ejusd. Tit.) Wird ferner dem letzt Lebenden unter denen Eheleuten von allen von Seiten des verſtorbenen Ehegatten hergekommenen ſowohl als währender Ehe erworbenen Gütern die Leibzucht zugelegt: nun ergiebt ſich der Fall, daß Titius ſich mit Caja verheyrathet, worauf ſchon durch den Todsfall der Mutter die von gedachter Mutter herrührend- und währender Elterlicher Ehe anerwonnene Güter dem Eigenthum nach verfallen, und wovon der letzt Lebender nur die Leibzucht genieſſet; da nun Caja mit Hinterlaſſung ihres leibzüchtigen Vatters ebenmäßig verſtirbt, dieſer aber hernächſt mit Hinterbleibung ſeines Eydams Titii das Zeitliche ſegnet, ſo iſt die Frag: ob gedachter Eydam aus Urſach: daß zur Zeit des getroffenen Heyraths auf die Cajam ſeine Ehefrau die Elterliche Güter bereits verfallen geweſen, nach Ableiben gemeldten Schwiegervattern die Leibzucht begehren könne, oder aber hierzu erforderet werde, daß ſeine Ehefrau den Fall, daß die Leibzucht mit dem Eigenthum wieder vereiniget werde, er mithin den Vattern als damaligen leibzüchtigen Theil überlebt habe?

Gehet Unſere gnädigſte Erklärung dahin, daß dem Titio die Leibzucht gebühre.

Eodem §pho:) stehet auch weiter beschrieben, daß bey, ohne erzielten Kindern, gebrochenem Ehebett der letzt lebender Leibzüchter ein Inventarium über allinge leibzüchtige Gütere zur Sicherheit deren Eigenthums-Erben und zwarn NB. unter Verlust der Leibzucht inner drey Monaten zu errichten verbunden seyn solle? fragt sich also: ob diese Frist vom Tag des aufgelöseten Ehebetts ohne weitere Anmahnung zu rechnen, oder aber, wie viele vermeynen, darüber eine besondere Gesinnung von denen Erben zu thuen und von Zeit daß diese geschehen, die drey monatliche Frist ererst zu rechnen sey?

Wollen Wir, daß die hier bestimmte drey monatliche Frist gleich vom Tag des gebrochenen Ehebetts bey Verlust der Leibzucht zu rechnen seye, und zwarn ohne Unterscheid, ob darüber einige Gesinnung oder Interpellation von denen Erben geschehen seye oder nicht.

Ad §phum 5tum:) ist die Frag, ob der überlebender Ehegatt die Fahrnüs anzunehmen schuldig oder aber solche ausschlagen könne?

Wann mehrere Mobilar-Schulden als sich die Fahrnüs betraget obhanden seynd, so mag sich doch der letzt Lebende dadurch, daß er die Gereide fahren lassen wolle, von Zahlung der übriger Mobilar-Schuld nicht befreyen.

In Gefolg §. 6ti Tit. 8vo:) Soll der letzt Lebender unter denen Eheleuten die Leibzucht von allen auf die Kindere verfallenen Gütern mit dem Last, dieselbe davon zu ernähren und auszusteuren, haben; Nun setze diesen Fall: Mevius und Titia stehen in der Ehe und erwerben einige Güter, Titia stirbt und verfallen also diese Güter eins mit denenjenigen so sie in die Ehe eingebracht auf die Kinder, deren eins, da ebenmäßig nach getroffenem Heyrath und erzielten einigen Kindern zuerst und hernächst dessen Ehegatt mit Tod abgehet, Mevius aber an einen seiner so verstorbener Enkeln viele Alimentir- und Erziehungs-Kösten verwendet, so ist die Frag: ob derselb solche Kösten von des Enkels erblichen Antheil, wovon er Mevius Leibzüchtiger, abziehen, oder darunter keine Collation Platz greifen möge?

Dasjenige, was in einvermeldetem Fall der Großvatter an seinen Enkel verwendet, kann dessen erblichem Antheil aufgerechnet werden, wann aber die Enkeln

arm und unvermögend, ſo geben die gemeine Rechten klares Ziel und Maas, wer ſelbige zu ernähren verbunden ſeye.

§. 7. ejusd. Tit.:) wird das Kelter für Fahrnüs ohne Unterſcheid gehalten, dannoch ſolle mehrmals geurtheilt worden ſeyn, daß ein Waag-Kelter für unbeweglich, ein anderes gemeines Kelter aber für beweglich gehalten würde, wäre alſo dieſer Unterſcheid billig auszudrucken?

Waag-Keltere ſeynd für unbeweglich Gut, Pitſch-Keltere aber, wie auch alle Büdden ohne Unterſcheid, ſie ſeyen groß oder klein, für Fahrnüs zu achten.

§. 8vo:) könnte aus denen Worten: in dieſem Erbungs-Fall, ein Zweifel entſtehen, ob auch dieſe Rechts-Ordnung in andern Erbungs-Fällen Platz habe?

Iſt die Verordnung in dieſem und allen andern Erbungs-Fällen auf gleiche Weiſe zu verſtehen.

Tit. 10. Von der Einkindſchaft.

Bei dem Tit. 10mo:) werden verſchiedene Zierlichkeiten zu Gültigkeit der Einkindſchaft erfordert, wann nun ſelbige unterlaſſen, jedoch die voriger Ehekindere, zu deren Vortheil ſothane Zierlichkeiten hauptſächlich vorgeſchrieben worden, wegen ihres vorſehenden Nutzen die alſo eingerichtete Einkindſchaft feſt gehalten haben wollen, ſo wäre zu erörtern, ob ſie darzu befügt oder aber in Anſicht ihrer auch die Nichtigkeit der Einkindſchaft wegen Abgang ſolcher Zierlichkeiten vorzuſchützen ſeye?

Gehet Unſere gnädigſte Verordnung dahin, daß Kindere erſterer Ehe auf die Feſthaltung ſolcher Einkindſchaft anzutragen wohl befügt ſeyen, ohne daß von der letzterer Ehekindern ihnen die Nichtigkeit einer ſolcher Einkindſchaft entgegen geſetzt werden könne.

Tit. 12. Von Kaufen und Verkaufen.

Ad §phum 1mum:) Solle zum Uebergang des Eigenthums eine Anerbung vorhergehen, ſonſten aber der Eigenthum bey dem Verkäufern verbleiben und dem Käufern alleinig eine bloſe Actio personalis zukommen; Nun iſt die Frag: ob ſolches nur in Anſicht des Käufers oder eines jeden zu verſtehen ſeye; dann es wird der Fall geſetzt: Mevius verkauft Sempronio ſein Haus, demſelben iſt annoch keine Anerbung wiederfahren, immittelſt aber ereignet ſich wider den Mevium als Verkäufern ein Con-

curs-Proceß, es entstehet also die Frag: ob die Creditoren das von Mevio verkauftes Haus, als in dessen Eigenthum annoch gehörig, mit in Ansprach nehmen können?

Wann der Verkäufer dem Ankäufer das verkaufte Gut aussergerichtlich übertragen hat, ist dieser andern aussergerichtlichen Gläubigern im Concurs vorzuziehen, wann aber andere Gläubigere sich daran gerichtlich entweder durch Erhaltung eines Pignoris Praetorii, oder sonsten versichern, oder auch ihre ausser gerichtliche Verschreibung dem Gericht, worunter das Gut gelegen, mittelst Hinterlassung einer Abschrift gedachter Verschreibung, insinuiren lassen, bevorn der Ankäufer seinen Kauf dem Gericht, mittelst Beylegung einer Abschrift desselben, verkündiget, gebühret selbigen das Vorzugs-Recht.

Ad §phum 2dum ejusd. Tit.:) ist die Frag, ob das Verbott: daß ein Ehegatt ohne den andern nichts veräussern solle? die Immobilia allein betreffe, oder darunter die Mobilia mitbegriffen seyen? dann das Statutum hierunter ganz dunckel, und mehrmalen über dessen Verstand gestritten worden ist?

Ist das Verbott nur von liegenden Gütern zu verstehen.

Tit. 13. Von Pfandschaften.

Ad §phum 1mum:) könnte die Frag entstehen, ob ein mit einer ausser gerichtlichen Hypothec versehener Creditor dann nicht einst gegen die Creditores merè personales den Vorzug habe?

Gehet der Verstand der Rechts-Ordnung: daß nämlich keine Pfandschaften ohne gerichtliche Verkündung gültig seyn sollen, nur dahin, daß im Concurs die posteriores Creditores, so gerichtliche Verschreibungen haben, denenjenigen, so nur mit aussergerichtlichen Verschreibungen versehen, wann sie schon Anteriores seynd, vorzuziehen seien, übrigens haben diejenige Gläubigere, so eine aussergerichtliche Hypothec haben, für denen Creditoribus merè personalibus den Vorzug.

Tit. 14. Von Pfachtungen.

Ad §phum 1mum:) Solle keine Sublocation ohne Bewilligung des Eigenthümers Platz haben; Nun seynd einige Rechtsgelehrte, besonders Stryckius der Meynung, daß, wann die Sublocation ohne des Eigenthümers Ver-

willigung durch den eingegangenen Vertrag verbotten worden, dannoch solche auf den Fall, daß der Eigenthümer keine erheblich- und vernünftige Ursach habe sich derselben zu widersetzen, vorgenommen werden könne, wäre also die Rechts-Ordnung zu erläutern, ob das darinn enthaltene Verbott nicht ohne Unterscheid, ob nämlich der Eigenthümer erhebliche Ursachen habe, sich der Aftermiethung zu widersetzen oder nicht, eintreffen solle?

Bey Feld-, Frucht- und Wein-Gütern, und überhaupt allen Praediis Rusticis solle auf keine Weis die Sublocatio ohne des Pfächtern eigene Bewilligung erlaubet seyn; was aber die ausvermiethete Häuser betrifft, so gehet Unsere gnädigste Verordnung dahin, daß, weilen oftmals dem Anmiether solche Umstände vorfallen, um ohne großen Schaden selbst mit denen Seinigen an Ort und Enden nicht verbleiben zu können, der Vermiether aber in solchen Fällen zu Erhaltung mehreren Vortheils sich gar zu eigenwillig betragen möchte, daß dahero der Anmiether ante Sublocationem solche dem Locatori bedeuten, und da dieser darinn nicht geheelen würde, den behörigen Richtern angehen solle, welcher dann die Partheyen nur summarisch und mündlich hören, fort nach also untersuchten Umständen dem Vermiether aufgeben mag, entweder von der erstern Verpfachtung abzustehen, oder aber die angezeigte Sublocation dem Anmiethern zuzulassen, dergestalt jedoch, daß der ersterer Miether für den Hauszinns haften solle.

Ad dict. Tit. 14ti §phum 6tum:) ist die Frag, ob der Miethling dem Käufern zu weichen schuldig, wann schon derselb noch nicht angeerbt?

Als lang der Käufer gerichtlich nicht angeerbt oder doch der Kauf-Contract mit Zurücklassung einer Abschrift desselben behörig nicht verkündet worden, ist auch der Miethling dem Käufern zu weichen nicht schuldig.

Ad eundem §phum 6tum:) Weilen in den Städten der Pfächter in drey Monaten nach verkündetem Kauf aus dem Haus, auf dem Land aber von den gepfacheten Gütern auf das nächstkünftige Fest Cathedra Petri weichen muß, so fragt es sich, wan keine drey Monat ante Cathedram Petri übrig seind, ob alsdann der Pfächter auf

denen Gütern verbleiben könne ins künftige Jahr bis Cathedra Petri?

Gehet Unsere gnädigste Verordnung dahin, daß der Pfächter bis Cathedra Petri ins andere Jahr auf denen Gütern zu verbleiben befügt seyn solle.

Tit. 15. Von Einstand oder Widerzug, zu Latein Jus Retractûs genannt.

Ad §phum 1mum:) §pho 1mo wäre zu entscheiden, wie die sechs Monaten zu rechnen seyen, ob auf dreyßig Tag, oder wie sie im Calender nach der Ordnung vorkommen?

Seynd die Monaten naturaliter, wie sie im Calender der Ordnung nach folgen, zu nehmen und zu rechnen.

Ad dict. §phum 1mum:) Aus obbemeldtem §pho 1mo entstehet der weitere Zweifel, ob das Fatale retrahendi von Zeit der bloshin geschehener gerichtlicher Verkündigung des Kaufs oder aber vom Tag der Anerbung laufe?

Fanget die Zeit vom Tag der mit Beylegung des getroffenen Kaufs gerichtlich geschehener behöriger Verkündigung zu laufen an.

Ad verba ejusd. §phi 1mi:) gegen Erstattung, entstehet die Frag: ob der Retrahent, wann der Ankäufer den ihme mündlich anerbottenen Kaufschilling anzunehmen verweigeret, denselben an des Ankäufern Haus würcklich anzuerbieten gehalten seye, ehe und bevor er seine Klag bey Gericht anheben oder bey selbigem die Kaufschillingen hinterlegen könne?

Soll es bey dem Herkommen sein Verbleib haben, daß, wann der Käufer die Zahlung anzunehmen verweigeret, alsdann derselb zu Abschneidung all- ohnnöthiger Weitläufigkeit, um die Gelder anzunehmen, oder aber zu sehen, daß solche bey Gericht hinterleget werden, gerichtlich abgeladen werden solle.

Ad eundem §phum:) wird ferner gezweifelt: ob, auf den Fall, daß der Ankäufer die Kauf-Pfennigen nicht rucknehmen will, deren mündlich- oder würckliche Anerbietung hinlänglich, oder aber die würckliche Erlegung bey Gericht erforderlich seye?

Hat es ebenfalls dem Herkommen gemäß dabey sein Verbleib, daß zu Rettung der zum Einstand bestimmter Frist die Erbietung deren Kaufschillingen, wann

der Käufer solche anzunehmen verweigeret, hinlänglich, die würckliche derenselben Hinterlegung aber erforderlich seye, wann der Retrahent die erhobene Früchten erstattet wissen wolle.

Ad eundem §phum:) wird noch die weitere Frag gestellet: ob in denen neu anerworben- und noch nicht vererbten Gütern das Einstands-Recht statt habe?

Soll auch zu denen frisch erworbenen obschon noch nicht vererbten und von denen erstern Erwerbern wiederum verkauften Gütern denen von selben abstammenden das Einstands-Recht frey und unbenommen sein.

Schließlich wird bey dem Einstands-Recht dieser Fall gestellet: Titius hat in ersterer Ehe ein Kind gezielet, schreitet zur zweyter Ehe und erwirbt Güter, nach aufgelöseter zweyter Ehe erbt der zweyter Ehe-Sohn diese Güter und verkauft solche sofort an einen Fremden; fragt sich also: ob das ersteres Ehekind demselben sich nähern könne?

Falls das Gut sich füglich vertheilen lasset, soll das erstere Ehekind nur der Halbscheid sich zu nähern befügt seyn, sonsten aber dem Einstand für das ganze Gut Platz gegeben werden.

Tit. 16. Von Verjährung der stehender Rhenten oder Zinnsen.

Ad §phum 2dum:) könnte die Frag entstehen, ob der Schuldner auch bey Ablag des Capitals die Zahlung in selbigem Werth verfügen könne, wie die Zinnsen von 40 Jahren her zahlt worden?

Ist die Verordnung nur von Zinnsen, nicht aber vom Hauptstuhl selbsten zu verstehen.

Ueber die Canzley-Ordnung fallet der Zweifel vor, ob jemand vor einem bey der Canzley nicht immatriculirten Notario ohne Gefahr der Desertion appelliren könne?

Hat es bey denen erlassenen Verordnungen lediglich sein Verbleib, und ist sich auch darnach bey denen Appellationen bey Straf der Desertion genaueſt zu achten, jedoch stehet auch denen streitenden Theilen frey, sich eines bey denen Reichs-Gerichten immatriculirten Notarii zu bedienen.

Befehlen demnach Unserm nachgesetzten Hofrath, denen geist- und weltlichen Hof- wie auch beyden hohen,

nicht weniger allen andern Erzstiftischen Gerichtern, Amtmännern und deren Verwaltern, fort all- und jeden Richtern sich darnach bey der Urtheils-Fassung schuldigst zu achten.

---

632. Bonn den 30. Juni 1767.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Zur Verminderung des Lurus im Veste Recklinghausen wird dem gemeinen Bürger- und Bauern-Stande, dem höhern Bürger-Stande in den Städten Dorsten und Recklinghausen, so wie dem Beamten-Stande eine Kleider-Ordnung vorgeschrieben; zugleich wird die Trauer-Ordnung vom 22. Dez. 1716 und resp. 18. Aug. 1730 (Nr. 320 d. S.), mit dem Zusatze, daß Bürgers- und Bauers-Leute gar keine Trauerkleider tragen sollen, erneuert und die strengere Beachtung der gegen schwelgerische und kostbare Gastereien bei Kindtaufen, Hochzeiten und Begräbnissen erlassenen Verordnungen befohlen. (Conf. chk. Ed. Saml. Bd. II. S. 438.)

---

633. Bonn den 24. Juli 1767.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Von denen im rheinischen Erzstifte ganz verrufenen 1758 und 1759 im Auslande unterhältig geprägten $\frac{1}{3}$, $\frac{1}{6}$, $\frac{1}{12}$ und $\frac{1}{24}$ Rth. Stücken sollen im Herzogthum Westphalen die $\frac{1}{3}$ Stücke zu $19\frac{1}{4}$ Stbr. und die $\frac{1}{6}$ Stücke zu $9\frac{1}{4}$ Stbr. noch bis zum Ende des laufenden Jahres cirkuliren dürfen, dann aber ebenfalls ganz außer Cours gesetzt werden. (Conf. chk. Ed. Saml. Bd. II. S. 225.)

Bemerk. Unterm 24. Dezember ej. a. ist den vorstehend reduzirten $\frac{1}{3}$ u. $\frac{1}{6}$ Stücken die fernere Cirkulation im Herzogthum Westphalen gestattet worden. (S. l. c. S. 226.)

---

634. Bonn den 4. März 1768.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Publikation einer Taxordnung für die erzstiftisch-rheinischen Untergerichte, wodurch, zur Beseitigung der seithe-

rigen Ueberbürdungen der in Rechtsſtreiten ꝛc. befangenen Partheien, die Gebühren ausführlich beſtimmt werden, welche die Gerichte, Amtsverwalter, Advokaten, Prokuratoren, Boten u. a. zu gerichtlichen Funktionen berufene Perſonen zu beziehen haben. (Conf. chk. Ed. Saml. Bd. I. S. 668.)

Bemerk. Unterm 18. April 1772 iſt den Gerichtſchreibern befohlen worden, am Fuße aller von ihnen ausgefertigten gerichtlichen und auſſergerichtlichen Urkunden und Schriften die nach Maßgabe der obigen Tarordnung erhobenen Gebühren ꝛc. eigenhändig zu verzeichnen, ſodann am Schluſſe der von ihnen den Partheien ausgeliefert werdenden Akten-Abſchriften eine Deſignation der während des Rechtshandels empfangenen Gebühren beizufügen; Unterlaſſungen ſollen mit 4 Gldg. Strafe belegt werden. (ſ. l. c. S. 477.)

635. Bonn den 13. Juni 1768.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfſt.

Die verderblichen Hazard-Spiele jeder Art dürfen in den ſämmtlichen churfürſtlichen Landen weder in Kaffee-, Wirths- und Gaſt-, noch auch in Privat-Häuſern ferner nicht mehr ſtattfinden, und ſoll ſowohl der Wirth oder Hausbeſitzer, als auch jeder Spielende mit 50 Gldg. Strafe belegt werden. (Conf. chk. Ed. Saml. Bd. II. S. 287.)

636. Bonn den 21. Juli 1768.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfſt.

Kund und zu wiſſen ſeye hiedurch, welcher geſtalten Uns bey letztvorgeweſenem Weſtphäliſchen Landtag die unterthänigſte Anzeig von Unſeren treu gehorſamſten Landſtänden geſchehen, daß, obgleich durch eine von Unſerem nächſten Herrn Vorfahrer Chriſtmildeſter Gedächtnüs unterm 11. März 1741 erlaſſen- und den 6. Julii 1745 (Nr. 451 u. 489 d. S.) erneuerte poenaliſirte Verordnung deren Juden Knechten allinger, ſowohl aus eigenen Mittelen, als auch in Gemeinſchaft mit ihrem Brod-Herren gegen ſicheren Genuß des Gewinns, treibender Handel äußerſt ver-

botten worden, dieser gnädigster Verordnung jedoch schnurstracks zuwider nicht allein von denenselben mittelst ungescheueter Ausübung des Handels fortgefahren würde, sondern sogar von ihnen darab ein jährliches Geld-Quantum dem Juden-Vorsteheren abgeführt werden müsse: Wan Wir aber dergleichen Ungebühr keinesweegs ferner gestatten, hingegen höchstgedachte Verordnung ihres völligen Innhalts auf das genaueste befolget wissen wollen; Als thuen Wir dieselbe hierdurch nochmalen gnädigst erneueren, sofort denen Juden, gestalten sich solcher gemäß zu betragen, nicht allein wiederhohlter nachdrucksamst anbefehlen, sondern auch Landdrost- und Räthen in Westphalen, sodann übrigen Unseren Drösten, Richteren, Gogreven, wie auch Bürgermeisteren und Rath in denen Städten und Freyheiten ernstlich aufgeben, allen Fleisses daran zu seyn, daß höchstgemeldeter gnädigster Verordnung in keinem Stück zuwider gehandelt, die Ubertrettere aber mit der darin enthaltener Strafe belegt und dafür unnächläßlich exequirt werden.

---

637. Bonn den 27. August 1768.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Thun hiemit kund und zu wissen, daß, obgleich in der vorhin erlassener Verordnung ausdrücklich versehen, daß kein einheimisch- noch frembder Jud das geringste weder mit Schmieden-Blasen, weder mit Kauf- und Verkauffung dessen, so Unseren gesamten Bergwerken vom kleinsten bis zum grössesten anklebet, unternehmen, sondern aller dieser Handlungen sich gänzlich enthalten, widrigenfalls der Jud so wohl als auch derjenige, welcher mit demselben handlet, die Straf von zweyhundert Rthlr. verwürckt haben solle, Uns jedoch von Unsern bey vorjährigem Westphälischen Landtag versammlet gewesenen treu-gehorsamsten Landständen die unterthänigste Anzeig geschehen seye, daß von ein- und andern dasigen Juden der Handel mit Kupfer und Eisen vor wie nach ungescheuter fortgetrieben, dadurch aber den Gewerckschaften Unseres Erzstifts ein nicht geringer Schaden und Abbruch verursachet würde; da Wir nun gleichwohl die in gedachtem Unserm Erzstift angelegte Bergwerker in mehreren Flor und Aufnahm zu bringen, hingegen keineswegs zu gestatten gnädigst gemeynt seynd, daß denenselben von denen Juden durch ihren mit Kupffer, Eisen und übrigen Berg-Materialien

treibenden unzuläßigen Handel einiges Nachtheil in Zukunft zugezogen werde; Als thun Wir den in höchst angezogener Bergordnung enthaltenen Verbott nochmahlen hierdurch gnädigst erneueren, mithin allen und jeden Erzstiftischen Juden dies- und jenseits Rheins die fernere Fortsetzung obigen Handels, und zwarn unter der vorhin anbedroheter Straf von zwey hundert Rthlr. scharfest untersagen, nicht weniger Unseren Landdrost und Räthen in Westphalen, Statthaltern im Vest Recklinghausen, Amtleuten, Drösten, Unterherren, Vögt, Schultheißen, Richteren und Gogreven, auch Bürgermeister und Rath in denen Städten und Freyheiten, fort Scheffen und Vorsteheren in denen Flecken und Gemeinheiten ernstlich aufgeben, gestalten gegenwärtige gnädigste Verordnung der Judenschaft zu ihrer schuldigsten Nachachtung behörigermaßen verkünden, mithin auf die Uebertrettere ein wachtsames Aug halten zu lassen.

638. Bonn den 3. September 1768.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Die schriftlichen Neujahrs-Wünsche an den Landesherrn, so wie dergleichen zwischen den churfürstlichen Cavalieren, Räthen und Beamten, sollen ferner unterbleiben. (Conf. chk. Ed. Saml. Bd. II. S. 288.)

639. Arnsberg der 5. October 1768.

Landdrost und Räthe.

In Folge des, der neu errichteten Glaßhütte zu Meschede ertheilten, Privilegiums wird, mit Ausnahme des Fensterglases, so lange dies nicht auf der gedachten Hütte fabrizirt wird, der Verkauf ausländischer Glaßwaaren und das Hausiren mit denselben im Herzogthum Westphalen, bei Confiskationsstrafe, verboten.

640. Bonn den 20. Dezember 1768.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Nachdeme Uns jene Unordnungen unterthänigst vorgetragen worden, welche von geraumen Jahren her auf

dem Neerß- oder Nierß-Strom theils mit unnöthiger Aufhaltung und Aufstauung des Wassers, theils in versäumter Reinigung des Flusses, theils in Ordnungs-widrigen Anpflanzungen und sonsten, zum beträchtlichen Schaden Unserer und anderer benachbarten, nächst der Neerß liegender Ländereien, Wiesen oder Benden öfters geflissentlich veranlasset worden;

Und dann zu deren beständigen Abhelfung mit Ihrer Königl. Majestät in Preußen und Churfürsten zu Pfalz Lbdn. Lbdn. Wir Uns wegen Dero anschiessenden Geldersch-, Clevisch- und Jülischen Landen dahin vereinbaret haben, daß sämtliche Mißbräuche gemeinschaftlich untersuchet, abgestellet und daß eine gemeinsame Ordnung errichtet werden solle, nach welcher der Neerß-Fluß führohin von dem sogenannten Peel-Loch ohnfern Elorath Chur-Cöllnischen, und ohnfern Süchtelen Jülischen Gebiets, biß wo die Neerß in die Maaß ausfliesset, nämlich unterhalb Gennep im Clevischen, behandelt werden solle.

Dieses Geschäft auch von Unseren und übrigen darzu benannten Commissarien zu einem gedeihlichen End gebracht, mithin Uns über den ganzen Verhalt, und sämtliche Umstände unterthänigst referirt worden.

Als verordnen und befehlen gnädigst, lassen Uns auch resp. gefallen.

1. Daß die Neerß führohin von nungemeldtem Peelloch bis an die Mühle zu Wachtendonck auf 24 Rheinische Fuß, jeden zu 12 Zoll gerechnet, von da bis an die Schravelsche Mühle, auf 36 dergleichen Fuß, und von nungemeldter Schravelscher Mühle bis zu dem Einfluß in die Maaß 48 Fuß breit, sodann aller Orten so tief gehalten werden solle, daß bei niedrigem Wasser wenigstens anderthalb Fuß Wassers vorräthig seye.

Wäre aber diese Breite an einigen Orthen nicht anzutreffen, solle solche dem Fluß inner drey Monaten Zeit längstens, à dato Publicationis dieses, verschaffet werden; wo derselbe breiter ist, verbleibet dahingegen dessen natürlicher Lauf, welcher nicht verenget werden darf.

Nach der Breite des Flusses müssen die Oefnungen deren Mühlen-Archen und die Zwanggraben in gemeldter Frist eingerichtet, annebenst sämtliche über den Strom würklich liegende, und künftige Brücken nach solcher, jedoch mit der Vorsicht gelegt werden, daß der Fluß, wo die Brücken hinkommen, 4 Fuß breiter zu halten, um den

Raum zu ersetzen welchen die Brückenpfähle dem Strom benehmen.

2. Für alle auf der Neerß liegende Mühlen wird ohne Unterscheid das Peegel-Recht eingeführet, dergestalten, daß ein jeder Müller mit Peegel-mäßigem Wasser sich führohin begnügen und darüber keines aufhalten solle, nach dem Peegel müssen die Schleußen und Schützbretter in denen Archen und Frey-Schleußen eingerichtet, und derjenige Müller solle jedesmal mit 6 Gldg., und nach Befund des Schadens noch schärfer bestrafet werden, welcher gegen den Peegel sich verfehlet.

Der Peegel wird aber nicht nur für das Ober- sondern auch für das Unter-Wasser deren Mühlen bestellet; solcher solle von Unsern Wasser-Bau-Verständigen an bequamen Orten eingeschlagen, darüber ein förmliches Protocoll geführet und dieses in denen behörenden Registraturen zur steter Richtschnur bewahret werden.

3. Um den Oberpeegel richtig zu stellen und einer jeden Mühlen nach Proportion ihrer Räder ein gleiches Gefälle zu verschaffen, haben Wir gnädigst genehmet, daß das Gefälle aller auf der Neerß liegenden Mühlen von Süchtelen bis Gennep von allerseitigen Wasser-Bau-Verständigen aufgenommen worden; da nun diese befunden haben, daß das Total-Gefälle auf dem Neerß-Strom in 33 Fuß 7¼ Zoll bestehe, als werden einer jeden Mühle, die mit zwey nebeneinander stehenden Geläufen versehen ist, einsweilen und bis dahin mit Ihrer Königl. Majestät in Preußen und Churfürsten zu Pfalz Lbdn, Wir ein anderes verordnen, 21¼ Rheinischen Zoll für Gefälle, denen aber die nur aus einem Geläufe bestehen, 16 Zoll zugetheilet, und das übrige Wasser dem Ablauf des Flusses überlassen.

Die Müller seynd bey Vermeydung vorgemeldter Straf nicht befüget, sich mehreres Wasser einigermaßen zuzulegen, fölglichen mögen dieselbe die Schutz-Brettere mit Aufsätzen nicht verhöhen und dergleichen ꝛc. ꝛc. Nur wird dem zu Gennep für den Fall, daß die Maaß steige und das Mahlen behindere, erlaubet, das Wasser über den ordentlichen Peegel bis zu 3 Fuß, mithin 1 Fuß 2¾ Zoll höher aufzustauen, und solle ihme diesertwegen ein besonderer Peegel gesetzet werden. Damit nun

4. das Wasser bey der ohnfern Suchtelen liegender Cameral-Mühle Peegelmäßig eingerichtet, und die anschiessende Unsere Chur-Cöllnisch- und Gelderische Lände-

reyen und Benden von denen Uberschwemmungen führohin so viel gewisser befreyet werden, so genehmen Wir die von Unsern und den übrigen Commissarien getroffene Vereinbahrung dahin gnädigst:

A. Daß der ohnfern dem Peel-Loch zur Bestimmung deren, bey dem Neers-Fluß bis dahin streitig gewesenen Chur-Cöllnischen und Jülischen Gränzen, verglichene neue Graben auf Kösten deren anschiessenden Chur-Cöllnisch-, Gelderisch- und Jülischen Unterthanen auf 12 Fuß in die Breite, und so tief als das Neerß-Bett angelegt, daß in solchen eine Schleuße von dreyen gleichen Oefnungen auf gemeinsame Kösten gesetzet, daß die Bretter deren Schleußen nach vorbestimmten Peegel abgeschnitten, und daß dem Jülischen Cameral-Müllern zu Süchtelen bey jedesmaliger Straf von 6 Gldg. verbotten sein solle, auf die Schleußen andere Bretter zu setzen.

B. Daß eine jede gemeldter dreyen Oefnungen mit einem besondern Schloß zu verwahren, daß ab der einen dem Vorsteher Unserer Honnschaft Hagen, ab der andern dem ältesten Bürgermeistern zu Vierschen, und ab der dritten dem ältesten Scheffen zu Süchtelen ein Schlüssel mit der Weisung zuzustellen, daß ein jeder bei vorhandener Wassers-Noth die ihme anvertrauete Schleuße ohne Zeit-Verlust gratis eröfnen und hinwieder verschliessen solle; Würde aber

C. einer deren Schlüssels-Verwahreren seine Schuldigkeit in Oefnung der Schleußen vernachläßigen und solcher bey anlaufendem Wasser längstens in einer Stunde Zeit entweder selbst oder durch anderen nicht nachgekommen seyn, oder aber die Schleußen ohne Noth eröfnen, so solle derselbe jedesmal in 6 Gldg. Brüchten, und zum Ersatz des denen Benachbarten andurch zugehenden Schadens fällig ertheilet und dafür von der behörenden Obrigkeit executivé angesehen werden. Sollte es auch

D. wegen zunehmender Wasser-Noth und Ermangelung deren Schlüsseln nothwendig werden, eine deren Schleußen mit Gewalt zu eröfnen oder zu zerschlagen, so solle die Herstellung auf Kösten des ausgebliebenen Schlüssels-Verwahreren geschehen: Ein jeder derenselben ist annebens unter mehrgemeldter Strafe verbunden, die Schleußen zu schliessen sobald das Wasser zum Fallen sich neiget, und längstens wann solches dem Peegel gemäß stehet. Endlich

E. solle gemeldter neue Graben von Unseren und denen Jülischen Unterthanen führohin rein gehalten werden, zum Unterhalt deren Schleußen aber die zu Vierschen $\frac{1}{3}$ Theil mit beytragen. Wann diesemnach zu erwehnten Schleußen etwas zu verwenden nothwendig, solle solches denen benachbarten Schlüssels-Verwahreren und von diesen der Behörde zur gemeinsamen Einverstandnüs sofort angezeigt werden.

5. Verordnen Wir gnädigst, daß das Peegel-Recht auf sämmtlichen Neerß-Mühlen ohne Unterscheid jeden Jahrs den 1. Aprilis anfangen und bis den 1. Novembris fürdauren solle; In denen übrigen Monaten wird dahingegen denen Mülleren erlaubet, das Wasser 6 Daumen oder Zoll höher über den Peegel aufzuhalten und zu gebrauchen.

6. Wegen Reinigung und Raumung des Neerß-Stroms vom Kraut und sonstigem Unrath solle folgende Ordnung gehalten werden.

A. Alle auf dem Neerß-Fluß bestehende Müllere sollen vom 1. Aprilis bis den letzten Octobris jeden Samstags Abends wenigstens vor Mitternacht alle Schütz- und Schleußen-Brettere ziehen, das Wasser bis Sonntags Nachmittags 4 Uhr lauffen lassen, und erwehnte Brettere nicht ehender einsetzen. Nebst deme

B. solle die Neerß in Unseren und den anschießenden Landen jedes Jahr dreymal nach der ganzen Breite des Stroms geschnitten werden.

Zur ersten Schneidung werden die vier letzte Täg Aprilis bestimmet, die andere solle aber den 1. Julii und die dritte den letzten August angefangen werden. In diesen drey Tägen sollen

C. die Scheffen, oder wer sonsten darzu berechtiget, den Strom unentgeldlich visitiren, und die Orten anweisen, wo die Vertiefungen und Ausraumungen nöthig oder nützlich vorzunehmen.

D. Den dritten Tag jeder Schneid- oder Raumung, und zwarn Abends 7 Uhr, sollen alle auf der Neers liegende Mühlen aufgezogen, derenselben Wasser dreymal 24 Stunden nacheinander abgelassen, sodann jede Mühlen nicht ehender, als den dritten Tag darnach Abends 7 Uhr wieder geschlossen werden.

E. Damit die Ziehung deren Mühlen so viel gewisser beobachtet, und die Schleußen-Brettere bey Nacht und Unzeiten nicht wieder eingelassen werden, sollen jeden Orts Scheffen, oder wer sonsten darzu berechtiget, eine

Wacht bey jeder Mühle anordnen, welcher die Müllere nur das Obdach, Feuer und Licht zu geben schuldig seynd.

F. Müssen gemeldte Scheffen, oder deme es sonsten oblieget, besorgen, daß Sonntags vor der Ziehung in allen an der Neerß liegenden Pfarrkirchen verkündet werde, daß auf vorbestimmte Täge mit gemeinsamer Schneid- und Raumung der Neerß solle angefangen werden, auf daß niemand mit der Unwissenheit sich entschüldige, und damit ein jeder wegen Stillstand deren Mühlen sich in Zeiten vorsehe.

7. Bei der Reinigung, Raum- und Fegung der Neerß selbsten ist folgendes zu beobachten.

A. Die Reinigung geschehet nach der ganzen Breite des Flusses von unten herauf, von denen, welche nach jeden Orts Gewohnheit darzu verbunden seynd, besonders muß bey dieser Gelegenheit das an denen Ufern auswachsende Schilf und Rohr mit denen Wurzeln, so viel möglich, ausgerissen, und es dörfen keine Pfähle bey 3 Gldg. Straf in das Bett der Neerß zur Aufhaltung des Schilfs und Krauts geschlagen, sondern, wo deren seynd, müssen solche so viel mehr ausgeworfen werden.

B. Zur Raum- oder Fegung müssen dahingegen alle an die Neerß anschiessende Beerbte, imgleichen diejenige, welche mit denen Ueberschwemmungen betroffen werden, bis dahin Wir ein anderes verordnen, pro Ratà in denen Kösten beytragen. Die Raumung muß annebens

C. In denen bestimmten Tägen mit denen Benachbarten gemeinschaftlich vorgenommen, und bey solcher müssen alle Untiefe, Grind- Sand- Bänke, Hosten und Insulen, wo deren sich angesetzet haben, aus dem Strom geraumet und der Sand, Mott oder Moder muß wenigstens 5 rheinländische Ruthen von dem Ufer hinweggeschaffet werden; gleichwohlen gehöret der Mott, Leusch und dergleichen denenjenigen, welche die Raumung selbst verrichten; wo aber die Arbeit von denen Beamten verdungen wird, mögen diese zum gemeinen Besten disponiren.

D. Bey der allgemeinen Raumung und Fegung seynd die Müllere verbunden, all dergleichen Unrath, welcher unter denen Mühlen-Räderen und in einer Länge von 30 rhein. Ruthen, jede von 12 Fuß, und von dem untersten Rade anzurechnen, sich angesetzet haben, auf ihre eigene Kösten hinwegzuschaffen; wären aber die Müllere an einigen Orten zu einem mehreren verbunden, oder aber mu-

ſten andere die Müllere vertretten, ſo hat es dabey ſein Bewenden.

E. Denen Einbrüchen muß mit Ordnungs-mäßigen Battungen vorgekommen werden, wo aber Erweiterungen nothwendig ſeynd, da müſſen ſolche am anwachſenden Ufer geſchehen, darnach die Krümmen beurtheilet, die anwachſende Uferen gegen die abbrechende ganz tief geſchnitten, anbey müſſen die abbrechende Uferen mit denen Erweiterungen ganz verſchonet werden. Seynd dahingegen beyde Uferen einander gleich, iſt auch auf beyden Seiten weder anwachſend- weder abbrechendes Ufer; ſo ſolle die nöthige Erweiterung von beyden Seiten und in gleicher Maaß geſchehen;

F. Die Reinig- und Raumung der Neerß ſollen anſchieſſende Beerbte untadelhaft verrichten oder gewärtigen, daß die Mängele auf ihre Köſten verbeſſeret und wann ſie zum andernmahl ſaumig befunden werden, daß ſie noch beſonders beſtrafet werden; wegen Unſeren anſchießenden Domanial-Stücken werden Wir aber zu gleicher Zeit das Nöthige von Unſeren Kellneren beobachten laſſen.

8. Eben ſo ſolle es mit ſämtlichen Zwang- und Neben-Graben welche noch würklich ſeynd und vorhin geweſen, gehalten werden; ſolche müſſen nemlich zu gleicher Zeit nach vorbeſchriebener Ordnung gereiniget, offen belaſſen und gleich dem Grundbett der Neerß auf gemeinſame Köſten deren Anſchieſſenden ausgetiefet, darbenebens ſollen ſolche in einem beſondern Protocoll beſchrieben werden und die Benachbarte hierunter einander die Nachrichten communiciren.

9. Auf denen Uferen und ſogenannten Dycken oder Dämmen ſollen hinführo weder aufgehende Bäume, weder Strauchholz, in der Breite von 12 rhein. Fuß vom Ufer anzurechnen, gelitten werden, auſſer wo die Nothwehr einige Battungen erforderet.

Die auf dem Ufer der Neerß oder auf denen Dycken deren Neben-Graben würcklich erſindliche Bäume und Strauchholz ſollen ſolchemnach in gemeldter Breite inner 3 Monaten Zeit, à Die Publicationis dieſes, bey Vermeydung einer Straf von einem Gldg. für jeden Baum und Strauch weggeſchaffet, auch fuhrohin deren keine in der Nähe von 12 Rhein. Fuß angepflanzet werden; zu ſo viel mehrerer Feſthaltung dieſer die Reinigung und Ausraumung der Neerß betreffenden Puncten ſollen

10. jeden Orts Beamte oder denen es sonsten zukommet, in denen nächsten 8 Tägen nach vollendeter Reinigung oder Raumung die gewöhnliche Schau halten oder den Augenschein einnehmen und untersuchen, ob alles nach vorbeschriebener Ordnung vollführet seye, sodan jeden Jahrs mit allerseitigen Beamten eines Tags sich vereinbaren, um mit Zuziehung deren Gerichts-Personen den ganzen Strom, so weit die Landes-Gränzen sich erstrecken, in Augenschein zu nehmen; bey dieser Gelegenheit sollen die Mangele untersuchet, nach Befinden bestrafet und verbesseret, sodann ab jeder Verrichtung die abzuhaltende Protocolla dahiesiger Unserer Regierung inner 8 Tägen Zeit eingesendet werden.

11. Sobald unvermuthete Ergiessungen des Stroms von Platzregen oder sonsten sich ergeben, sollen die Müllere ohnverzüglich alle Schleußen ziehen und diese so lang offen lassen bis dieselbe Peegelmäßiges Wasser erhalten, bey jedesmaliger Straf von 6 Gldg. und des denen anschiessenden Beerbten andurch zugehenden Schadens; Um diesen abzuwenden und zu untersuchen woher die Uberschwemmungen entstehen, wird jeden Orths Scheffen, oder welche sonst darzu berechtiget seynd, erlaubet, nicht nur um die Zeit da alle Schleußen-Brettere offen stehen müssen, sondern, so oft es ihnen nothwendig zu seyn gedünket, bey dem in ihrem Bezirck wohnenden, auch bey dessen Oben- und Unter-Mülleren, jedoch ohne deren Belastung, zu visitiren, ob das Wasser über den Peegel aufgehalten werde. Würde dieses befunden, so ist dem visitirenden Scheffen erlaubt, dem in diesem Bezirck wohnenden Mülleren die Schütz- und Schleußen-Brettere offen zuziehen, derselbe solle aber keine Pfandungen eigenmächtig vornehmen, sondern die befundene Ungebühr der Amts-Obrigkeit und in denen benachbarten Gebieten dem nächstwohnenden Scheffen oder Vorsteheren zur geschwinden Abhülf anzeigen, und, daß dieses geschehen, seiner Obrigkeit ebenermaßen zur Beobachtung des Nöthigen hinterbringen; Dahingegen ist eines jeden Beamten Schuldigkeit zu besorgen, damit der strafbar befundene Müller dem visitirenden Scheffen die Visitations-Gebühr entrichte, und Beamte mögen führohin dergleichen Visitationes nicht nur bey andringenden Begebenheiten, sondern so oft und wann sie wollen, jedoch ohne Belastung deren Mülleren, entweder selbst vornehmen oder diesertwegen jemand schriftlich committiren.

12. Genehmen Wir zu Bevorkommung und Abwendung ferneren Schadens die von allerseitigen Commissarien getroffene Vereinbarung, daß bey Unserer Cameral-Mühle zu Oedt eine Freyschleuße von drey Oefnungen auf gemeinsame Kösten Unserer und deren Jülischen Unterthanen, bey der Mühle zu Mühlhausen ohnfern dem sogenannten Spartel-Bend eine andere von eben so vieler Oefnung auf Kösten Unserer, deren Gelderisch- und Jülischen Unterthanen, bey der Langendoncker Mühle noch eine dergleichen auf Kösten Unserer und deren Gelderischen Unterthanen, bey der Neersdommer-Mühle dahingegen ein Zusatz von 5 Fuß 4¼ Zoll auf Unsere Kösten, nach der von allerseitigen Wasser-Bau-Verständigen beschehenen Anweisung angeschaffet werden sollen. Mit denen Schlüsseln wird aber folgende Ordnung gehalten:

Von der Schleußen zu Oedt sollen der zeitliche Scheffen Kirspels Oedt Chur-Cöllnischen, sodann der älteste Scheffen oder Vorsteher der Honnschaft Vorst und der Vorsteher oder Scheffen des Fleckens Süchtelen Jülischen Gebiets; von der Schleußen bey Mühlhausen ohnfern dem Spartel-Bend der zeitliche Scheffen des Kirspels Oedt Chur-Cöllnischen, der älteste Scheffen oder Vorsteher zu Greffrath Gelderischen, sodann der zeitliche Scheffen oder Vorsteher im Hagenbroich Jülischen Gebiets, von der Schleußen bey der Mühle zu Langendonck aber die Scheffen deren Kirspelen Oedt und Greffrath, endlich von denen Schleußen zu Neersdomm die nämliche Scheffen von Oedt und Greffrath die Schlüsseln verwahren.

Wegen Unterhaltung deren Schleußen wird es aber nach der oben §pho 4 bestimmten Ordnung gehalten.

13. Würde in künftigen Zeiten nothwendig sein, bei denen Mühlen und zugehörenden Schleußen neue Archen und Fluß-Böden anzulegen, so sollen diese dem Grundbett des Neerß-Fluß ganz gleich geleget werden; diesem Actui sollen jeden Orts Beamte mit dem Gericht, worunter die Mühlen liegen, beywohnen, zu solchem die benachbarte Beamte und Gerichts-Personen, imgleichen den Ober- und Unter-Müller veranlassen und denen mehrest Beerbten freystellen, ob sie, wiewohl ohne Belastigung des Müllers, dabey mit erscheinen wollen, das Gericht hat dabey zu besorgen daß die neue Arche der Ordnung gemäß angelegt werde, würden aber hernächst bey derselben Unterschleife entdecket, so solle der Eigenthümer der Mühlen und resp. der Müller in 100 Gldg. Brüchten verfallen seyn und die

beschehene Vervortheilung auf Kösten deren bey dem Actu erschienenen Gerichts-Personen herstellet werden.

14. Als viel die Fischerei in der Neerß angehet, lassen Wir Uns, in so weit solche Unsere, die Jülisch- und Gelderische Gebieten scheidet und gemeinsam ist, folgende Ordnung gnädigst gefallen.

A. Daß führohin nur 2 Täg in der Wochen und zwarn Mittwochs und Freytags, oder wann auf diese ein Feyrtag einfallet, auf den unmittelbar vorhergenden zu fischen erlaubt seyn solle.

B. Alle übrige Täge der Wochen, imgleichen des Nachts ohne Unterscheid und den ganzen Monat May, ist das Fischen bei jedesmaliger Straf von 6 Gldg., oder im Fall der Unvermögenheit so vieler Wochen Arbeit des Stockhauses verbotten.

C. Des Fischens soll sich keiner unterziehen, er seye ein würcklicher Beerbter; Für Beerbte werden aber nur diejenige gehalten, welche 250 Rthlr. an liegenden Gründen besitzen; alle übrige deren Vermögen so weit sich nicht erstrecket seind zum Fischen nicht berechtiget, der Fischers-Gereitschaft in Ertappungs-Fall verlüstiget, und das erstemal in 3 Gldg. oder so vieler Wochen Stockhauses Arbeit, das anderemal in eine doppelte Straf und so ferner verfallen.

D. Die sogenannte Flügel- und Setzhaamen, Fucken und Körbe, das Pöltzen und Ausschneidung deren Ufern um Krebse zu fangen, ist unter nämlicher Strafe verbotten.

E. Die Fischgarn deren Berechtigten sollen so eingerichtet seyn, daß ein viertelpfündiger Fisch durch die Moschelen streichen könne.

F. Denen Scheffen, Vorsteheren und sonstiger Behörde ist verstattet, die betrettende Frevelere in das benachbarte Gebiet, ohne Nachtheil der Landes-Hoheit, zu verfolgen und zu arrestiren, mit der Bescheidenheit gleichwohlen, daß die beschehene Arrestirung dem benachbarten Beamten und resp. Kellnern sofort notificiret werde, welcher den Arrestatum sogleich ohne Zahlung deren Atzungs-Kösten verabfolgen lassen solle, wann diese von dem Arrestato nicht können erlegt werden.

Gleichwohlen halten Wir Uns bevor, wegen gemeinsamer Verwaltung der Fischerey mit Ihrer Königl. Majestät in Preussen und Chur-Pfalz Lbdn. zum gemeinen Besten Uns näher zu vereinbaren.

Da nun Ihre Königl. Majestät in Preussen und Chur-Pfalz Lbdn. für Dero an die Neerß gränzende Gebieten eine dieser in allen Puncten gleichförmige Verordnung verkünden lassen und mit Denenselben Wir Uns gemeinsam verbunden haben, daß zu besserer und mehr zuverläßigen dessen Beobachtung von allen Dicasterien deren in diesem Punct vereinigten Landen die schärfeste Nachsicht genommen werden solle, ob Beamte, Scheffen, Vorstehere, und diejenige welchen sonst die Obsicht über den Neerß-Fluß und dessen Behandlung zukommet, sich solcher gemäß betragen, und daß bey befundender Versaumnüs ein jeder ohne Nachsicht mit 25 Gldg. Brüchten bestrafet werden solle.

Als verordnen und befehlen gnädigst, daß ihr allen obigen Puncten genauest nachkommet und deren gehorsamste Befolgung euch Pflicht-schuldigst angelegen seyn lasset, solchen Endes denen Scheffen und Vorsteheren des Amts Oedt, wie auch Unseren Cameral-Mülleren eines deren beykommenden Exemplarien zustellen, die übrige zur Amts- und Gerichts-Registratur hinlegen, sodann deren Innhalt zu jedermanns Nachachtung nicht nur an denen gewöhnlichen Orten, sondern auch jeden Jahrs auf denen Herren-Gedingen verkünden lassen sollet.

---

641. Bonn den 22. Dezember 1768.

Max. Friedrich, Erzb. u. Churfst.

Im Veste Recklinghausen soll, unter Abänderung der Bestimmung vom 3. Juli 1765 (Nr. 607 d. S.), die kleine Jagd, wegen der daselbst spätern Erndte, anstatt am 1. August, erst am 1. September jedes Jahres eröffnet werden. (Conf. chk. Ed. Saml. Bd. I. S. 215.)

---

642. Bonn den 14. Januar 1769.

Max. Friedrich, Erzb. u. Churfst.

Nachdem über die schlechte und an den mehresten Orten in Unserm Herzogthume Westphalen fast unbrauchbar gewordene Weege sowohl von ausländisch- als einheimischen Fuhrleuten, Reisenden und Commercianten bey Uns mannigfältig Klagen geführet und unterthänigst angezeiget

worden, daß solche nicht nach Vorschrift deren erlassenen heilsamen Verordnungen in gehörigen Stand gestellet noch unterhalten würden, sondern an vielen Orten nunmehro gänzlich eingeschränket, verwüstet und in ganz unbrauchbaren Stand gerathen wären, solches aber nicht allein denen Reisenden und Fuhrleuten zu großem Beschwer und Ungelegenheit, sondern auch zu Sperr- und Hemmung des allgemeinen Gewerbs, Handels und Wandels, folglich Unsern getreuen Unterthanen zum merklichen Nachtheil und Schaden gereichet, Wir aber solchen Unordnungen länger nachzusehen nicht gemeynet, sondern gnädigst wollen, daß alle Weege in Unserem Herzogthume Westphalen in solchen Stand gestellet werden sollen, damit sie bey aller Jahrszeit gebrauchet, denen Reisenden die Passage erleichtert und das Commercium ohngehindert getrieben werden könne. Daß Wir dahero gnädigst und in der Fürst-väterlichen Absicht das Aufkommen Unserer lieben Unterthanen zu befördern, mildest bewogen worden, besondere Weg-Commissarios zu ernennen, und deren Instrucktion wie auch Unserer Landdrost und Räthen, Drösten, Richtern, Gogreven, wie auch Bürgermeister und Rath in denen Städten und Freyheiten, Scheffen und Vorsteheren in denen Gemeinheiten, fort aller Lands-Einwohnern schuldigster Nachachtung gegenwärtiges Weeg-Reglement nach dem Beispiel benachbarter und anderer Fürsten zu erlassen. Wir ordnen, setzen und befehlen demnach hiemit ernstlich

1. Sollen sämtliche Landstrassen und andere Weege, Brücken und Stege von der gnädigst angeordneten Commission mit Zuziehung Unseren Drosten und Beamten, wie auch Bürgermeister und Rath, in deren anvertrauten Distrikt die Weege gelegen, in Augenschein genommen, fort diese nach strackliche Weisung und Aufsicht sothaner Commission von denjenigen Gerichts-Amts, Stadt-Freyheits-Einsassen, in wessen Bezirk sie sich befinden, oder denen, welchen solches vermög Herbringen sonsten oblieget, allerdings hergestellt, die zerfallene Brücken und Stege wiederum aufs neue errichtet und erbauet, sodann mit Lähnen versehen werden.

2. Obwohlen die Heer- und Landstrassen in andern Ländern in einer Breite von 40 bis 50, und die andere auch Nachbar-Weege von 16 bis 30 Fuß nützlich erscheinen; so können doch in Gegenden Unsers Herzogthums Westphalen, wo der Boden steinig oder sonst trocken und

hart befunden wird, mit 24 und 30 Fuß und die andere Weege mit 16 bis 24 Fuß nothdürftig bestehen und eingerichtet werden, in flachen und durchländigen Gegenden aber soll obangeführte mehrere Breite nach Gutfinden und Ermessen Unserer gnädigst angeordneten Commission eingeführet werden.

3. Weil nun die Strassen und Weege im Wasser und Fäule vertiefter, folgbar versunken, verflossen oder verfahren sind; so sollen, als viel die Landstrassen betrifft, selbe in der Mitte 3 und an den Seiten 2, die andere Weege aber in der Mitte 2 und an der Seite 1 Fuß höher als das Erdreich ist, aufgeführet, und diese Höhe so viel möglich mit Kiesel oder steinigem Grunde erreichet werden; Damit aber

4. das Wasser von und an den Landstrassen und Weegen desto besser abfliessen, mithin selbige desto füglicher austrocknen und in guten brauchbaren Stand gebracht und erhalten werden können; so sollen neben denselben beyderseits, wann einerseits kein Abhang ist, Wassergraben in der Tiefe und Breite ausgeworfen werden, daß daraus so viel Grund, als zu vorbeschriebener Weeg-Erhöhung erforderlich ist, genommen werden könne, gleichwohl kann diese Tiefe und Breite nach erheischenden Umständen von Unseren Commissarien auf 3, 4 ad 5 Fuß eingeschränket werden; Weilen auch

5. die Erfahrung belehrt, daß die an denen Landstrassen und Weegen zu nahe stehende, den Schatten bringende- hingegen die durchstreichende Luft und Sonnenschein behindernde Bäume, Hecken und Sträuche die Austrocknung vornämlich behindern, ohne Hindanschaffung derselben aber die Herstell- so wenig, als die Unterhaltung deren Weegen nicht bethätiget werden kann, folgbar der geringe Vortheil, den der eigennützige Eigenthümer von diesen Bäumen und Sträuchen ziehen möchte, mit dem daraus dem Publico zuwachsenden Schaden nicht zu vergleichen ist; so sollen künftighin keine Bäume und Sträuche an denen Weegen, sie mögen stehen auf Unsern Domainen, geistlich- oder andern freyen Grund, auch sonsten wie der Grund Namen und andere Freyheit haben mag, geduldet, sondern ohne die geringste Nachsicht fortgeschafft werden. Wir befehlen demnach Unseren Richtern, Gogreven, Bürgermeister und Rath in denen Städten und Freyheiten, Scheffen und Vorstehern, daß sie sofort alle Bäume, Hecken und Sträuche von denen Landstrassen und Weegen

respective in ihren Städtischen oder Gerichts gemeinen Distrikten, denen Eigenthümer aber, daß sie auf ihren privaten, neben denen Landstrassen und Weegen hergehenden Gründen stehende Bäume, Hecken und Sträuche samt denen Wurzeln auswerfen lassen, und falls sie damit binner drey Wochen, nach Publication dieses, nicht fertig, so soll solche Abhau- und Ausrottung nicht nur auf der saumseligen Kösten verfüget, sondern auch von jedem nicht ausgeworfenen Baum 24 Groschen, und für jeder Ruthe nicht weggeschaffter Hecken 18 Groschen, dann für jeden nicht ausgeworfenen großen oder 3 kleine Sträuche 12 Groschen zur Strafe erlegt und diese mit denen ex Officio Commissionis verwendeten Auswerfungs-Kösten executive beygetrieben werden, dagegen sollen diejenige Bäume und Sträuche, welche zu Seiten der Landstrassen in einer Entfernung von 8 Fuß von denen Graben belassen oder auch künftig angepflanzet werden können, unter der im obigen §. angeordneter Strafe, ausgeästet und gereiseret werden; Gleichwie Wir dann auch gnädigst verstatten, daß diejenige Hecken, womit Garten und andere Gründe eingefasset sind und welche in ihrer ordentlicher Schorr gehalten werden, wann selbige sich auswärts deren Graben befinden, beibehalten werden mögen, jedoch daß sie auf 3 bis höchstens 4 Fuß abgeworfen und in solche Höhe unterhalten werden.

6. Wann die Landstrassen und Weege nach obigen Vorschriften von Hecken, Bäumen und Strauchen befreyet, in Graben gelegt, aufgehöhet und recht applanirt sind, so soll darauf wenigstens 1 oder nach Gutfinden Unserer Commissarien 2 Fuß dick größere, dann kleinere Steiner, und letztlich Sand oder sandiger harter Grund gefahren werden, der zur Weege Besserung erforderlicher Grund oder Sand kann aus allen Gründen, wo solcher anzutreffen und dem ausbessernden Weeg am nächsten gelegen, es betreffe Unsere Domainen, geistliche, weltliche, freye, private oder sonstige Gründe ohnentgeltlich genommen und herbeygefahren werden, gestalten sich niemand darwieder zu setzen befügt, sondern solchen vielmehr bey Vermeydung willkührlicher Strafe und stracklicher Zwangmittel verabfolgen zu lassen, schuldig und gehalten seyn soll, falls aber durch die Ueberfahrt und Auswerfung deren Grund-Oertern gute Gründe, Aecker und Wiesen beschädiget wurden, so soll dafür dem Befinden nach eine dem Schaden proportionirte Vergütung dem Eigenthümer aus Städti-

schen oder Freyheits gemeinen Mitteln wo selbe vorhanden, sonsten aber gleichwie von Gericht- und Aemtern nach dem Schatzungs-Fuß angedeyen, und der verursachte Schaden nach gleich vorzunehmender ohnpartheyischer Schätzung bonificirt werden, jedoch ist zu Vermeydung dieser Kösten so viel möglich dahin zu sehen, daß ohnschädliche Stellen zum Sandgraben ausgesucht werden.

7. Wo aber ein Mangel an vorgemeldten Materialien erscheinen möchte, da sollen die Weege mit Holz oder Schanzen belegt, und 2 oder 3 Fuß dick mit tauglichem Grunde oder steinigter Erde befahren und zu Gehabung dieser Materialien wie im §pho praecedente verfahren werden.

8. Wo tiefe Sümpfe, Springe oder sonst feuchter Boden in denen Strassen und Wegen sich finden, sollen durch die Strassen, Rinnen oder umgekehrte Tröge quer gelegt, und wo es vonnöthen, Brücken gemacht werden, wodurch das Wasser ablaufen könne, und wo Steine füglich zu haben, soll man sich befleißigen die Rinnen und Brücken besonders über Bäche und starke Wasserlauf aufzumauern, wo aber das Wasser nicht allzu häufig, mögen diese Ableitungen vermits zweyer überzwerg durch die Landstrassen gehender und $\frac{5}{4}$ Fuß Oefnung belassender, von Stein und möstig aufzusetzenden Mauren (welche oben mit großen und platten Steinen zu bedecken und demnächst das ganze Werk mit gutem Kieß wenigst auf 2 Fuß hoch zu überfahren ist) eingerichtet werden, nicht weniger sollen in Bergen an denen gefährlichen Orten die Weege beyderseits mit guten Lehnen versehen, wo aber die Brücken und Lehnen nicht von Stein, sondern von Holz verfertiget werden können und müssen, sollen dieselbe nicht allein mit starken Brettern und Lehnen versehen, sondern auch dem Befinden nach mit langen Schanzen unter das Gehölz verfasset und folgends mit Kiesel und groben Sand überschüttet, wann auch die Schanzen mit der Zeit vergänglich, mit neuen wieder ausgebessert und wie vorgemeldet gehalten werden.

9. Wo die Fußpfäde nicht durch die Strassen gehen, sollen über die Graben gute und ziemlich breite Stege mit Lehnen auf einer Seite wenigst gelegt und die Zäune nicht zu hoch noch ohnbequämlich, sondern also zugerichtet werden, daß alle und jede ohne Gefahr und Beschwer darüber kommen mögen.

10. Da auch an einigen Orten der Grund und Gelegenheit dermaſſen geſtellet, daß die Landſtraſſen und Weege nicht wohl beſtändlich gemacht und unterhalten werden können, ſo ſollen ſolche und alle hohle Weege verlaſſen und über die Höhe neben denſelben neue Weege, wo ſich dieſes wegen der Situation nur einigermaßen thuen laſſet, angelegt werden, dahingegen ſollen die zu denen verlegenden Wegen erforderliche Gründe, ſie betreffen Unſere Domainen, geiſtliche oder weltliche, freye oder ſonſtige Plätze um ſo mehr ohne Widerſpruch hergegeben werden, als ſehr das allgemeine Beſte dem Privat-Nutzen vorzuziehen ſtehet, wenn demnach ein ſolcher Grund, worüber der Weg verlegt wird, in einer Städtiſchen oder Freyheits-Diſtrikt gelegen, dem Eigenthümer von der Stadt oder Freyheit, anſonſten aber von denen übrigen Gerichts- oder Amts-Eingeſeſſenen nach dem Schatzungs-Fuß, als weit es nicht aus dem von dem alten Weeg herkommendem Preis füglich geſchehen kann, nach Abzug deſſen was er ſelbſt darzu beyzutragen ſchuldig, nach ohnpartheyiſcher Schätzung erſetzet werden.

11. Sollen für dießmal und absque Consequentiâ nach Anleitung der von Unſerm Herrn Vorfahrern am Erzſtift, Joſeph Clement Chriſtmildeſter Gedächtniß, auf Anſtehen treu gehorſamſter Landſtänden im Jahre 1717 für Unſer Herzogthum Weſtphalen erlaſſener Weeg-Ordnung (Nr. 322 d. S.) von einer jeden Stadt und Freyheit, wie auch jedem Amt und Gericht in ihrem Diſtrikt nach Vorſchrift dieſer Unſer gnädigſten Verordnung die Landſtraſſen und Weege eingerichtet, die zu Erbauung und Reparation deren Brücken und Stegen, auch nöthig befundener Verlegung deren Straſſen und Weegen wirklich erforderliche Köſten und Auslagen, imgleichen jene Köſten, welche nebſt denen nöthigen Hand- und Spanndienſten die Adhibition beſonderer Werk-Verſtändigen erfordert, mit der Aufſichts-Gebühr in Gemäßheit des §. 3. Eingangs erwähnter Weeg-Ordnung vom Jahre 1717 nach dem Schatz-Fuß eingetheilet und präſtirt, auch da eine Stadt, Freyheit, Gericht, Amt oder Kirchſpiel mit Einrichtung deren Landſtraſſen und Weegen mercklich, andere aber wenig oder gar nicht belaſtet würden, eine billigmäßige Concurrenz und Gleichheit gehalten werden.

12. Sollen diejenige, welche von Unſeren Commiſſarien zu Reparation deren Straſſen und Weegen angewieſen und darzu verabladet werden, wann ſie gänzlich aus-

bleiben jedesmal 2 Rthlr., und diejenige, welche eine Stunde nach der verordneten Zeit erscheinen, einen halben Rthlr. Straf zu erlegen schuldig, und diese sowohl als jene, welche das zu Erbauung oder Reparation, auch Verlegung deren Strassen und sonstigen Kösten angewiesenes Quantum zu bezahlen säumig sind, darzu executive vermöget werden.

13. Städte, Freyheiten, Gericht und Aemter, falls unter ihnen wegen der Reparations-Schuldigkeit Streit entstehen sollte, den strittigen Weeg gemeinschaftlich ohne Anstand herstellen, nach Austrag der Sachen aber der Schuldige dem andern die Kösten ersetzen, gleichwohl soll in diesem sowohl als andern bey der Weeg-Reparation sich etwa ergebenden Fällen der von ein- oder andern Theil an Hand genommen werdende Recursus nur Effectum devolutivum, nicht aber suspensivum gewinnen.

14. Wann nun die Weege nach litterlicher Anweisung dieser Unserer Landsherrlichen Verordnung in Stand gesetzet worden, und Uns darüber von denen angeordneten Commissariis der unterthänigst umständliche Bericht erstattet seyn wird; So wollen Wir, wie es mit der künftigen Unterhaltung gehalten werden solle, Unsere gnädigste Willens-Meinung ferner zu erkennen geben, verordnen aber einsweilen hiemit, daß alle Graben und Wasser-Leitungen in gehöriger Breite und Tiefe mittels Auswerf und Säuberung beständig offen gehalten, die daher sich ergebende Erde, als lang die Strasse mit Stein oder Kieß nicht überfahren ist, auf die Mitte derselben gebracht und gespreitet, nach vollendeter Begrindung hingegen auswärts deren Graben auf die anschießende Gründe geworfen, die sich äußerende Spuren und Vertiefungen stetshin erfüllet und applaniret, nicht minder die an denen Hecken hervorkommende junge Ausschläge vor dem Früh-Jahre abgesetzet, und andere sonst neben denen Weegen anschiessende junge Loden ausgerottet werden sollen, wo widrigens vor jedem nicht der Vorschrift gemäß unterhaltenem Schritt Weeges, oder nicht ausgerotteter Lode der Säumige in eine Straf von 6 Groschen verfallen seyn solle.

15. Hegen Wir zwarn zu allen und jeden Unseren Unterthanen, besonders aber denen vorgesetzten Obrigkeiten das gnädigste Zutrauen, sie werden diese auf das gemeine Beste abziehlende heilsamste Verordnung stracklichst befolgen, gleichwohl haben Wir um die Herstellung deren in äusserstem Verfall gerathener Weegen desto sicherer zu

beförderen, gnädigst gut gefunden, eine besondere Commission anzuordnen und dieser die Vollstreckung gegenwärtiger Landsherrlicher Verordnung aufzutragen und selbe dahin zu authorisiren, daß sie sich wider die Renitenten und Saumselige der starken Hand, womit ihnen auf Gesinnen Unsere Landdrost und Räthe, Beamte wie Bürgermeister und Rath in denen Städten und Freyheiten assistiren sollen, allenfalls auch der militarischen Hülf bedienen können.

16. Schließlich wollen Wir diejenigen, welche zu denen Weeg-Reparationen verpflichtet sind oder darzu bis hiehin concurrirt haben, durch gegenwärtige Unsere gnädigste Verordnung von der proportionirlichen Beyhülf und Beytrag zu denen Kösten keineswegs befreyet, sondern vielmehr darzu ausdrücklich angewiesen haben; Und soll dieses Unser gnädigstes Reglement zu jedermanns Wissenschaft und Nachachtung von denen Kanzlen gehörend publiciret, anbey dem Wochenblatt einverleibet werden.

Bemerk. Unterm 21. Juli 1773 und 22. Juni 1774 ist die genauere Vollziehung der vorstehenden Wege-Ordnung den westphälischen Behörden befohlen worden.

---

643. Bonn den 24. Januar 1769.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Zur bessern Handhabung der öffentlichen Sicherheit in den sämmtlichen churfürstl. Landen und zur Erneuerung der frühern Verordnungen wird bestimmt, daß fremde und auch einheimische zum Durchzug oder innern Verkehr durch regelmäßige Pässe nicht gehörig legitimirte oder sonst nicht concessionirte Bettler, Spielleute, Gaukler, Kesselflicker, hausirende Krämer, Flötzer, Reisende u. a. verdächtige Personen, als Vagabunden verhaftet und mit festgesetzter Zuchthaus- u. a. körperlicher Strafe belegt werden sollen; daß die Wirthe keine verdächtige Fremden ohne Anzeige an die Behörden aufnehmen dürfen; daß jeden Ortes Vagabunden-Jagden gehalten, Aufseher und Nachtwachen angeordnet, die wirklichen Armen mit gewissenhafter Anwendung der örtlichen Wohlthätigkeits-Fonds verpflegt, resp. mit Bettel-Zeichen und Scheinen versehen, arbeitsfähige Gewohnheits-Bettler aber wie die Vagabunden behandelt werden müssen. (Conf. chk. Ed. Saml. Bd. II. S. 86.)

Bemerk. Unterm 27. Februar 1782 ist die vorstehende Verordnung wiederholt publicirt und deren

strengste Handhabung, rücksichtlich des Bettelganges der Armen, befohlen worden.

644. Bonn den 15. Februar 1769.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Publikation eines mit Frankreich geschlossenen Vertrages wegen gegenseitiger Abschaffung des sogenannten droit d'Aubaine, wonach die von den resp. Staaten bisher ausgeübten Ansprüche an die Hinterlassenschaften der in den wechselseitigen Gebieten sterbenden französischen und resp. churkölnischen Unterthanen aufgehoben werden und dergleichen Erbschaften vollständige Abschoß- und Abzugs-Freiheit genießen sollen.

Bemerk. Zufolge eines am 23. Juni 1783 vom churfürstl. Hof- und Regierungs-Rath zu Bonn ausgestellten Zeugnisses, bestand eine gleichmäßige Abzugsfreiheit zwischen dem Erzstifte Cöln und der niederländischen Stadt Mastricht, so wie den Landen der Ober-Maaß.

645. Bonn den 21. März 1769.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Die im Veste Recklinghausen befindlichen Besitzer von eigenhörigen oder erbpächtigen Bauerngüter und Kotten dürfen ohne Consens des Gutsherrn, und wenn desfalls Streit obwaltet, ohne Festsetzung des Gerichtes, bei Vermeidung der Nichtigkeit der Verträge und besonderer Geldstrafen, ihre Güter weder abtreten, noch auch durch Bedingung von Leibzucht, Aussteuern für ihre Kinder, Testamente oder sonst belasten, oder wohl gar einzelne Theile der Höfe, zur Nutznießung anstatt der Zinsen oder Aussteuer, an sich ziehen oder übertragen; desgleichen ist denselben auch der Verkauf der Früchte auf dem Halme, ohne Bewilligung des Gutsherrn, bei namhafter Brüchte für den Verkaufer und Ankäufer untersagt. (Conf. chk. Ed. Saml. Bd. II. S. 441.)

646. Bonn den 14. Juni 1769.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Die bei Prozessionen und Gottstrachten üblichen Aufzüge mit Fahnen, Trommeln und Waffen, welche zu

Feuersbrünsten, Saufgelagen und andern Unordnungen Anlaß geben, sollen in den sämmtlichen Städten und Dörfern des Churstaates, — mit einziger Ausnahme der Residenz-Stadt Bonn —, nicht mehr stattfinden; auf Contraventionen haftet willkührliche Brüchtenstrafe. (Conf. chk. Ed. Saml. Bd. II. S. 48.)

---

647. Bonn den 21. Juni 1769.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Anordnung einer besondern „General-Weg-Reparations-Commission" im Herzogthum Westphalen nebst Befehl zur pünktlichen Erfüllung der von derselben getroffen werdenden Anordnungen.

---

648. Bonn den 14. Januar 1770.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Unter Nachlassung der von den Kriegsjahren 1758 bis incl. 1764 rückständigen Schatzung von wüsten und unkultivirt liegenden Höfen, Kotten, Hausstätten und Ländereien im Herzogthum Westphalen, werden die Eigenthümer dieser Grundstücke zur Berichtigung derjenigen Reste verpflichtet, welche aus einer frühern oder spätern Zeit herrühren; bei desfallsiger Unterlassung sollen die Grundstücke in so vielen angemessenen Parzellen, als zur Erzwingung der bereits schuldigen oder künftigen Schatzungen erforderlich sind, von den Schatzhebern (an Colonen) ausgethan, oder aber der saumselige Eigenthums- oder Guts-Herr für die Schatzungs-Rückstände unnachsichtlich exequirt werden. (Conf. chk. Ed. Saml. Bd. I. S. 86.)

---

649. Bonn den 5. März 1770.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Zur Verminderung der großen Zahl der Festtage wird, mit päbstlicher Zulassung, festgesetzt, daß künftig im ganzen Erzbisthum Cöln, außer den Sonntagen so wie den Montagen nach Ostern, Pfingsten und Christtag, nur folgende

Festtage gefeiert werden sollen, nämlich: Frohnleichnams-Tag und Christi Himmelfahrt, Neujahrs-Tag, drei Königen, Maria Lichtmeß, M. Verkündigung, M. Himmelfahrt, M. Geburt und M. Empfängniß; St. Johann d. T., St. Peter und Paul, St. Joseph, St. Stephan, Allerheiligen und St. Ursula (blos in der Stadt Cöln); ferner sollen auch der Festtag des vornehmsten Patrons eines jeden Ortes und einer jeden Stifts- und Pfarr-Kirche in dem Bezirke des Kirchspiels, und endlich im ganzen Erzstifte, am ersten Sonntage nach dem Feste St. Martini des Bischofs, die Kirchweihen (sogenannten Kirchmessen) sämmtlicher Gotteshäuser und Pfarrkirchen gefeiert werden. — Außerdem werden mehrere bisher gebotene Fast-Tage abgeschafft, die Abhaltung von Prozessionen und Bruderschafts-Versammlungen nur an den Sonntagen und beibehaltenen Festtagen gestattet und der Letztern würdige Feier empfohlen. (Conf. chf. Ed. Saml. Bd. II. S. 48.)

650. Bonn den 27. April 1770.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Nachdemalen treugehorsamste Landstände Unseres Rheinischen Erzstifts Uns die unterthänigste Anzeig gethan, was maßen es zu Beförderung des gemeinen Besten und Abschneidung vieler sonst aus ungleichem Begriff der unterm 9. Julii Jahrs 1759 (Nr. 564 d. S.) verkündeter Jagd- und Büsch-Ordnung entstehen könnender Irrungen gereichen würde, wan Wir selbige in einigen Stellen abzuänderen und zu verbessern, mithin die darin angedrohte Strafen in etwa zu milderen, gnädigst geruhen wollen, und Wir dan die von obgemeldten Unseren treugehorsamsten Landständen darüber eingereichte Erinnerungen untersuchen und in genaue Erwegung ziehen lassen; So erklären Wir hiemit gnädigst:

Daß die §. 2do besagter Ordnung enthaltene Straf auf 25 Gldg. herunter gesetzt und in Ansehung deren zur Jagd berechtigten Personen ein Einsehen genommen und selbige auf den Fall, da die Heegzeit vorsetzlich überschritten würde, mit geringerer Straf belegt, auch, befindenden Umständen nach, damit völlig übersehen, gleich dan auch

Die §. 4to, 5to et 52do enthaltene Brüchten auf die Halbscheid vermindert werden sollen; Und obgleich es bey

dem §. 21 in so weit sein Bewenden hat, daß auch denen zur Jagd Berechtigten die Leg-Büchsen, das Selbst-Geschüß, Lahm- und Schlag-Eisen, und zwar unter zehn Gldg. Brüchten-Straf verbotten bleibe; So wollen Wir gleichwohl jetztgemeldten Berechtigten gnädigst gestatten, daß selbige sich des übrigen, denen den Wald durchwandernden Leuten und dem wechselnden Wild unschädlichen Fangzeugs, wie auch deren Dachs-Hunden gebrauchen mögen.

Unsere gnädigste Willens-Meynung geht ferner dahin, daß, obwohl der §. 44 der Büsch-Ordnung blos auf Unsere eigene Waldungen lautet, solcher dannoch ebenfalls von allen anderen Erzstiftischen Büschen verstanden werden und jedermann gehalten seyn solle, das zu empfangen habende oder erkaufte Gehölz vor den halben Aprilis, unter Straf der Confiscation desselben, aus denen Waldungen zu schaffen;

Damit auch über die Anwendung des §. 49 kein Zweifel übrig bleibe, so erklären Wir gnädigst, daß die Verbann- und Verbietung deren verkohlten Waldungen, so viel die künftige Holz-Fällung betrifft, so lang bis das Holz wiederum wohl angewachsen ist, in Ansehung der Beschweidung aber nur auf sieben Jahr fortdauern solle.

Was nun ferner §. 12 und 50 von Bepflanz- und respective Befreyung der gemeinen Büsch verordnet ist, solches wollen wir ebenfalls auf die Privat-Büsch mit dem Unterscheid jedoch erweitert haben, daß jedem Besitzeren mehr nicht, dan einen achten Theil seiner Waldungen zu befreyen, erlaubt seyn, im übrigen aber die denen Gemeinden von Alters gebührende Viehe-Trifften, wo solche durch eine gemeine unter einem eigenen beständigen Hirten ausgehende Heerde ausgeübet wird, bey ihrem Stand gelassen; wo aber einzelne Eingesessene das Viehe zu zwey, drey ꝛc. Stück und also besonders vor sich durch Kinder, und also, wie es die Erfahrung gibt, meistens zum Schaden der Büschen austreiben lassen, selbigen die Hut anderst nicht, als auf ihren eigenen Buschen gestattet werden solle.

Und da auch öfters darüber Strittigkeiten entstanden, wer die in denen Waldungen befindlichen Wege im Stand zu halten verbunden seye? so verstehet es sich von selbst, und ist durch wiederhohlte Landsherrliche Verordnungen sattsam festgestellt, daß selbige, so fern es Landstrassen seynd, durch die Gemeinheiten, deren District selbige

durchziehen, reparirt und unterhalten werden müssen; Was aber andere gemeine Wege betrifft, da verordnen Wir gnädigst, daß zwar die anschiessende ohne Unterscheid der Personen und Güter eben so, wie an denen Landstrassen, die Graben auszuwerfen, die Reparation der Wegen aber nicht von selbigen allein, sondern von sämtlichen in dem District Beerbten und den Weg gebrauchenden nach Proportion ihrer Besitzungen geschehen sollen;

Schließlich wollen Wir Unserem Jagd- und Forst-Amt, fort sonstigen Unseren Beambten anbefohlen haben, in Ansehung deren Brüchten jedesmal auf die Vorsetzlichkeit des Verbrechens, dadurch verursachten Schaden, und sonstige des Brüchtfälligen Umstände die Rücksicht zu nehmen, fort darunter die billige und nach solchen abgemessene Mäßigung zu gebrauchen.

---

651. Bonn den 11. Mai 1770.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Wir haben bereis durch die unterm 5ten Merz laufenden Jahrs erlassene Erzbischöfliche Verordnung sattsam erkläret, Unsere gnädigste Absichten bey Verminderung der bisherigen Feyrtägen dahin gerichtet zu seyn, daß eines Theils die Sonn- und beybehaltene Feyrtage besser als bis hiehin geschehen, geheiliget und zum Dienst des Allerhöchsten angewendet, anderen Theils Unsere getreue Unterthanen in Erwerbung ihrer Nahrung erleichtert werden sollen.

Unsere Lands-Fürst-vätterliche Obsorg erfordert nun noch ferner die Vorsehung zu thun, daß dieser heilsame Zweck nicht verfehlet die Sonn- und beybehaltene Feyrtage denen Kirchen-Gesätzen gemäß gefeyret, und diejenige Täg, welche Wir von der Zahl deren Feyrtagen ausgenommen, nicht mit unnützen Müßiggang, Spielen oder Schwelgereyen, sondern zur nützlichen Arbeit und Förderung des Nahrungs-Standes angewendet werden.

Wir erneuren zu solchem End die in Betreff der Heiligung deren Sonn- und Feyrtägen von Unseren Herren Vorfahren am Erzstift und Uns vor und nach erlassene heilsame Verordnungen, und befehlen somit, daß

1. zufolg jener vom 12. September 1746 (Nr. 500 d. S.) das Wein-, Bier- und Brandeweins-Ausschenken

an besagten Tägen Morgens bis 11 und Nachmittags bis 4 Uhr, bey Vermeydung einer Brücht von ein, zwey, und nach Befinden mehreren Goldgulden sowohl für den Wirth als den Zechenden verbotten, und nur denen Durchreisenden ein Glas Bier, Wein oder Brandewein zu reichen erlaubt, auch einem jeden gestattet seyn solle, dergleichen Getränck zu seiner Nothdurft abhohlen zu lassen.

2. Daß in Gemäßheit des unterm 12. Sept. 1746 ergangen- und nachhero mehrmal erneuerten Edicti aller Handel und Verkauf, knechtliche Arbeit und dergleichen (das Vermahlen und Brodbacken allein ausgenommen) weniger nicht das Aussetzen und Herumtragen des Obst über die Strassen verbotten, des Ends in denen Städten die Kramladen gänzlich verschlossen und nicht einst wie der schändliche Mißbrauch eine Zeitlang eingeschlichen, hinter denen Glasfensteren die Waaren ausgestellt, die Schauspiel, öffentliche Ballen und Schlittenfahrten, fort Zusammenkünften auf denen Zunftstuben, dann Vogel- und Scheibenschiessen aber eher nicht als nach geendigter Vesper gehalten werden sollen. Wir wollen desgleichen

3. alle auf einen Sonntag oder Feyrtag einfallende Jahrmärckte auf den darauf folgenden Wercktag hiermit versetzt, und Bürgermeister und Rath in denen Städten und Freyheiten erlaubt haben, diese Abänderung, falls sie es für dienlich erachten, durch die öffentliche Zeitungen bekannt zu machen.

4. Soll nicht allein das Führen der Frucht und respective Mehls zu und von denen Mühlen, Weinschroten und Aufladen überall, dan das Eintreiben des Schlachtviehes in hiesige Stadt, und dieses zwarn unter Confiscations-Straf untersagt seyn, sondern auch auf dem Land keine Wald-Visitationen, Abzählungen, Anweisungen, Zins-Erhebungen abgehalten, noch einige Contracten errichtet werden.

5. Wollen Wir denen in Unserem Erzstift vergleydeten Juden besonders eingebunden haben, sich an dergleichen Tägen des Herumlaufens in denen Städten und auf dem platten Land zu enthalten, die Christen zum Handel nicht anzureitzen, noch einiges Viehe oder Waaren zu verführen, oder zu gewärtigen, daß selbige confisciret und sie zugleich in eine willkührliche Brüchten-Straf fällig ertheilet werden sollen; denen in hiesiger Residenzstadt wohnenden Juden aber befehlen Wir die Pfort an ihrer Gassen

verſchloſſen zu halten und nur das kleine Thor zu eröfnen. Gleichwie nun

6. die Sonn- und Feyrtage dazu vorzüglich gewidmet ſeynd, daß die Chriſt-Catholiſche Jugend in der Glaubens-Lehr unterrichtet und zeitig auf die Bahn der Tugend geleitet werden; So haben Unſere Beamte mit aller Aufmerckſamkeit dahin zu ſorgen, daß ſothane Jugend der Chriſtlichen Lehr fleißig beyzuwohnen, ohne Unterſchied angehalten, und des Ends auf denen Dörferen in denen Stunden, wo ſelbige gehalten wird, erwachſene Leute zu Hütung des Viehes angeſtellet werden.

Was nun 7. die abgeſtellte Feyrtag anbelangt, da befehlen Wir nicht allein ſämtlichen Dienſtbotten bey Vermeydung einer Straf von einem halben Gldg, ihren Brodherren an ſothanen Tägen den ſchuldigen Dienſt nicht zu verweigeren, ſondern auch ſämtlichen Unſeren Unterthanen, wan ſie alsdan zum Dienſt- oder Weg-Arbeit aufgebotten werden, gehorſamlich zu erſcheinen oder zu gewärtigen, daß ſie für jeden Contraventions-Fall in ein Gldg., diejenige aber, welchen die Aufbietung zu thun oblieget und ſolche unterlaſſen, in zwey, auch da ſelbiges aus Halsſtarrigkeit geſchehen, in mehrere Gldg. Brüchtfällig erklärt werden ſollen; Hingegen bleiben

8. an ſolchen Tägen die Schulen für die lehrende Jugend offen, alle Gelächer, Kegelſpielen und dergleichen zum Unterhalt des Müßiggangs nur abzweckende Zuſammenkünften aber dem gemeinen Volk gänzlich verbotten, und ſollen Unſere Beamte die Wirthshäuſer und Kegelplätze fleißig viſitiren laſſen, fort die darauf Befindende, als wohl die Wirth, ſo dergleichen Zuſammenkünften auf beſagten Tagen heegen, oder das Kegelſpiel erlauben, zum Brüchten-Protocoll notiren. Und da es Uns bereits mißfälligſt zu vernehmen vorgekommen, daß ſich einige, beſonders junge Purſch unterſtanden haben, an denen abgeſtellten Feyertägen die Glocken zu ziehen, und diejenige, welche ihrer Handarbeit nachgegangen, zu verſchimpfen, ja wohl gar die an ſelbigen Tagen verrichtete Arbeit wiederum zu zernichtigen; So wollen Wir jederman ſich dergleichen Frevels in Zukunft zu enthalten, nachdruckſamſt gewarnet, ſamtlichen Unſeren Beamten aber gnädigſt und ernſtlich eingebunden haben, gegen dergleichen Frevler fiscaliter zu verfahren, und das abhaltende Protocollum zu hieſig- Unſerer Hof-Canzleyen einzuſenden, damit dieſelbe mit gemeſſener Brüchten- auch nach Befund der Um-

ständen mit Straf des Stockhauses belegt und zugleich zu Ersetzung des verursachten Schadens angehalten werden können.

Bemerk. Landdrost und Räthe zu Arnsberg haben unterm 21. Juli 1770 mittelst Publikation der obigen allgemeinen Bestimmungen gleichmäßig für das Herzogthum Westphalen verordnet. — Durch eine churfürstl. Verordnung d. d. Bonn 16. März 1784 ist, auf den Antrag der Landstände und weil der Besuch der Jahrmärkte durch die Landleute füglich nur an Sonn- und Feiertagen stattfinden kann, die Bestimmung im §. 3 der obigen Verordnung aufgehoben, und die Haltung der Jahrmärkte an Sonn- und Feier-Tagen gestattet worden.

---

652. Bonn den 26. Mai 1770.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Die Erlaubniß zum Tanzen und Rey-Halten soll den erzstiftischen Ortschaften dies- und jenseits Rheines nur bei der Kirchweih und an Fastnacht, sodann nach vollbrachter Erndte und Weinlese für einen Tag und zwar nach geendigter Vesper fernerhin von den Lokalbeamten (gegen 1 Gldg. Gebühr) ertheilt werden; die dabei vorfallenden Excesse sollen ediktmäßig, der Ort, wo dergleichen stattfinden, aber noch besonders dadurch bestraft werden, daß daselbst Tanz und Rey-Halten auf ein ganzes Jahr verboten wird. (Conf. chk. Ed. Saml. Bd. II. S. 260.)

Bemerk. Unter 24. Dez. ej. a. ist obige Vorschrift erneuert und dahin erläutert worden, daß dergleichen öffentliche Lustbarkeiten, ohne Einholung besonderer Erlaubniß und desfallsige Gebührenzahlung, an folgenden Tagen Statt finden dürfen, nämlich: am Fastnachts-Dienstag, nach vollbrachter Erndte, der 1. Sonntag nach Bartholomäi nach vollendetem Herbste, und in Ansehung der Kirchweihe der erste Sonntag nach Martini-Fest. (s. l. c.)

---

653. Bonn den 20. Juli 1770.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Wegen des in Jülich und Berg erlassenen Verbotes des Terminirens der ausländischen Mendikanten-Ordens-Geistlichen, soll den jülich-bergischen Mendikanten der seitherige Termin im rheinischen Erzstifte nicht mehr gestattet und denselben die ferner von ihnen gesammelt werdenden Allmosen zum Vortheil der inländischen Klöster abgenommen werden. (Conf. chk. Ed. Saml. Bd. II. S. 55.)

---

654. Bonn den 26. Juli 1770.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Das in den sämmtlichen churfürstl. Landen verbotwidrig stattfindende Hausiren fremder Kaufleute mit Ellenwaaren außer den Jahrmärkten darf fernerhin, jedoch mit Ausnahme der mit Pässen versehenen Galanterie-Waaren-Händler, sogenannte Portpanniers, nicht mehr gestattet, und soll die Confiskations-Strafe der Waaren gegen Contravenienten streng vollzogen werden. (Conf. chk. Ed. Saml. Bd. II. S. 239.)

Bemerk. Erneuert am 29. Juli 1775, und ist unterm 15. Dez. 1777 den zugelassenen Galanterie-Waaren-Händlern der Hausir-Handel mit Ellenwaaren gleichmäßig wie oben verboten, dieses Verbot auch am 5. April 1786 und 3. Mai 1789 erneuert worden.

---

655. Arnsberg den 12. September 1770.

Landdrost u. Räthe.

Bei der obwaltenden Theurung und verspäteten Erndte der Brodfrüchte wird die Ausfuhr des Roggens aus dem Herzogthum Westphalen bei Confiskations-Strafe verboten.

---

656. Bonn den 26. September 1770.

Churfürstl. Statthalter.

Wegen der im Königreiche Polen herrschenden Pest, werden Vorsichtsmaßregeln, gleichmäßig wie in den Jah-

ren 1713, 1721, 1722, 1738 und 1739 (Nr. 303 u. 441 d. S.) befohlen, und soll insbesondere den polnischen und andern Pack- und Bettel-Juden, Bären-Führern und dergleichem Gesindel der Eintritt in die churfürstl. gesammten Lande nicht gestattet werden.

---

657. Bonn den 11. März 1771.

Max. Friedrich, Erzb. u. Churfst.

Zur Beseitigung der im rheinischen Erzstift bei der Steuer- (Simpels-) Erhebung eingeschlichenen Mißbräuche, wird, auf den Antrag der Landstände, bestimmt:

1. Daß jeder Steuer-Empfänger spätestens im Mai seine Jahresrechnung über Empfang und Ausgabe am herkömmlichen Orte, allenfalls vor versammelter Gemeinde oder wenigstens vor den Meistbeerbten, ablegen soll, und daß alsdann solche Rechnung von den dazu Befugten revidirt und abgeschlossen werden muß;

2. daß solche Rechnungslage in Gegenwart des Amtmanns oder Amtverwalters (resp. des Unterherrn oder dessen Beamten in den Unterherrschaften) geschehen soll, wofür sie einen Gldg. Gebühr für jede Rechnung beziehen, dagegen aber auch verpflichtet sein sollen, jährlich vor dem 15. Juni über das Resultat der Rechnungslage eine vorgeschriebene Nachweise an die Hof-Kanzlei einzusenden;

3. daß die bei den Renitenten eingelegten Militair-Exekutanten persönlich, und nicht mit bloßer Hinterlassung ihrer Waffen, die Exekution 8 Tage lang verrichten sollen, und daß, bei Erfolglosigkeit dieser Maßregel, endlich

4. die am 26. April 1762 erlassene und unterm 29. März 1768 deklarirte Steuerexekutions-Ordnung (Nr. 567 d. S.) streng ausgeführt werden muß. (Conf. chk. Ed. Saml. Bd. I. S. 697.)

Bemerk. Unterm 13. Febr. 1775 und später sind die Beamten an die promptere Erfüllung der sub. 2. aufgeführten Bestimmung von Zeit zu Zeit erinnert worden.

---

658. Bonn den 1. Juli 1771.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Zur Begünstigung der in der Stadt Bonn errichteten privilegirten Seifen-Siederei wird die Einfuhr der fremden Seife ins obere Erzstift Cöln, bei Confiskations- und Brüchten-Strafe, verboten.

Bemerk. Erneuert am 24. Juli 1772 u. 5. Oct. 1785.

---

659. Bonn den 7. September 1771.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Der für die Landstraßen nachtheilige Räderbeschlag mit Kopfnägeln soll gleichmäßig wie in den Nachbarlanden fernerhin in den sämmtlichen churfürstl. Staaten nicht mehr stattfinden, und werden dergleichen Neufertigungen den Schmieden bei 5 Gldg. Strafe untersagt, dagegen aber die Abnutzung der mit Kopfnägeln beschlagenen Räder erlaubt. (Conf. chk. Ed. Saml. Bd. II. S. 107.)

---

660. Bonn den 17. September 1771.

Churfürstl. Statthalter.

Nachdemalen die Cartoffelen von jederman ohne Beobachtung sicherer Zeit nach Willkühr und wie er solche zu seiner Consumtion vor und nach nöthig hat, ausgegraben zu werden pflegen, daraus aber in Betreff des darab gebührenden Zehentens die so beschwehr- als nachtheilige Folg erwachse, daß die Zehentknecht oder Pfächtere sich zu Abwartung des Zehentens beständig im Feld aufhalten, oder der Gefahr in sothanem Zehenten verkürzt zu werden ausgesetzt sehen müßen, als ist zu dessen rechtlicher Ab- und Einstellung Unser gnädigster Befehl, daß inskünftig die mit Cartoffelen besetzte Grundstücker von deren Eigenthümeren oder deren Halbwinneren in Gegenwart deren Zehent-Knecht- oder Empfängeren mit Schritten ordentlich abgegangen, und der daraus sich ergebender zehente Theil gedachten Zehent-Knechten oder Empfängeren zu selbst eigener Ausgrabung deren darin erfindlichen Cartoffelen dergestalt überlaßen werden solle, daß die Ausgrabung

längstens binnen acht Tägen von Zeit denen abgegangenen Grundstücker ohnfehlbahr erfolgen, bis daran die Eigengenthümere oder deren Halbwinnere und Pfächtere sich des Pflugens in dem solchergestalten angewiesenen zehenten Theil allerdings zu enthalten schuldig seyn sollen, damit aber weder ein noch der anderer sich über eine Ungleichheit zu beklagen Ursach habe, so verordnen Wir ferner, daß wan das Wachsthum deren Cartoffelen ungleich, mithin an einem Platz des nemlichen Grundstucks sich besser dan an dem anderen befinden würde, alsdan auch bey Abgehung deren Schritten und Festellung des Zehentens darnach die gehörige Abmaß genommen, sofort gegenwärtige Unsere gnädigste Verordnung zu jedermans Wissenschaft und gehorsamster Befolgung gewöhnlicher maßen verkündet und affigiret werden solle.

---

661. Bonn den 30. September 1771.

Churfürstl. Statthalter.

Um die vielfachen Verletzungen des, wegen zu befürchtenden Mangels, erlassenen Fruchtausfuhr-Verbotes zu verhüten, werden die Formalitäten (amtliche Scheine über Ursprung und Bestimmung der Fruchttransporte und Zeugnisse über Ablieferung oder Durchzug derselben) bestimmt, unter welchen allein der innere Handel mit inländischen Früchten und die Transitirung der ausländischen durch's rheinische Erzstift stattfinden darf.

---

662. Bonn den 14. Dezember 1771.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Unter Bestätigung der in der allgemeinen Juden-Ordnung vom 28. Juni 1700 (Nr. 262 d. S.) Cap. 4 u. 5 enthaltenen Bestimmungen, wird zum Theile wiederholt verordnet, daß Juden keine liegende Güter ferner ankaufen, gleichwohl zur Steigerung des Preises bei öffentlichen Versteigerungen darauf bieten dürfen; daß sie die schon besitzenden Grundstücke binnen zwei Jahren an Christen verkaufen müssen; daß sie ferner keine Schuldverträge über Naturalien, sondern bloß in Geld gültig contrahiren kön-

nen und daß die Vorhandenen, nach dem Marktpreis zur Zeit des Darlehens, in Geld reducirt und davon die Zinsen berechnet werden sollen; daß die Schuldscheine von Leuten geringen Standes, auch über kleinere Summen als 10 Rthlr., nur vor zwei christlichen, der Auszahlung des Betrages beigewohnt habenden Zeugen gültig vollzogen werden können, und daß die von Juden zur Bedeckung ihres Wuchers fingirten Kaufverträge über künftig von Christen ihnen zu liefernde Naturalien nichtig und ihnen nur die erweißlich geleisteten Geldvorschüsse zuerkannt werden sollen. (Conf. chf. Ed. Saml. Bd. I. S. 702.)

Bemerk. Unterm 10. Januar und 30. März 1774 sind die Unterherrn aufgefordert worden, über den Bestand des von Juden ediktwidrig erworbenen Grund-Eigenthums eine genaue Nachweise einzusenden.

663. Bonn den 10. Januar 1772.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Um eine nochmalige Fruchttheuerung, wie sie im vorigen Frühjahr im rheinischen Erzstift geherrscht hat, abzuwenden, sollen in den Städten Bonn, Lechenich und Neuß Frucht-Magazine errichtet werden, wohin ein Viertel des bei den Unterthanen vorhandenen, durch Lokalvisitationen ermittelten Roggen-Vorrathes über den eigenen Bedarf, gegen Zahlung von 17 Gölden kölnisch pr. Malter, nach desfallsiger besonderer Weisung abgeliefert werden muß. Aus diesen Magazinen soll — mit Ausschließung der Kornhändler, Brantweinbrenner und derjenigen Unterthanen, welche mit hinlänglichem Vorrath bis zur Erndte versehen befunden worden sind —, nur den Bedürftigen ihr nöthiges Brod-Korn allmählig, und nie mehr als 1 Malter auf einmal, gegen Zahlung von 18 Gölden kölnisch pr. Malter, verkauft, und aus diesem Erlös die Liefernden in drei Terminen, Ende März und Mai und medio Juli d. J., befriedigt werden.

Bemerk. Unterm 25. Februar ej. a. ist, wegen der stattgefundenen Ausführung der obigen vorsorglichen Maßregel, das erlassene Verbot des Brantweinbrennens im rheinischen Erzstifte zurückgenommen worden.

664. Bonn den 31. Januar 1772.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Unter Erneuerung einer am 18. Juli 1725 publicirten Ordnung für den zu Bonn errichteten Rhein-Krahnen, wird festgesetzt, daß alle daselbst ein- und ausladende Schiffe sich des Letztern, nach der Reihenfolge ihrer Anmeldung, bedienen, oder, wenn sie die bezeichneten Krahnengüter auf andere Weise ein- und ausladen, die Krahnengebühren davon nach einem beigefügten Tarif entrichten müssen; sodann werden auch noch polizeiliche Vorschriften rücksichtlich des Verhaltens des Krahnenmeisters und dessen Knechte unter sich selbst und gegen Schiffleute und Kaufleute ertheilt.

---

665. Bonn den 27. März 1772.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

In den erzstift-rheinischen Städten und Flecken dürfen ferner keine neue Strohdächer errichtet oder die alten reparirt werden, sondern es sollen überall Pfannen oder Schiefer angewendet werden; contravenirende Werkleute sollen mit namhafter Brüchtenstrafe belegt werden. (Conf. chk. Ed. Saml. Bd. II. S. 152.)

---

666. Bonn den 18. April 1772.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Die Bepflanzung und Schützung der Ufer am Rheine und an andern Flüssen mit Weiden und mit Krippwerk muß von den anschießenden Grundeigenthümern bewirkt werden; Unterlassungen oder Saumseligkeiten einzelner Privaten oder Gemeinheiten, welche zugleich auch den Schaden des fleißigen Nachbars veranlassen, sollen dadurch verhütet werden, daß der nachlässige Baupflichtige von Seiten des Benachtheiligten durch zwei ehrbare Männer zur Bepflanzung oder Krippung des Ufers aufgefordert werden soll, und daß, wenn dieses nach 6 Monaten ohne Erfolg bleibt, der aufgefordert habende Nachbar befugt sein soll, das vernachläßigte Ufer für eigene Rechnung zu

bauen, wofür ihm dann die dadurch gewonnene Alluvion vor dem Grundstück des saumseligen Anschiessenden eigenthümlich zugehören soll. (Conf. chk. Ed. Saml. Bd. II. S. 296.)

667. Bonn den 18. Mai 1772.

Max. Friedrich, Erzb. u. Churfst.

Publikation eines kaiserlichen zu Wien am 23. April c. a. erlassenen, zur allgemeinen Anwendung zu bringenden Reichs-Ediktes gegen die, ungeachtet der bereits im Jahr 1731 erlassenen kaiserlichen Patente, noch herrschenden Handwerks-Mißbräuche. (Conf. chk. Ed. Saml. Bd. II. S. 296.)

668. Bonn den 6. Juni 1772.

Max. Friedrich, Erzb. u. Churfst.

Unter Publikation des Planes eines mit landesherrlicher Genehmigung zu Bonn allwöchentlich Samstags erscheinenden erzstift-kölnischen Intelligenz-Blattes, — welches u. a. auch churfürstliche Verordnungen, Hofraths-Urtheile, Ediktal-Citationen, gerichtliche Verkäufe ꝛc. zur allgemeinen Kunde bringen soll —, werden die Lokalbehörden angewiesen, darauf zu abonniren (4 Flor. à 40 Stbr. incl. Postporto, 3 Flor. für Abnahme zu Bonn) und die von ihnen zur Einrückung bestimmten Aufsätze unter der Aufschrift: „an die churfürstl. geheime Canzlei — zur Bönnischen Intelligenz" einzusenden.

Bemerk. Unterm 23. März 1773 sind die Beamten vom zwangsweisen Abonnement auf das Intelligenzblatt befreiet, dagegen erinnert worden, die bei ihnen vorkommenden gerichtlichen Publikanda unfehlbar zum Intelligenzblatt einzusenden. Letzteres ist am 31. December 1776 unter Androhung einer Brüchtenstrafe befohlen worden.

669. Bonn den 21. Juni 1772.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Als Repressalie gegen das Ausland wird das Collektiren für auswärtige Lotterien, in so fern dieses nicht von der churfürstl. General-Lotterie-Administration speziell erlaubt worden ist, strenge verboten; die entgegenhandelnden Collecteurs sollen mit 30 Gldg. Brüchte und Confiskation der der fremden Lotterie-Collekte eigenthümlichen Effekten und Gelder bestraft und ausserdem die das Land durchziehenden Collekteurs des Landes verwiesen werden.

---

670. Bonn den 21. August 1772.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Wir vernehmen mißfällig, daß einige in Unserer Stadt Cölln wohnende Kaufleute und Spediteurs (denen es bis anhero gelungen durch übertriebenen Eigennutz die oberrheinische Schiffere mehresten Theils zu ruiniren) nunmehro dero böses Augenmerk dahin gerichtet haben, die niederrheinische Schiffere gleichem Schicksal zu unterwerfen, und diese, wollen sie anders nicht leer oder mit halber Ladung abfahren, ohnverantwortlich zu zwingen, womit selbige die Güter unter der Fracht fahren und oben darauf noch Geld herausgeben, von ihnen Kaufleuten und Spediteurs Wein und andere Waaren um schier doppelten Preis ankaufen, denen Comtoir-Bedienten die Hände füllen, die Fracht-Gelder aufs höchste an- und mit durchgehends unrichtig- im Fracht-Brief enthaltenem Gewicht, zum höchsten Nachtheil anderer redlich-denkender Kaufleuten, für Lieb nehmen müssen; Allermaßen nun durch solch schlechtes Beginnen erwähnte niederrheinische Schiffere mit ihrem eigenen Verfall zugleich ausser Stand gesetzet werden, Uns und übrigen hohen Zoll-Herrschaften die schuldige Zoll und Licenten führohin zu entrichten, also will die Nothwendigkeit allerdings erheissen, sothanem Unwesen bey Zeiten Einhalt zu thun, mithin sie niederrheinische Schiffere von bevorstehendem Untergang zu retten, wollen dahero gnädigst, daß in Zukunft alle Urdingen passirende Schiffere ohne Unterscheid vor erhaltenen Salzzeichen, bey Unsern des Ends eigents committirten Salz-Amtsmeistern in Cölln, einen leiblichen Eid zu Gott schwören sollen,

daß von den Gütern, welche ſie würcklich geladen, auch in der Auffahrt gehabt, ihre volle Fracht haben, daß ſie oder die Ihrige, oder auch an ſtatt ihrer andere für ſie denen Kaufleuten oder Spediteurs deren Weiber, Kindern, Comtoirs-Bedienten oder Geſinde direct oder indirect keine Gelder herausgegeben, keine Wein noch ſonſtige Waaren um andere Güter zur Fracht zu bekommen, abgekauft, keine Präſenten gemacht, noch darunter einige Kunſtgriffe oder was hierdurch verſtanden werden könne, gebrauchet, annebens ſie wohl in Obacht genommen haben, daß über die Ladung das Gewicht im Fracht-Brief richtig ausgedrucket und ihre Fracht in Gemäßheit der unterm 12ten December 1746 zwiſchen Kauf- und Schiffleuten vereinbarter Fracht-Liſte (bey welcher einsweilen und bis auf anderweite Unſere gnädigſte Verordnung es ſein Verbleib haben ſolle) reguliret ſeye; Wir verſehen Uns mildeſt, obig alles alſo zu geſchehen, im Fall aber wider beſſere Zuverſicht ein- oder anderer Schiffer ſeinem geleiſteten Eid entgegen zu handeln ſich unterſtehen, und deſſen auch ſummarie überführet würde, ſoll derſelb als ein Meineidiger fürs erſte in eine unabbittliche Geldbuß von hundert Dukaten in Gold verfallen ſeyn, und fürs zweytemal zum Fahren unfähig erkläret werden; Wornach ſie ſich zu richten und für Schaden zu hüten haben.

---

671. Bonn den 28. September 1772.

Max. Friedrich, Erzb. u. Churfl.

Wir haben zwar in jener den 21. Auguſt laufenden Jahrs erlaſſen- und den 24. deſſelben Monats in Unſerer Stadt Cölln publicirt- ſonſten ihres allingen Innhalts aufs genaueſt zu befolgend- hernachmalen inſerirter Verordnung (Conf Nr. 670 d. S.) befohlen, daß es der Fracht halben einsweilen bey der unterm 12. Dezember 1746 zwiſchen Kauf- und Schiffleuten beliebter Liſte ſein Verbleib haben ſolle, wo Uns aber mitlerzeit der glaubwürdige Bericht erſtattet worden, daß ſothane Liſte einer Abänderung der Urſachen bedörfe, weilen darin eines Theils die Güter und die Routen nicht ſpecificirlich genug ausgedrucket, und andern Theils ab einigen Gütern die Fracht zu hoch angeſetzet; dahero ſeynd Wir nach vorhero in ihrer Meynung vernommenen anſehentlichen Kaufleuten aus Fürſt-

vätterlicher Vorsorge bewogen worden, nachstehende Fracht-Liste reguliren und zum Druck befürderen zu lassen, wollen mithin, daß

		Holländisch Rth.	Gld.	ßb.
1.	Für ein Rheingauer Fuder Wein von Cölln auf Amsterdam und Rotterdam .	14	—	—
	auf Dordt	13	—	—
2.	Ein Fuder Mosel- oder Dehlwein auf Amsterdam und Rotterdam	13	—	—
	auf Dordt	12	—	—
3.	Ein Rheingauer Fuder Wein auf Arnheim und Nimwegen	12½	—	—
4.	Ein Fuder Mosel-Wein auf Arnheim und Nimwegen	11½	—	—
5.	Wenn aber der Wein in andern oder kleinern Fäßer ist, soll durchgehends per Ahm bezahlt werden	2	—	—
6.	100 Pf. Potasch, Weinstein, Salpeter, Harz und Zwetschen . . . . . Licent apart.	—	—	16
7.	Stab- und Bandeisen, per Waag, jede Waag 125 Pf. gerechnet auf Dordt, Arnheim und Nimwegen	—	—	15
	auf Amsterdam, Rotterdam und Middelburg	—	—	17
8.	Sturz Platten und ander gegossen Eisen nebst Anker-Händ auf Amsterdam und Rotterdam	—	—	18
	auf Arnheim, Nimwegen und Dordt .	—	—	16
9.	Ofen-Pfeifen per 100 Pf. auf Amsterdam und Rotterdam	—	—	18
	auf Arnheim, Nimwegen und Dordt . Licent apart.	—	—	17
10.	Eisen-Nägel per 100 Pf. auf Amsterdam und Rotterdam	—	—	15
	auf Arnheim, Nimwegen und Dordt . Licent apart.	—	—	14
11.	Allerhand gemacht Eisen und Kupferwerk per 100 Pf. auf Amsterdam und Rotterdam	—	—	16
	auf Dordt, Arnheim und Nimwegen . Licent apart.	—	—	15

		Holländisch Rth.	Gld.	stb.
12.	Guß- und alt Eisen per Waag auf Amsterdam und Rotterdam	—	—	14
	auf Dordt	—	—	13
13.	Roh und geschlagen Kupfer per 100 Pf. auf Amsterdam und Rotterdam . . .	—	—	16
	auf Dordt	—	—	15
	Licent apart.			
14.	Ein Fäßgen Blech von 450 Plättger .	—	—	20
	Ein detto doppelte auf Amsterdam und Rotterdam	—	—	30
	auf Arnheim, Nimwegen und Dordt ein einfach Stück	—	—	18
	ein doppelt Stück	—	—	27
	Licent apart.			
15.	Jede Busch Nägel-Eisen circa 50 Pf. per Busch auf Amsterdam und Rotterdam	—	—	6
	auf Dordt, Nimwegen und Arnheim .	—	—	5½
16.	Stahl per Waag auf Dordt, Nimwegen und Arnheim	—	—	20
	auf Amsterdam, Rotterdam und Middelburg	—	—	22
17.	Schachteln, Faßer circa wie ein Zuckerfaß von 2000 Pf.	—	20	—
	Kleinere nach Rata. Licent apart.			
18.	Bertrams Wurzeln per 100 Pf. . . .	—	—	30
	Licent apart.			
19.	Leyen-Kriffel, Knickers und dergleichen Waaren per 100 Pf.	—	—	15
	Licent apart.			
20.	Korallen per 100 Pf.	—	—	16
	Licent apart.			
21.	100 Krüg Selzer- oder Dünesteiner-Wasser	—	5	—
	Wenn selbiges aber in Kasten, Kisten, oder Körbe eingepackt ist	—	6	—
22.	100 Pf. Hanf und Garn	—	—	20
	Licent apart.			
23.	Hirsen per Ballen à 300 Pf. auf Amsterdam und Rotterdam	—	—	50
	auf Dordt, Utrecht, Arnheim und Nimwegen	—	—	48

		Holländisch Rth.	Gld.	stb.
24.	Ein Riß Leyen auf Amsterdam und Dordt	—	—	50
	auf Rotterdam	—	—	60
25.	Ein Karr Pfeiffen-Erd, jede 52 Stück auf Dordt, Rotterdam und Amsterdam	—	—	50
	auf Gauda und Schoonhoven . . .	—	—	52
26.	Schwarz- und gelbe Erde per 1000 Pf.	—	3	—
27.	Ein Faß Blausel circa 3 bis 400 Pf. Kleinere nach Rata. Licent apart.	—	3	—
28.	Ein Faß Schmelz-Tiegel . . . . . Licent apart.	—	22	—
29.	Wachholder-Körner, ein Cöllnischer Salz-Sack auf Dordt und Amsterdam . .	—	—	12
	auf Rotterdam	—	—	13
	auf Schiedam	—	—	14
	Sollten aber Wachholder-Körner in größern oder kleinern Säck oder Fässer versandt werden, so soll von jedem Malter bezahlt werden auf Dort und Amsterdam	—	—	20
	auf Rotterdam	—	—	22
	auf Schiedam	—	—	23
30.	Lumpen per 1000 Pf. auf Rotterdam, Amsterdam und Dordt	—	5	—
	auf Arnheim und Nimwegen	—	$4\frac{1}{2}$	—
31.	Bomben, Kugeln und Hand-Granaten per Waag auf Dordt	—	—	16
	auf Rotterdam und Amsterdam . . .	—	—	17
	auf Delfft	—	—	18
32.	Ein 17ter Mühlenstein auf Dort und Amsterdam	15	—	—
	ein 17ter Juffer	10	—	—
	ein 16ter Stein	10	—	—
	ein 16ter Juffer	$6\frac{1}{3}$	—	—
	ein 15ter Stein	$6\frac{1}{3}$	—	—
	ein 15ter Juffer	5	—	—
	ein 14ter Stein	5	—	—
	ein 13ter Stein	4	—	—
	ein Wolff	2	—	—
	ein Last Quärenstein à 12	14	—	—
	" " " à 11	10	—	—
	" " " à 10	8	—	—
	" " " à 9	7	—	—

	Holländisch Rth.	Gld.	stb.
ein Last Quárenstein à 8	6	—	—
ein Last Moster Mühlenstein	6	—	—
auf Rotterdam und andere Oerter die Extra-Auslagen apart.			

Route auf Arnheim und Nimwegen.

Ein 17ter Mühlenstein	12½	—	—
„ 17ter Juffer	8⅓	—	—
„ 16ter Stein	8⅓	—	—
„ 16ter Juffer	5⅔	—	—
„ 15ter Stein	5⅔	—	—
„ 15ter Juffer	4⅙	—	—
„ 14ter Stein	4⅙	—	—
„ 13ter Stein	3⅓	—	—
„ Wolff	1⅔	—	—
„ Last Quárenstein à 12	11⅔	—	—
„ „ „ à 11	8⅓	—	—
„ „ „ à 10	6⅔	—	—
„ „ „ à 9	5⅚	—	—
„ „ „ à 8	5	—	—
„ „ Moster Mühlenstein	5	—	—
33. Ein Andernacher Wagen Duffstein auf Dordt		9½	
auf Amsterdam, Rotterdam, Utrecht .	—	10½	—
auf Arnheim und Nimwegen	—	9	—
34. Weinmutter per Tonn	—	2½	—
35. Weisse Bohnen, Erbsen und Baumnüß per Malter	—	2	—
36. Saffloer per Ballen von 200 Pfund . Licent apart.	—	4	—
37. Kannen oder stein. Krüg p. 1000 Würf	—	60	—
38. Ein Karr Frechener Krüg p. 400 Würf			
auf Amsterdam, Gauda und Rotterdam	—	12	—
auf Dordt	—	11	—
39. Bleyerzt in ord. Fäßgen circa 1000 Pf.	—	5	—
40. Calmey per Fäßgen	—	5	—
41. Rothe Kreyde p. 100 Pf. . . . . Licent apart.	—	—	12
42. Haar per 100 Pf. . . . . Licent apart.	—	2	—
43. Korn p. Last od. 20 Mltr. Cölln. Rheinm.	—	31	—
Weizen	—	34	—

		Holländisch Rth.	Gld.	stb.
	Gerst	—	30	—
	Haaber	—	28	—
44.	Leinen p. Roll 4 Fuß breit	—	5	—
	Größere und kleinere nach Rata. Licent apart.			
45.	Eisen-Dratt per 100	—	—	12
	Licent apart.			
46.	Traß p. Wagen auf Amsterdam u. Utrecht	—	11½	—
	auf Rotterdam	—	11½	—
	auf Dordt	—	10½	—
	Licent apart.			
47.	Queckſilber p. 100 Pf.	—	—	14
48.	Eine Kiſt Naſſauer Fenſterglas . . .	—	—	36
	Kleinere oder größere nach Rata. Licent apart.			
49.	Eine Kiſt Böhmiſch oder ander Fenſterglas, 4½ Schuh lang, 2 Schuh breit, 1¾ Schuh hoch	—	4	—
	Licent apart.			
50.	Spiegelglaß nach Rata der Größe Licent apart.			
51.	Krapp p. 100 Pf.	—	—	16
	Licent apart.			
52.	Schnupf-Toback u. Sterke p. 100 Pf.	—	—	18
	Licent apart.			
53.	Pfeifen Tonnen ½	—	3	—
	¼ auf Utrecht, Arnheim und Nimwegen per Tonn	—	5	—
54.	Schwarz p. 100 Pf.	—	3	—
	Licent apart.			
55.	Schieß-Pulver p. 100 Pf.	—	1½	—
	Licent apart.			
56.	Daugen die 122 Stück 5 Fuß Knorren	—	13	—
	4 Fuß Knorren	—	11	—
	3 " "	—	9	—
	2 " "	—	7	—
	1½ " "	—	5	5
	Mosel Daugen 5 Fuß	—	10	—
	" " 4 "	—	9	—
	" " 3 "	—	8	—
	" " 2½ "	—	7	—
	Bodemſtücker, die 122 Stück	—	4	—

		Holländisch Rth.	Gld.	stb.
57.	Ledige Thran- und Oels-Quartelen per Stück	—	1	—
58.	Andere ledige Fässer à Proportion der Größe.			
59.	1 Rolle Segeltuch 50 Ehlen . . . . Licent apart.	—	—	10

	Route auf:	Nuer-ord. Rth.	stb.	Orsoy u. Wesel. Rth.	stb.	Xanten u. Rees. Rth.	stb.	Emmerich. Rth.	stb.
1.	Ein Stück Rheingauer Wein . .	8	—	9	—	10	—	11	—
2.	Ein Fud. Moselwein	7	—	8	—	9	—	10	—
3.	Eine einfache Ahm, od. in kleinern Fäßger per Ahm . .	1	—	1⅛	—	1¼	—	1⅜	—
4.	100 Pf. Eisen . .	—	12	—	15	—	16	—	18
5.	Ein 17. Mühlenstein	8	—	9	—	10	—	11	—
	„ 16. „	6	—	6½	—	7	—	8	—
	„ 15. „	5	—	5½	—	6	—	7	—
	„ 13. „	4	—	4½	—	5	—	5½	—
	„ Wolff . . .	3	—	3½	—	4	—	4½	—
6.	100 Mühlensteins-Platten	5	—	6	—	6½	—	7	—
7.	100 Stück gemeine Dannenbord . .	2½	—	3½	—	4	—	4½	—
8.	100 Stück 16schuhige Bord . . .	6	—	7	—	7½	—	8	—
9.	Ein Centner Zwetschen, Potasch und Blausel	—	15	—	18	—	19	—	20
10.	Ein Ctr. Tobacksblätter	—	18	—	20	—	21	—	22
11.	100 Pf. gesponnen Toback	—	15	—	18	—	19	—	20
12.	Ein Reiß Leyen .	—	45	—	60	—	65	—	70
13.	Eine Kist gemein Glas / Ein Ballen Hirsen / Eine Tonn Pfeifen	—	45	—	60	—	65	—	70
14.	Eine Karr Pfeifen-Erd	1	—	1⅛	—	1¼	—	1⅜	—

Route auf:	Ruer-ord.	Orsoy u. Wesel.	Xanten u. Rees.	Emmerich.
	Rth. stb.	Rth. stb.	Rth. stv.	Rth. stb.
15. Eine Last Weizen .	10 —	11 —	11½ —	12 —
16. Ein Last Korn, Gerst und Buchweizen .	9½ —	10½ —	11 —	11½ —
17. Ein Last Haaber .	9 —	10 —	10½ —	11 —
18. Guß-Eisen p. 1000 ℔.	1½ —	2 —	2¼ —	2½ —

stricte zu zahlen seye; Gleichwie nun diese Liste dergestalt eingerichtet ist, daß dadurch das Publicum nicht gefährdet, der Handelstand hingegen und der Schiffmann sich damit begnügen lassen können, also ist Unser gnädigst- und ernstlicher Befehl, daß nichts darunter noch darüber genommen werden solle und diejenige Güter, so in gegenwärtiger Fracht-Liste nicht gemeldet, nach Rata zwischen den Kaufleuten und Schiffern zu accordiren seyen.

Dann wird bei Wein und andern Gütern, Bord, Daugen, Reifen, Tönnessteiner-, Selzer- und sonstige Mineral-Wasser ꝛc. francò mitzunehmen, ein- für allemal verboten, alles bey Vermeydung der in Unserer Verordnung vom 21. August anbedroheter Strafe.

Und obwohlen annebens Kauf- und Schiffleute sich ohnlängst dahin vereinbaret haben, daß ab dem im Fracht-Brief ausgetruckten Netto-Gewicht der trucken Waaren mit Ausschluß des Eisen jedesmal ein zwölfter Theil decourtiret, und nur eilf zwölfter Theile verfrachtet werden sollen, Wir es auch dabey bewenden lassen, jedannoch einige sich nicht damit begnügende Absendere in den ausgestellten Fracht-Briefen kaum zwey Drittel, ja zuweilen die Halbscheid des effectiven Gewichtes notiren, den Schiffmann andurch um die gebührende Fracht unverantwortlich bringen, so wird diesem freygestellt und erlaubet, bey seiner Anlandung die Güter nachzuwagen, folgends das Befundene mit jenem im Fracht-Brief notirtem Gewicht zu conferiren, und wann alsdann der Unterscheid über den zwölften Theil beträglich hinausgehen sollte, dem Kaufmann das Gut nach Innhalt des Fracht-Briefes vorgesetzter maßen auszuliefern, hingegen dasjenige, was mehr wie darin notiret vorgefunden wird, als ein zu seinem des Schiffmanns Profit Kraft dieses confiscirtes Gut für sich zu behalten.

Bemerk. Unterm 27. März 1775 ist obiges Frachtreglement in mehreren Sätzen abgeändert worden;

sodann ist am 5. März 1785 auf die Klage des churfürstlichen Berg-Amtes zu Olpe, daß die niederrheinischen Schiffer die Eisen-Fracht von Cöln nach Holland um 3 Stbr. holländisch pr. Waage Staabeisen erhöhet hätten, denselben die strenge Beachtung der obigen Frachtordnung befohlen, und dieser Befehl am 17. Mai 1785, nebst Androhung einer Brüchtenstrafe von 30 Gldg. für jede fernere Contravention, erneuert und geschärft worden.

---

672. **Münster den 7. October 1772.**

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Landesherrliche Bestätigung der von dem Magistrate der Stadt Bonn bereits im Jahre 1710, aus urkundlichen Nachrichten und laut Aussagen der ältesten Bürger zusammengetragenen, die städtischen herkömmlichen Gebräuche umfassenden, nunmehr revidirten und verbesserten sogenannten Schützen-Ordnung. Dieselbe verbreitet sich in sechs Abschnitten über folgende Gegenstände, nämlich: 1) über die Art der jährlichen Anordnung der Schützen und deren Verrichtungen bei jährlicher Begehung der Grenzen des Bonner Bannes, bei Werthschätzungen der Güter und Grundstücke, bei Setzung der Grenzsteine, und bei Festsetzung der Grenzlinien und der alten und neuen Raine zwischen Grundstücken; 2) über der Schützen und Feldhüter gemeinschaftliche Beaufsichtigungs-Pflicht der Weingärten, Felder, Wiesen, Weiden, Gemüse- und Obst-Gärten und deren Befugnisse zur Denunciation, Pfändung und Bestrafung (Frögung) der Garten-, Feld- und Hude-Frevler, deren Strafen zugleich festgesetzt werden; 3) über die den Schützen und Werkleuten obliegende Handhabung der, gleichzeitig specificirten, herkömmlichen Gebräuche bei Errichtung von Gebäuden, Heggen und Einfriedigungen in Beziehung auf Grenzscheidung mit dem Nachbarn, Tropfenfall ꝛc.; 4) über die bei Pflanzungen von Obst- und andern Bäumen, Stauden und Hopfen zu beachtenden Entfernungen vom nachbarlichen Grundstücke und über den Ueberfall von alt gepflanzten Obstbäumen (Theilung zwischen beiden Grenznachbarn); 5) über die Theilung der Frogen (Strafgelder) zwischen dem Kührmeister und dem Hunnen (Letzterm sind die für Feldfrevel aufkommenden

Brüchten in bezeichneten Distrikten zugetheilt,) und 6) über die den Weingartsschützen und den Feldschützen, so wie den Werkmeistern für ihre Amtsverrichtungen gebührenden Belohnungen. (Conf. chk. Ed. Saml. Bd. II. S. 386.)

673. Bonn den 7. Dezember 1772.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Im Herzogthum Westphalen sollen fernerhin alle von den Gerichtsbehörden zur öffentlichen Kunde zu bringende Erlasse nicht mehr von den Kanzeln verkündet, sondern nur an den Kirchthüren oder Gerichtshäusern affigirt und dem churfürstlichen Intelligenz-Blatt inserirt werden, und wird dessen Haltung, gegen Zahlung der Gebühr, den sämmtlichen westphälischen Beamten, Gerichts- und Stadt-Schreibern, so wie den Kirchdörfern befohlen. (Conf. chk. Ed. Saml. Bd. II. S. 436.)

674. Bonn den 5. Februar 1773.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Publikation einer Tax-Ordnung für das erzstiftisch-weltliche Hof-Gericht in der Stadt Cöln, wodurch die dem Präsidenten und den Richtern, dem Gerichtschreiber, den Advokaten, Prokuratoren und Boten zu zahlenden Gebühren speziell festgesetzt werden. (Conf. chk. Ed. Saml. Bd. II. S. 478.)

675. Bonn den 16. März 1773.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Auf den Antrag der westphälischen Landstände wird, Behufs der Ablage und Verzinsung der im letzten Kriege contrahirten Landesschulden und zur Erleichterung der gewöhnlichen Schatzpflichtigen, eine Personen- oder sogenannte größere Kopfsteuer (Kopfschatz) (gleichmäßig wie sub Nr. 558 d. S.) bewilligt, welche in den Jahren 1775 und 1779 erhoben werden soll.

Bemerk. Durch zwei gleichzeitige Verordnungen ist zu gleichem Zweck:

a) eine kleinere Personen- oder Kopfsteuer, wonach Dienstboten, Gesinde und Handwerksgesellen, von 1 Rthlr. 18 Ggr. bis zu 6 Ggr., sodann fremde Kaufleute und Krämer von 12 Rthlr. bis zu 3 Rthlr. und endlich die Juden von 13 Rthlr. 12 Ggr. bis zu 1 Rthlr. besteuert werden, für die Jahre 1773, 74, 76, 77, 78, 80, 81 und 1782; sodann

b) eine Vieh-Steuer (Vieheschatz), wonach von jedem Pferde und Zugochsen 12 Groschen, von jedem Stück Hornvieh 9 Gr., von jedem Stück Schaafvieh 1 Gr., von jedem Schwein 2 Gr., von jeder Ziege 3 Gr., von jedem Esel 9 Gr. und von jedem Maulthier 18 Gr. — ausschließlich jedoch der im Jahre der Schatzzahlung gefallenen Kälber, Lämmer, Ferkel ꝛc. gezahlt werden muß, für die Jahre 1773, 77 und 1781, bewilligt worden.

---

676. Bonn den 23. März 1773.

Max. Friedrich, Erzb. u. Churfst.

Da Wir mehrmalen gnädigst wahrgenommen haben, daß über die zwischen denen Rechtslehreren strittige Frag: — in welchem Werth ein Schuldner bey Abführung der Capitalien die lehnbar aufgenommene Gelder zu ersetzen, schuldig seye? — oftmalige schwere Rechtshändel entstanden, auch bey denen verschiedenen Gerichtsstellen mehrmalen ganz widersprüchige Urtheilen gefället worden seyen; So haben Wir, um diesem vorzukommen und Unseren getreuen Unterthanen die zu dergleichen Rechtshändel zu verwendende schwere Kösten zu erspahren, für diensam erachtet, die gemessene Richtschnur zu geben, nach welcher so die Schuldner, als Gläubiger sich hierunter zu achten und die Gerichtsstellen zu urtheilen haben sollen; Wir setzen solchemnach und verordnen hiemit gnädigst, daß bey Ablegung der Capitalien auf die Zeit des geschehenen Darlehns gesehen, mithin wann die Obligation auf Corpora lautet, auch die nemliche Zahl der Corporum — oder wan dieselbe gar nicht oder doch beschwerlich aufzubringen seyn sollten, der wahre zu Zeit des Darlehns gewesene Werth — desgleichen wan in der Pfand-Verschrei-

bung nebst der Haupt-Summ auch die Sorten, in welchen selbige hergegeben worden, sich vermeldet befinden, ebenfalls die nemliche Sorten oder obgedachter Werth, wan hingegen mehrgedachte Obligation auf Rthlr. oder Gulden schlechterdings gerichtet ist, die Gelder zwar in denen dem Schuldner beliebigen Sorten, gleichwohl in dem Werth, wie selbige zu Zeit des geschlossenen Contracts gewesen zu seyn, aus dem der Zeit bestandenem Landsherrlichen Edicto, oder bey dessen Abgang aus einem vom Crayß oder dahier vereideten Münz-Waradin abgegebenem pflichtmäßigen Attestato sich ergeben wird, zurückgegeben werden sollen, es seye dan, daß in der Verschreibung ausdrücklich vermeldet seye, oder der Schuldner erweisen könnte, gestalten das Capital nur Coursmäßig verschossen worden seye, als in welchem Fall der Gläubiger auch solches in dem zur Zeit der gemachsten Schuld vorgewesenem Cours anzunehmen verbunden bleibt; Befehlen demnach Unserem nachgesetzten Hof-Rath, denen geist- und weltlichen Hof-Gerichten, Landdrost- und Räthen in Westphalen, Officialen zu Werll, Statthalteren im Vest Recklinghausen, wie auch beyden hohen weniger nicht allen anderen Erzstiftischen Gerichteren, Amtmannen und deren Verwalteren sich darnach bey der Urtheils-Fassung schuldigst zu achten.

---

677. Bonn den 23. März 1773.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Es ist Uns der zuverläßige unterthänigste Bericht erstattet worden, daß aus Anlaß des 5ten Sphi tit. 5to der Juden-Ordnung (Nr. 262 d. S.), wodurch versehen ist, daß die Juden die gestohlene Sachen, wann sie selbige von bekannten Leuten oder auf offenem Marckt von unverdächtigen Personen gekauft und gegen den Juden kein Verdacht einer von dem Diebstahl gehabter Wissenschaft vorwaltet, gegen Erlegung des dafür zahlten Gelds herausgeben sollen, viele Mißbräuch und Unterschleif entstanden seyen; Da es nun in denen gemeinen Rechten versehen ist, daß jeder Eigenthümer die ihm diebischer Weis entwendete Sachen, wo er sie findet, vindiciren möge, und der Ankäufer ihm solche ohnentgeltlich zurück zu geben schuldig seye, Wir auch gnädigst nicht sehen, warum ein Jud hierunter vor dem Christen ein vorzügliches Recht

genieſſen ſolle; So verordnen Wir hiemit gnädigſt, daß in Zukunft in dergleichen Vorfallenheiten die Juden nicht weniger, als all-übrige nach Maaßgab gemeiner Rechten zu ohnentgeltlicher Herausgebung dergleichen geſtohlen- und von ihnen anerkauften Sachen ſtracklich angehalten, gegen diejenige aber, welche ſolche verheelen, oder wogegen ein gegründeter Verdacht gehabter Wiſſenſchaft des Diebſtahls vorwaltet, welches Unſere Gerichter jedesmal ſchärfeſt zu unterſuchen hiemit nachdruckſamſt erinnert werden, mit denen in gemeinen Rechten vorgeſchriebenen Strafen verfahren werden ſolle.

678. Bonn den 30. März 1773.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfſt.

Zur Abſtellung mehrerer Mängel bei den Amtsverhören wird beſtimmt, daß zur Abhaltung der Letztern in jedem Amtsbezirk ein oder mehrere Tage in jedem Monate feſtgeſetzt werden, und daß die dabei vorgehenden Zeugenverhöre, Aufnahmen von eidlichen Ausſagen, und Beaugenſcheinigungen ſtreitiger Gegenſtände mit Zuziehung eines legalen Notars oder des Lokalgericht-Schreibers geſchehen müſſen. Die erſten Abladungen zum Amtsverhöre ſollen ferner ohne Beifügung der peremptoriſchen Klauſel erlaſſen, und den Partheien die Provokation zum Gerichte, in Gemäßheit der Verordnung vom 6. Auguſt 1743 (Nr. 340 d. S.), nicht beſchränkt werden; die rückſichtlich des Gebühren-Anſatzes am 18. April 1772 (Nr. 634 d. S.) ergangene Beſtimmung ſoll von den Beamten ſtrenge beachtet werden.

Bemerk. Unterm 21. Nov. 1775 ſind die Gebühren feſtgeſetzt worden, welche von den Amtsverwaltern erhoben werden dürfen, wenn ſie die bei den Amtsverhören verhandelten Akten ꝛc. an die Appellations-Inſtanz einſenden müſſen.

679. Bonn den 22. Mai 1773.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfſt.

Der einige Zeit her an Unſern Zoll-Intraden merklich verſpürte Abgang, dann ſo viele in wenig Jahren zu

Grund gerichtete oberrheinische Schifflente haben Uns genöthiget, der Quellen dieses Unheils nachforschen zu lassen und auf Mitteln zu gedenken, wie solche am füglichsten gestopfet werden möge;

Bey angestellter Untersuchung hat sich ergeben, daß einige Stadt-Cölnische Kaufleute und Spediteurs sothanes verderbliche Wesen einzig und allein veranlassen, wo diese Leute die Kaufmanns-Güter für die Halbscheid, auch ein Drittel der üblichen Gebührniß, ja gar umsonst spediren, hingegen die Schiffere (wollen sie anders in Zukunft fernere Ladung erhalten oder mit halben Last nicht abfahren) unchristlich vermögen, ihnen vor- und währender Einschiffung das Brennholz zuzuführen, die Kuchel mit Fischen, Wildpret und allerhand kostbaren Victualien zu spicken, Baum- und Rüböhl, Käß, Cantert, Tabac, Stockfisch, Schunken, Melis, Candis, Caffeebohnen, Wein, Haber für die Schiffpferde und sonstige Waaren in der Menge, und einem den rechten Werth zuweilen doppelt übersteigenden Preis auszunehmen und baar zu zahlen, durchgehends eine Tonne Allaun und sechs Tonnen Berger Thran, zwey ad 3 Fäßer Rüböhl, Holzballen, ein Faß Kreiden franco zu fahren, denen darauf gedungenen Buchhalter-, Journalist- und Copiisten die Hände zu füllen, und oben darauf bey Empfang der Frachtbriefen an ihrer hergebrachten Fracht so viele Gelder herauszugeben, daß Uns und übrigen hohen Zoll-Herrschaften die behörende Verzollung abzutragen, ihnen ohnmöglich, bey der Rückkehr von der Fracht wenig oder gar nichts übrig, mithin der Bettelstab ohnvermeidlich bleibet;

Unter denen zu Aushebung dieses sonst mehr und mehr anwachsenden Uebels in Vorschlag gebrachten Mitteln haben Wir dieses als das schicklichste zu ergreifen Uns gefallen lassen, daß nämlich zwischen denen von Cölln aus den Oberrhein befahrenden allerdings qualificirten Schiffern eine gemeinschaftliche Ordnung oder Alternativ-Fahrt anzurichten, auf diese Art Eingangs gedachten Kaufleuten und Spediteurs über die Einladung deren Gütern die Willkühr, folglich auch alle Gelegenheit die Schiffere auszusaugen, auf einmal zu benehmen, und der in gänzlichen Verfall gerathener oberrheinischer Schifffahrt wieder aufzuhelfen seye.

Inmaßen Wir dann sothane Ordnung provisionaliter, und bis auf fernere bey künftigem Zoll-Congreß etwa er-

folgen dörfende Entschliessung nachstehender Gestalt eingerichtet und von nun an stracklich befolget wissen wollen.

1. Alle sowohl Maynzisch-, Trierisch-, Cöllnisch-, Pfälzisch- als andere Schiffere (wann selbige in Gleichförmigkeit verschiedener vor und nach ergangen- auf die Zoll-Abscheide den Bezug nehmender Verordnungen zum Fahren qualificirt seynd) sollen zur Einschiffung deren Waaren gelassen,

2. hingegen erwähnte Schiffere nach ihrer Anlandung zu Cölln bey dasigem hierzu einsweilen besonders angeordneten Bestätter, Unserm Salz-Amtsmeistern Niclas Joseph Haann, sich melden, dieser aber deren Namen und den Tag ihres geschehenen Meldens mit Beymerkung des Numer ihres Rangs aufzeichnen, zugleich den nämlichen Numer jedem schriftlich mitgeben, sie Schiffere sodann (als die Numern ausweisen) laden und fahren; im Fall nun mehrere Schiffere eines oder des andern Churvereinten Landesherrn neben übriger Herrschaften Schiffern sich auf einmal einfinden, ist die Ordnung also zu beobachten, daß aus der mehreren Zahl einer der erste, sodann eines andern Herrn anwesender Schiffer der zweyte, des dritten Herrn Schiffer der dritte, und so weiter einlade und fahre.

3. Befehlen Wir gnädigst und ernstlich, daß zu Abwendung aller Gefahr deren zu Berg führender Personen und Waaren von der Schiff-Bruderschaft zu Cölln zwey tüchtig- und unverdächtige Personen ausersehen, welche mit Zuziehung zwey oder drey deren anwesender oberländischer Schiffern, dann eines Kunstverständigen Schiffbauers aller Schiffleuten Schiff und Geschirr, klein oder groß, gegen eine zu bestimmende geringe Gebührniß, vor der Einladung besichtigen, alles Fleißes examiniren und die Schad- oder Mangelhafte bis zu gehöriger Reparation zur Fahrt nicht zulassen, mit der Warnung, daß, wann ein- oder ander auf solche Weis nicht besichtigtes Schiff wegen erweißlicher Untüchtigkeit verunglücken, an Menschen oder Waaren einiger Schade geschehen und der Schiffmann solchen zu ersetzen nicht mächtig seyn würde, erwähnte zur Aufsicht angestellte Personen, oder dafern deren von der Bruderschaft keine bestellt wären, sämmtliche Bruderschaft für den Schaden zu haften schuldig seyn sollen.

4. Jeder Schiffmann hat sich in der Bergfahrt nur eines ihme eigenthümlich- keineswegs aber geheurten Schiffs, in welchen die Ladung fünf Schuhe und zwey Zoll aufs äußerste, und so bey kleinen nach Proportion (damit kein

Unglück entstehe) verstattet wird, zu bedienen, auch ist nur denen Schiffern, so nicht von erster Größe, und denen Jagden, so nicht tausend Centner führen können, ein Anhang, durchaus aber nicht mehr vergönnet, in welchem Anhang jedoch anders keine Güter als nur solche, so die Näße vertragen können und zwar höchstens entweder zwey Last Hellthran oder vier Last obbeschriebener Güter geladen werden mögen.

5. Da einige Schiffleute ihrer Bequämlichkeit halben eingeladene Stockfisch-Ballen, große Candis-Kisten, Jugdtenhaut und andere Fäßer in den Schiffen zuweilen um- und auspacken, andurch zwischen dem absendend- und empfangenden Kaufmann wegen entstehender der Waaren Verwechselung schwere Irrungen veranlassen, und dann sothanes Um- und Auspacken gegen alle Billigkeit anlaufet, als wird solches erwähnten Schiffleuten bey willkührliger Strafe ein- für allemal untersaget.

6. Wann der Schiffmann, an welchen die Ordnung gekommen, für dasmal zu fahren unvermögend wäre, soll demselben sein Recht an einen andern gegen Abstand in Geld, oder ohnentgeltlich zu übertragen nicht erlaubt, sondern der in der Ordnung folgende einzuladen und abzufahren befügt, jener aber nachhero, so bald er wiederum laden will oder kann, in der Ordnung immer der erste seyn und bleiben.

7. Auf daß bey Ladung deren Kaufmanns-Gütern in der Qualität die Gleichheit (so viel thünlich) beobachtet, und nicht einem Schiffmann das feine und dem andern das grobe Gut eingegeben werde, hat die Cöllnische Schiff-Bruderschaft aus ihrem Mittel zwey erfahren- und redliche Personen zu benennen, die mit Zuziehung zwey ad drey zu Cölln gegenwärtiger oberländischer Schiffern, jedesmalige Ladung aufs genaueste observiren und besorgen sollen, womit hierunter keinem Schiffmann vor dem andern favorisiret und durchaus kein Schiff überladen werde.

8. Zu Vorbiegung allingen Aufenthalts soll der Schiffmann nach vollbrachter Ladung längstens innerhalb 24 Stunden, wann nicht ein hohes Fest darzwischen einfiele, oder Wind und Wetter solches verhinderte, von Cölln ohnfehlbar abfahren, auch unter Weges ausserhalb Gottes Gewalt sich nirgendswo geflissentlich aufhalten.

9. Weilen die sogenennte Vent- dem Verderben ausgesetzte Cabeljau, Austern, Scheldfisch, Bücking und dergleichen Güter die schleuneste Bestellung erfordern, und,

wie mehrmalen geschehen, sich ergeben könnte, daß bey derselben Ankunft zu deren weiterer Fortführung keine oberländische kleinere Fahrzeuge vor Cölln obhanden wären, so hat in solchem Fall, und überhaupt die Cöllnische Schiff-Bruderschaft sich anheischig gemacht, zu dem Ende vier derley Fahrzeuge jederzeit bereit zu halten und sothane Güter an die bestimmte, Ihro zu befahren erlaubte Oerter hinzuliefern;

Da aber auch der Schiffmann ohne merklichen Verlust mit solchen Fischwaaren alleinig nicht abfahren kann, dahero wird selbigem erlaubet, einen oder höchstens zwey Läst Häring, Laberdahn, Oehl oder Berger-Thran zu seiner Entschädigung beyzuladen, dieser §. ist also zu verstehen, daß, wann bey Ankommung eingemeldeter Vent-Güter oberländische Schiffere zu Cölln anwesend seynd, unter diesen die nämliche Gleichheit, wie in denen Haupt-Ladungen, beobachtet werden solle.

10. Haben allerseitig-qualificirte Schiffere sich nicht jeder ohne Unterscheid, sondern der Rhein-Schifffahrt lang und bestens kündiger Steuerleuten zu bedienen.

11. Um dem Kaufmann bey dieser zum Besten und Beförderung des Commercii angeordneter Alternativ-Fahrt mehrere Sicherheit, als vorhin bey der ohnbeschränkter Schifffahrt zu verschaffen, und sich dagegen zu beschweren alle nur erdenkliche Ursach zu benehmen, haben Wir Unsere privilegiirte Schiff-Bruderschaft in Cölln zu Leistung einer Caution von drey tausend Florins Rheinisch angewiesen, und diese von gesammter Bruderschafts wegen in Solidum stellen lassen, damit im Fall durch des Schiffmanns oder dessen Gesindes Untreu oder Fahrläßigkeit, oder auch ohnerlaubtes Verweilen ihm ein Schade zugezogen werden sollte, derselb in so weit und mit Vorbehalt seines etwa noch weiter habenden Regreß an des solchen Schaden verursachenden Schiffmanns Vermögen, daran nach gehörig-summarischer Untersuchung und Erkänntniß sich erhohlen möge.

12. Wird gesammten Schiffleuten schärfest eingebunden, sich gegen Kaufleute und Spediteurs mit aller Bescheidenheit und Höflichkeit zu betragen, und

Schließlich Unsern Salz-Amtsmeistern in Unserer Stadt Cölln gnädigst und nachdrücklich befohlen, keinem Schiffmann, er habe dann diese Unsere Fürst-vätterliche Provisional-Verordnung in allen Stücken befolget, das gewöhnliche Salzzeichen mitzutheilen.

680. Bonn den 14. Juni 1773.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Publikation einer mit dem Fürsten von Waldeck geschlossenen Uebereinkunft, wodurch festgesetzt wird, wie die von fürstlich-waldeckschen und resp. churkölnischen Unterthanen auf den gegenseitigen Gebieten verübten Forst- und Feld-Frevel von den wechselseitigen Lokalbehörden gerichtlich verfolgt und bestraft werden sollen.

Bemerk. Unterm 16. Febr. 1781 ist in den Aemtern Linz und Altenwied und in der Herrlichkeit Lahr, eine landesherrliche Verordnung publicirt worden, wodurch bestimmt wird, daß die von diesseitigen Unterthanen in der Grafschaft Sayn begangenen Forst-Frevel von den jenseitigen Behörden verfolgt und, unter Mitwirkung der churfürstlichen Beamten, nach einer beigefügten Brüchten-Taxe, bestraft werden sollen.

---

681. Bonn den 21. Juni 1773.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Nachdemalen Uns mißfälligst zu vernehmen vorgekommen, was gestalten in Unserem Herzogthum Westphalen die sogenannte Discussions-Processe sich von Zeit zu Zeit nicht nur mehr und mehr anhäufen, sondern auch leider sehr langsam, ja etliche gar bey vieler Menschen Leben nicht zu Ende gebracht werden, wodurch dan zu merklichem Schaden derer Debitoren sowohl als jüngeren Creditoren die Zinsen deren älteren anschwellen, ob sonsten auch wegen darunter eingerissenen vielen Mißbräuchen und Unordnungen, absonderlich aber deren dabey zwischen denen Creditoren unter sich in größter Confusion vorgehenden Altercationen und weitläuftigen Schriftwechselen die Güter größtentheils in etlichen Jahren durch ohnnöthige Kösten fast gänzlich versplittert werden, also, daß am Ende denen mehresten Creditoren das leere Nachsehen übrig bleibe, und derowegen Wir auf unterthänigstes Ansuchen Unserer treugehorsamster Landständen auf Mittel und Wege, welcher Gestalt sothane in Zukunft entstehende Discussions-Prozessen nicht nur dem Publico zum Besten abgekürzet und mit den eingezogensten Kösten zu End be-

förderet, ſondern auch ſo viel möglich gar verhütet oder verminderet werden mögen, Fürſt-vätterlich bedacht geweſen; daß demnach Wir nach reifer Uberlegung nachſtehende Verordnung mildeſt ergehen zu laſſen bewogen worden, nämlich, da Uns berichtet worden, daß oft- und vielmalen von denen Debitoren ſelbſt die Discuſſiones veranlaſſet, und nur zum Aufenthalt und Eluſion deren wider ſie mit Urtheil und Recht erkannten Executionen, um immittels noch einige Zeit oder gar Lebenslang in denen Güteren ſitzen zu bleiben und deren Genuß zu behalten, hinfölglich in fraudem Creditorum allein an Hand genommen worden; So iſt

1. Unſer gnädigſter Will und Meynung, daß, obwohlen Wir denen, durch leidige Unglücksfälle zu Unſtand gerathenen, mithin Bedaurens würdigen Unterthanen das in Rechten ohnehin flebile beneficium ceſſionis bonorum abzuſchneiden nicht gemeynt ſeynd, dannoch ein jeder nicht ſo leicht, und ſchlechterdingen wie bishero geſchehen, dahin zugelaſſen werden ſolle, er habe dan der Supplicae eine accurate Specification all- ſeiner ligenden, beweg- und unbeweglichen Güteren, Sprüch- und Forderungen, wie auch der bekannten Schulden beygelegt und nach Maßgab anligender Eids-Formul ſothane Specification eidlich vor Gericht beſtärcket, welchemnach ſofort dem Debitori, wann er kein beneficium competentiae hat, der Beſitz der Güter zu entziehen und dieſe ſervatis, ſervandis zu diſtrahiren ſeynd, des Ends ſoll ein Interims-Curator ex officio beſtellet werden, welcher die Inventariſat-, Tax- und Diſtraction, fort alles übrige uſque ad terminum liquidationis zu beſorgen hat; in dieſem termino aber ſollen die Creditores entweder den beſtellten Interims-Curatorem per majora beſtättigen oder einen anderen erwählen, ſodan diejenige Güter worzu ſich in termino Diſtractionis keine Licitanten finden, ſequeſtrirt und adminiſtrirt werden.

2. Hingegen können die Creditores auf einen Concurs provociren, wan anſcheinlich bewieſen, daß der Debitor mit vielen Schulden beſchweret und ſeine Güter nicht hinreichen ſolche abzuführen. Ferner qualificiret ſich die Sache zum Concurs wan ein Schuldner verſtirbt, deſſen gegenwärtige Wittib und Erben aber, und zwarn die Einheimiſche inner vierzehn Tägen, die Ausheimiſche aber inner ſechs Wochen, nach Abſterben des Erblaſſers, auf die Erbſchaft völlig und g richtlich verzichen, welchen-

falls das Gericht alles im Sterbhaus befindliche Vermögen, auſſer jenen Sachen, welche der Wittib und Erben zugehörig zu seyn in continenti beſchienen werden können, inventariſiren, verſiegelen und wenigſtens einen Interims-Curatoren beſtellen, nach Ablauf deren 14 Tägen und resp. ſechs Wochen aber ſollen Wittib und Erben pro haeredibus gehalten und gegen ſie agiret werden; Wan hingegen die Erben ſich der Erbſchaft einmal obſchon cum beneficio legis et Inventarii angenommen, ſo können ſie ſich nachhero derſelben nicht mehr entſagen, ſondern müſſen, wenn ſich demnächſt inſufficientia bonorum hervorthuet und der Concurſus eröfnet wird, denen Creditoribus intra vires haereditatis Rede und Antwort geben und des Ends das errichtete Inventarium juratò beſtärcken; Sobald nun ad inſtantiam Creditorum der Concurſus cum cauſae cognitione erkannt worden, muß der Debitor in certo, ad id praefigendo, termino, alle ſeine habende Güter, Sprüch und Forderungen eidlich zu manifeſtiren angewieſen, und auf eben die Art wie in §. 1. bemercket, mit der Tax- und Diſtraction, auch resp. Sequeſtration der Güter verfahren werden.

3. Und da es die Erfahrung giebt, daß oftmalen ein- oder ander Creditor pro Edictali Citatione ad videndum deduci jus potius, blos in der Abſicht anrufet um den Debitoren von der Execution zu befreyen und hiedurch die heilſame Juſtitz verletzet werde; ſo ſoll

Erſtens derjenige welcher ſolche Ladung impetrirt, dieſelbe binnen vier Wochen à die publicationis in Judicio durch einen bevollmächtigten Procuratoren cum notis factae Publicationis reproduciren, forthin ſeine Forderung und die anſcheinende Gefahr füglich nicht zu erhaltender Zahlung gehörig juſtificiren, widrigenfalls die Edictal-Ladung ipso jure aufgehoben und als nicht erkennt angeſehen, fort die wider den Debitoren erkannte Exekution ohne Verzug, und auf eben die Art als wan niemalen eine Edictal-Ladung erkannt, fortgeſetzet werden.

Zweytens ſoll, ſobald die Edictal-Ladung erkannt, zugleich des Debitoris Vermögen von des Orts Richteren inventariſirt und von dieſem der Debitor ad juratam manifeſtationem angewieſen, forthin das ganze Vermögen, wan anderſter dem impetrantiſchen Creditori in denen Rechten kein jus retentionis zuſtehet, ſequeſtriret, in dem Fall hingegen wo dem

Creditori impetranti das jus retentionis competirt, demſelben die Adminiſtration deren, zu inventariſirenden Güteren allenfalls erga praeſtandam cautionem idoneam belaſſen werden, bis zu Eröffnung des formalis concurſûs.

4. Soll nach Eröffnung des concurſûs univerſalis mittels Anſchlags der Edictal-Ladung der Curator angeordnet werden, des Schuldners Haab und Gut, es werde ſolches von ihme ſelbſten oder von anderen antichretice, aut jure pignoris, vel ex jure immiſſo beſeſſen, mit Zuziehung des beſtellten Curatoris bonorum ordentlich inventariſiret, durch ohnpartheyiſch-verſtändige Leute geſchätzet, quanti plurimi verkaufet, mit dem erlöſeten Kaufſchilling aber es gehalten werden wie bereits hieroben verordnet worden.

5. Sollen alle und jede Gläubigere bey Verluſt ihrer Forderung auf die ergangene Edictal-Ladung dieſelbe ſub poena perpetui ſilentii zum Concurs eindingen, und hievon auch jene welche bereits vorhin die Immiſſion in des Schuldneren Güter erlanget oder ein Theil derſelben antichreticè, vel jure pignoris beſitzen, nicht befreyet ſeyn.

6. Obwohlen Judicium univerſale alle und jede bey anderen Gerichteren bereits anhängige Cauſas particulares ex capite connexionis an ſich ziehet, ſo verſtehet ſich doch ſolches nur von dem Vorzugs-Recht, derowegen ſolche Forderungen zwarn bey dem foro concurſûs ſub poena praecluſi nicht nur in quali et quanto angegeben, ſondern auch bey demſelben ſo weit liquidiret und inſtruiret werden müſſen als zu Entſcheidung des Priorität-Punckts vonnöthen, die Haupt-Liquidation ſelbſt aber iſt bey dem Gericht, woſelbſt ſie angefangen worden fortzuſetzen und auszumachen, wobey gleichwohl denen anderen Creditoren ſamt und ſonders zu interveniiren und ihr vermeyntes Intereſſe zu beſorgen freyſtehet, die Prioritäts-Erkänntnüs iſt aber ſolcher Particulair-Strittigkeiten halber niemalen aufzuſchieben ſondern ein- als anderen Weges damit zu verfahren und annoch die rechtshängige Forderung einsweilen in ihre gehörige Claſſe zu ſetzen.

7. Weilen die Erfahrung giebt, daß durch die Anſchwellung der Zinſen von denen älteren Creditis die Maſſe öfters dergeſtalt erſchöpfet werde, daß die jüngere Creditoren mit ihrem eingedungenen Hauptſtuhl leer ausgehen müſſen; So verordnen Wir, daß künftighin in eben diejenige Stelle wohin das Hauptgut oder Capital ſelbſt von

Rechtswegen gehöret, nicht mehr als ein dreyjährigen Zinsen-Nachstand, und zwarn nur von denen nächsten drey vorhergehenden Jahren zu setzen, die übrige nachstehende Zinsen aber ad Classem Chyrographariorum gestellet werden sollen.

8. Soll der Zinsen-Lauf sobald die Edictal-Ladung erkannt und angeschlagen worden aufhören, mithin nur diejenige Zinsen welche ante concursum ex mora aut stipulatione erschienen, nach Maßgab vorherigen §phi classificirt werden.

9. Hat zwarn der Gutsherr seiner grundherrlicher Forderungen und Pfächten halber in des Coloni peculio rustico nicht nur ein stillschweigendes Unterpfand sondern auch ein Vorzugs-Recht; es soll sich aber dieses künftighin nicht weiter als auf die von drey letzteren Jahren erschienene Pfächten erstrecken, und der Gutsherr mit dem übrigen Pfachten-Rückstand ad Classem Chyrographariorum gesetzt werden.

10. Auf gleich vorstehende Art ist es zu halten in Ansehung des Liedlohns, auch der Lasten und Pflichten, so auf den Gütern und ligenden Gründen haften und daraus gegeben werden müssen, als die Einkünften der Kirchen, Zehnten, Meßkorn, Salarien der Kirchen- und Schuldieneren, aus Stiftungen und Vermächtnüssen herrührender, und der Kirchen zustehender Gaben, Canonum Emphyteuticorum und unablößlicher jährlicher Zinsen, Rhenten und Einkünften.

11. In den Fällen, wo die Creditores selbst ad Concursum provociren und dieser erkannt worden, ist in der Edictal-Citation denen Creditoribus zu befehlen, daß sie in termino, ad proponendum et justificandum credita praefixo, einen tüchtigen Curatorem, welcher, wan der Concursus nicht weitläufig, auch zugleich der Contradictor seyn kann, per majora erwählen sollen, würde aber dieses nicht geschehen oder die Creditores sich darunter nicht vergleichen können, ist sofort von Amtswegen einer darzu zu ernennen, welcher dan nach abgelegter Pflicht die Aestimation und Distraction des Debitoris Güteren sofort praevia inventarisatione zu befürderen, und alles das was einem Curatori obligt, pflichtmäßig zu verrichten hat.

12. Bis dahin aber die Aestimation und Distraction vorgegangen, soll dem beeidigten Curatori das ganze Vermögen eingeräumet, von demselben treulich verwaltet, was davon in anderen Händen befindlich, wieder beyzubringen

getrachtet, die ausstehende Activ-Schulden durch rechtliche Mittel beygetrieben, auch nöthigen Falls die Debitores bey ihrer Obrigkeit belanget, und endlich sämtlichen Creditoribus der geführten Verwaltung halber förmliche Rechnung abgelegt werden.

13. Damit nun die erkannte Edictal-Ladung zu jedermanns Wissenschaft gelange, forthin die Creditores einige Unwissenheit zu allegiren keine Ursach haben; So soll dieselbe in loco moti concursûs und noch zwey anderen Pfarrkirchen von der Canzel publicirt und valvis Ecclesiae affigirt, darbeneben dem privilegiirten Arnsbergischen Intelligenz-Blatt dreimal nacheinander eingetragen werden.

14. Falls aber der Debitor in auswärtigen Länderen Handlungen und Verkehr gehabt, oder auch dessen Güter an der Gränze auswärtiger Provinzen gelegen, soll die Publication der Edictal-Ladung in loco Judicii, und zugleich in benachbarten zweyer Herren Länderen befördert werden, widrigenfalls wan dasjenige, was in diesen beyden §§. vorgeschrieben, nicht befolget wird, dieselbe null und nichtig seyn.

15. Der, in finem liquidandi et justificandi in Citatione Edictali zu präfigirender Terminus soll divisim, und zwarn bey geringeren Concursen von sechs, bey gröβesten aber von neun Wochen gestellet werden, der letzte Terminus aber von respective zwey und drey Wochen jederzeit peremptorius seyn, dergestalten, daß diejenige Creditores, welche in Termino selbst oder durch ihren gehörend bevollmächtigten Procuratoren nicht erscheinen, noch ihre Sprüch und Forderungen cum justificatoriis beybringen, auf Anrufen des Curatoris bonorum und von demselben accusirten Ungehorsam, per Decretum sofort präcludirt und denenselben ein ewiges Stillschweigen auferlegt werden.

16. Und hiergegen soll der präcludirte Creditor nicht können in integrum restituirt werden, es wäre dan Sache, daß er erhebliche Ehehaften beybringen und solche zureichend justificiren könnte, als worzu ihme auf sein Anrufen noch ein Terminus, jedoch peremptorie, zu verstatten.

17. Die Creditores aber, welche in Termino, ad liquidandum praefixo, durch einen Anwald erscheinen, sollen denselben zu gleicher Zeit durch eine legale Vollmacht ad acta constituiren, widrigenfalls ihre exhibita nicht angenommen werden.

18. Die von den Creditoribus zu exhibirende Schriften sollen in duplo übergeben und davon eins dem Curatori bonorum communicirt werden.

19. Dieser aber darauf binnen 4 Wochen con-vel diffitendo antworten und in dem, von dem Richteren in finem producendi Documenta anzuordnenden termino die, hinc inde, à Creditoribus producirte Original-Urkunden, als weit sie nicht in Documentis publicis bestehen, agnosciren, oder solche durch den Debitoren jurato diffitiren lassen, die Documenta publica hingegen in Gegenwart des Curatoris mit denen ad acta gebrachten Abschriften fleißig collationirt werden.

20. Und nachdem nun solchergestalten die Liquidation, nach hinc inde verhandelten Ordnungsmäßigen Sätzen, berichtiget, soll der Richter denen sämtlichen Creditoren noch einen Terminum in ordine ad deducendum jus potius sub poena juris et contumaciae anberahmen und demnächst die Classifikations-Urtheil abfassen und ohne Verzug publiciren lassen; bey der Classifications-Urtheil aber sind folgende Puncta zu beobachten.

21. Nach denjenigen, welche ein Eigenthum in des Discussi bonis behaupten können, auch nach Abzug deren zum Concurs aufgegangenen Kösten seynd primo loco zu klassificiren alle ordinair- und extraordinaire Landssteuren und andere dergleichen zum gemeinen Besten gewidmete Landsherrliche oder aus Landsherrlicher Concession herrührende Abgaben, als: Accise, Umgeld, Aufschlag, ferner dasjenige, was Unterthanen ihrer Obrigkeit und Bürgere dem Magistrat geben, auch zu gemeinen Stadts-Bürden tragen müssen, als Bier- und Tranksteuer, Service, Frohnen und Dienstgeld, fort andere dergleichen Gefälle; Weilen aber die Erfahrung belehret, daß diese öfters zum Nachtheil anderer Creditoren durch die Saumseligkeit deren bestellten Einnehmeren zu einer mercklichen Summe aufschwellen, so soll denen Creditoren, welche diesertwegen nicht unterkommen können, der Regreß wider den in exigendo saumhaft gewesenen Receptoren bevorbleiben, und sollen in das Jus Fisci subintriren.

2.) Diejenige, welche ein jus separationis haben; dieses stehet denen Creditoribus, welche in bonis haereditariis eine Hypothek erlanget, auch post quinquennium zu, dergestalten, daß sie davon quà portiores in pignore, durch keinen Zeitlauf ausgeschlossen werden, weil die vorhin auf dem Gut gehaftete Schulden zu des jetzigen

Schuldners Vermögen gar nicht gehören, denen Chyrographariis aber kann selbiges nicht zu statten kommen, als wan sie solches binnen fünf Jahren nach Absterben des Debitoris Erblasseren gerichtlich nachgesuchet.

3.) Und da die Protocolla contractuum et aggravationum in Unserem Herzogthum Westphalen zu dem End eingeführet worden, damit ein jeder, welcher Geld auf ein Gut leihen will, vergewissert seyn möge, ob und was für Schulden auf den Güteren haften, so soll auch denen Creditoribus hypothecariis, dafern sie intra quinquennium das beneficium separationis nicht nachgesucht, anderer Gestalt nicht zustehen, als wan sie ihre Pfand-Verschreibungen in loco rei sitae dem gerichtlichen Protocollo contractuum eintragen lassen, und darab durch gerichtliche Confirmations-Urkunde docirt haben, wo aber dieses nicht geschehen, so sollen dieselbe denen Creditoribus, welche von den Erben oder dem Discusso eine gerichtlich inscriniirte Hypothek erworben, nachgesetzet werden; Weilen aber die Erfahrung lehret, daß nach Vorschrift deren mehrmalen erlassenen Verordnungen bey verschiedenen Gerichteren kein Protocollum contractuum und aggravationum gehalten werde; So wird allen und jeden Gerichteren hiemit nochmals gnädigst und ernstlichst befohlen, sothanen Landsherrlichen Verordnungen gehorsamst nachzukommen.

22. Hiehin gehöret auch das jus quasi separationis, welches alsdan Platz hat, wan einer bey Verkaufung seines Guts zur Zeit da er solches noch in seiner Gewalt gehabt mithin ante traditionem, vel in ipsa traditione hierauf ein ausdrücklich und special Unterpfand um den Kaufschilling vorbehalten hat, und der darüber errichtete, Kauf- und Verkauf-Contract dem Protocollo contractuum eingetragen und gerichtlich von dem Judicio rei sitae bestättiget worden, ein gleiches ist auch von dem Fall zu verstehen, da jemand eine dem Gerichts-Buch eingetragene Hypothek in einem dem Debitori verkauften Gut vor geschehenem Verkauf erlanget hat; wan aber sich jemand bey vorgedachtem Verkauf nur eine General-Hypothek auf des Käufers Haab oder Gut, oder zwar eine Special-Hypothek auf dem verkauften Gut, jedoch erst nach beschehener Tradition bedinget, alsdan gehöret die Forderung nicht in diese Stelle, sondern dorthin, wohin auch andere Hypothecarii von Rechtswegen juxta Prioritatem temporis gehörig seynd.

23. Nach der Classification derjenigen, welche jure separationis, vel quasi separationis kommen, folgen die Funeral-Kösten, welche nämlich auf die Begräbnüs für den verstorbenen Schuldner, worunter die der Wittiben und denen Kinderen gegebene Stands- und dem Vermögen gemäße Trauerkleider mitbegriffen seynd, verwendet worden, worinnen jedoch alle Übermaß abgeschnitten und darauf gesehen werden soll, ob nicht nach des Verstorbenen Stand, Herkommen und Menge der Schulden hierunter zu viel geschehen seye, allermaßen die Kleidung der Bedienten, Domestiquen und was sonst mehr zum blosen Pracht, wie auch auf der sogenannten Todtenmahl verwendet wird, nicht in gegenwärtige erste Classe, sondern nur unter die gemeine currente Glaubigere gerechnet werden, unter welche auch jene Begräbnüs-Kösten, welche auf des Schuldners Frau und Kinder verwendet, gezählet werden sollen.

24. Nach den Begräbnüs-Kösten folget, was für des Schuldners, nicht aber dessen Kinder und anderer Familie Arzney- und nothdürftige Nahrungs-Unterhalt in seiner letzteren Krankheit darin er verstorben, denen Medicis, Wundarzten, auch Apothequeren und anderen schuldig verblieben, was aber wehrender Kranckheit an Gewürz und Delicatessen aufgewendet, und was der Apothequer an Zucker und Schleckerwerck mehr zur Wollust, als nothwendiger Arzney und Labung geliefert, wird unter die currente Posten verwiesen, wobey sich dan von selbst verstehet, daß die Medici sowohl als Apothequer ihre Rechnung specifice zu designiren und vermitz Auflegung ihrer Hauptbücher eidlich zu erhalten, schuldig seyn sollen.

25. Hiernächst folgen die Liedlöhner deren Diestboten, so in des Schuldners Lohn und Brod gestanden, oder noch würcklich zur Zeit des Absterbens oder erhobenen Concursus stehen, jedoch soll diesen niemalen mehr als der letzteren drey Jahren Lohn von dem Ruckstand in dieser Stelle passirt, das übrige hingegen für eine unbefreyete gemeine Schuld geachtet und unter denen Chyrographariis gesetzt werden; ein gleiches Vorrecht sollen wegen des von dem Jahr, da der Debitor verstorben oder der Concurs entstanden, verdient- und ruckständigen Lohns haben, die Handwerksleute und Taglöhner; Zu dieser nämlichen Classe gehöret auch das Saatkorn, das Pflügelohn, oder zu dessen Ankauf hergeliehene Geld von dem letzteren Jahr, worin der Debitor verstorben oder der Concurs angeho-

ben, dafern die Felder würcklich mit dem vorgestreckten Saatkorn bestellet worden; Welchem dan auch gleich zu achten die zu Unterhaltung des Debitoris Viehe im letzteren Jahr hergegebene Futterung und rückständige Weydegelder.

26. Hiernach kommen die Lasten und Pflichten, so auf denen Güteren und ligenden Gründen haften und in §pho 10mo beschrieben, wegen des Rückstandes von den drey letzteren Jahren ante mortem Debitoris, vel motum concursum, so wie in §pho 9no angemercket worden.

27. Diesemnach folgen die Gutsherrliche rückständige Pfächten, in Maaß und Weise, wie hieroben §. 9 beschrieben, sodann folget das Erbgeld, da nämlich ein Erbe dem anderen aus dem väterlich- oder anderen angestorbenen Güteren in Dotem, oder sonst zu seiner Abfindung zu zahlen sich verbindet, es möge die Zahlung auf ein- oder mehreren Terminen stipuliret seyn, woferne nämlich der Contract oder das Documentum Divisionis dem Protocollo Judiciali eingetragen seyn würde.

28. Diesem folget des Schuldners Ehefrau mit dem eingebrachten Heyrathsgut, dan deshalb hat sie auf ihres Ehemanns Vermögen von dem Hochzeitstag an nicht nur ein stillschweigendes Unterpfand, sondern auch das jus praelationis vor anderen obschon älteren stillschweigenden Unterpfänden; wer aber eine gerichtliche dem Hypothequen-Buch eingetragene Verschreibung hat, worin des Ehemanns Güter schon vor denen Pactis Dotalibus ausdrücklich verpfändet worden, gehöret ebenfalls in diese Stelle, und gehet dem Heyrathsgut vor.

29. Als viel die Paraphernal-Güter anbelanget, welche die Ehefrau ihrem Mann ausser dem Heyrathsgut zubringet, und sich die Administration darauf ausdrücklich nicht vorbehaltet, hat dieselbe von Zeit der errichteten Ehepacten, oder da hierin keine ausdrückliche Hypotheque bedungen worden, von der Zeit da der Mann das fahrende Gut empfanget, oder da es ligende Gründe gewesen und verkaufet worden, von der Zeit da er den Kaufschilling zu Handen gebracht, ein stillschweigendes Unterpfand absque privilegio praelationis, gehet mithin denen älteren, vel legalem, vel judicialem Hypothecam expressam habenden Gläubigeren deßfalls nicht vor.

Ein gleiches stillschweigendes Unterpfand hat die Ehefrau in des Manns Güteren ob bona receptitia, à Marito consumpta, welche nämlich diejenige seyn, wovon

die Ehefrau das Eigenthum und die Nutznieſſung ſich vorbehalten.

Dahingegen haben die Morgengabe, wie auch diejenige Schanckungen, welche die Frau vor der Ehe, als Braut, von ihrem Bräutigam in Anſehung der künftigen Verehligung erhalten hat, zu Latein Sponsalitiae largitates weder ein Vorzugs-Recht, weder ein ſtillſchweigendes Unterpfand.

30. Betreffend die Widerlage, sive Donationem propter nuptias, iſt ein Unterſcheid zu machen, ob dieſelbe mit dem Heyrathsgut, oder ohne Heyrathsgut, constituirt worden, im erſteren Fall, si cum dote constituta fuerit, et dotem absorbeat, hat ſie dieſelbige Privilegia, welche dem Heyrathsgut verliehen worden, im anderen Fall hingegen, auch da ein ausdrückliches Pactum de lucranda donatione propter nuptias im Mittel iſt, ſtehet derſelben weder eine Hypotheque, weder ein Vorzugs-Recht zu.

31. Eben dieſer Unterſchied iſt in Anſehung Vidualitii zu halten, dergeſtalt, daß, wan ſolches in compensationem dotis illatae constituiret worden, es eben diejenige Privilegia, wie der Dos ſelbſten habe, anſonſten aber, da die Frau nebſt dem Vidualitio ihr eingebrachtes Heyrathsgut zurückfordert, iſt eine Donatio mère gratuita, welche weder ein jus praelationis, weder tacitae hypothecae hat.

32. Es fallet aber auch das denen Ehefrauen zuſtändige Privilegium Dotis in folgenden Fällen weg:

1) wan in loco Domicilii des Schuldneren eine Communio bonorum universalis, oder acquaestuum hergebracht iſt.

2) Wan die Ehefrau zu offenem Kram und Markte ſitzet und neben ihrem Ehemann einen offenen Laden oder offene Markthandlung, Wirthſchaft, Weinſchenk oder ein gemeinſames Gewerbe zu ihrem eigenen Vortheil mitgetrieben und dem Mann nicht bloß zur Hand gegangen und geholfen.

3) Da ſie etwan ſelbſt kündig- oder erweißlicher maßen an des Manns Verderben und Schuldenlaſt durch üble Haushaltung Schuld traget.

4) Wan ſich die Frau in Rechts-behöriger Form entweder als Principal-Schuldnerin mitverſchreibet oder gutſtehet und ſich anbey ihrer weiblichen Freyheiten (nachdem ſie derenſelben genugſam verſtändiget worden) aus

freyen und ungezwungenen Willen begibt, welchenfalls ſie, jedoch nur jenen Creditoren, auszuweichen hat, zu deren Faveur die Renunciation geſchehen iſt.

5) Wan die würckliche Illation des praetendirten Heyrathsgut oder Paraphernal-Rechts nicht erwieſen iſt; wan dieſer Beweis per confessionem Mariti geführet werden will, ſeynd folgende Stück erforderlich: fürs erſtere, daß das Heyrathsgut in denen Pactis Dotalibus vorläufig verſprochen, zweytens der Empfang mittels einer beſonderen Quittung von dem Ehemann beſcheiniget, und drittens durch zehnjährige Cohabitation beſtätiget wird.

6) Wird die Ehefrau, wan nämlich der Ehemann Administrator annonae publicae geweſen, dem debito primipilari nachgeſetzet.

33. Hiernächſt kommt der Fiscus, wo er kraft eines Contracts oder anvertrauter Verwaltung bey jemand etwas zu forderen hat, doch gebühret ihme deßwegen vor denen älteren ſowohl ſtillſchweigend als ausdrücklichen gerichtlichen Hypotheque-Glaubigeren kein Vorgangs-Recht, auſſer in jenen Güteren, welcher der Debitor Fisci erſt nach dem gepflogenen Contract oder übernommener Administration neuerlich acquiriret hat, immaßen er dan hierin dem Heyrathsgut vorgehet.

34. Dafern aber Zweifel obhanden, ob die Güter von dem Schuldner erſt nachhero acquiriret worden? ſo ligt dem Fisco, falls er ſich hierauf gründet, der Beweis auf.

Dieſes Privilegium Fisci in bonis, post contractum acquisitis, erſtrecket ſich nicht ad poenas Fiscales, es competirt ihme aber in Anſehung der fiscaliſchen Strafen à die latae sententiae condemnatoriae eine ſtillſchweigende Hypotheque in des Debitoris Güter, kraft welcher derſelbe allen nachfolgenden eine ausdrückliche oder ſtillſchweigende Hypotheque habenden Glaubigeren vorzuziehen.

35. Mit dem Heyrathsgut hat ein gleiches Vorrecht jeder Creditor, welcher nominatim zur nöthigen Wiederaufbauung, Reparation oder Beſſerung eines Hauſes oder Grunds, Geld oder Bau-Materialien hergeſchoſſen, und wan ſolches würcklich darzu verwendet worden; es erſtrecket ſich aber der Vorzug ſolchenfalls nur auf das verbeſſerte oder erhaltene Gut.

36. Ein gleiches Vorzugs-Recht hat dasjenige, was zu Erkauf- oder Neuerbauung eines Hauſes oder anderen Sache unter alsbaldig- und ausdrücklicher derſelben ge-

richtlich dem Protocollo aggravationum eingetragene Verpfändung dargeſtrecket und verwendet wird; wan aber die Sache nicht in specie, ſondern das Vermögen in genere darum verhypothesirt wird, ſo hat das jus praelationis nicht ſtatt; und eben ſo iſt es, wan die Verpfändung nicht gleich beym Vorſchuß geſchiehet, oder der Vorſchuß allererſt post traditionem des anerkauft- aber würcklich nicht bezahlten Hauſes oder Grunds erfolget.

37. Wan aber die Verpfändung dem Protocollo contractuum nicht inscriniirt; ſo hat der Creditor nur allein den Vorzug vor alle andere Creditores, die nur mit einem auſſergerichtlichen und nicht eingetragenen Hypotheque verſehen ſeynd.

38. Dieſen folgen die Pupillen und Minderjährige, auch diejenige, welche denenſelben gleichgeſchätzet werden, als Kirchen, Hoſpitäler und Communitäten, mit deren Gelderen ein Gut angekauft, maßen dieſelbe in dem, mit ihren Gelderen angekauften Gut nicht nur eine ſtillſchweigende Hypothec, ſondern auch ein Vorzugs-Recht genieſſen, kraft weſſen ſie denen nachfolgenden Creditoren vorgehen; wan aber die Vormünder oder Curatores und Administratores deren Kirchen, Hoſpitäleren oder Gemeinheits-Güteren aus dem Vermögen ihrer Pflegbefohlenen oder Güteren deren Kirchen, Hoſpitäleren und Communitäten ein Gut angekauft, ſo gehöret das Eigenthum des angekauften Gutes denen Pupillen und Minorennen, auch respectivè denen Kirchen, Hoſpitäleren und Communitäten zu, aus welcher Mittel daſſelbe angekauft;

Wie dan auch ein Soldat das Eigenthums-Recht über jenes Guts überkommt, welches mit ſeinem Geld angekauft worden.

Imgleichen erwirbt die Ehefrau das Dominium eines Guts, welches mit ihren Paraphernal-Gelderen angeſchafft worden.

39. Dieſen folgen alljene, welche zwar aus Vorſehung der Rechten des Vorzugs halber keine Freyheit, wohl aber ſich ſelbſt vigilirt und auf des Schuldners Güteren eine dem Protocollo contractuum et aggravationum des Gerichts (allwo die verſchriebene Güter gelegen) eingetragene General- oder Special-Hypotheque und Verſicherung haben, wobey dan zu mercken, daß unter ſolchen mit gerichtlicher Hypotheque verſehenen Glaubigeren die ältere Schuld der jüngeren, hingegen eine Hypotheca

Judicialis einer Extrajudiciali, wan gleich dieſe älter iſt, allezeit vorgehe;

Eine ſolche gerichtlich-inscriniirte Hypotheque hat auch den Vorzug für diejenige Creditores, welchen ſonſten nach den gemeinen Rechten ein Privilegium praelationis competirt, in folgenden Fällen:

1tens: Laut §phi 21. denjenigen, welche in bonis defuncti nur eine auſſer gerichtliche Hypotheque haben und das jus separationis intra quinquennium nicht nachgeſuchet.

2tens: Laut §phi 27. das Erbgeld, woferne der darüber errichtete Contract oder Theilungs-Inſtrument dem gerichtlichen Protocollo nicht inscriniirt ſeyn ſollte.

3) Laut §phi 28 der Dotal-Forderung der Ehefrauen, wan dieſe nicht gleichfalls ihre Ehepacten gerichtlich eintragen laſſen.

4) Laut §phi 30 der Wiederlage, und

5) Laut §phi 31 dem Vidualitio, auch in Fällen wo ſolches den Dotem abſorbiret, falls die ſtipulirte Wiederlage und das Vidualitium nicht gleichfalls dem gerichtlichen Protocollo contractuum inſcriniirt.

6) Laut §phi 37 demjenigen, welcher zu Anerkaufung eines unbeweglichen Guts dem Käuferen Gelder vorgeſtreckt, und ehe und bevor ihm das Gut tradirt worden, oder doch in ipſa traditione ſich eine Hypotheque in dem angekauften Praedio bedungen, wan derſelb dieſe Verſchreibung gerichtlich nicht hat eintragen laſſen;

Uebrigens erlangen die Hypothequen, welche nicht gleich anfänglich auf dieſe Weis errichtet, ſondern nur hernach erſt dem Protocoll einverleibt und von der Obrigkeit beſtättiget ſeynd, ihre Kraft auch erſt von Zeit ſothaner Beſtättigung.

§. 40. Denen Hypothecis Judicialibus expreſſis werden gleich geachtet die decernirt- und nach Vorſchrift der darüber erlaſſener Verordnung realiſirt-, auch praeſcripto tempore reproducirte Pignora praetoria, wie imgleichen die ex judicato geſchehene Immiſſiones.

41. Die Fauſtpfänder gehören ebenfalls in gegenwärtiger Stelle, und zwarn von der Zeit an, daß ſie der Inhaber empfangen zu haben mit ſeinem Eid oder ſonſt beweiſen kann, und ſoll hierinnenfalls die Einantwortung des Pfands ſtatt Siegel, Brief und obrigkeitlicher Errichtung gelten.

42. Derjenige welcher eines flüchtigen Debitoris Güter, die er nämlich mediante fugâ auf die Seite zu bringen im Begriff geſtanden, mit Arreſt belegen laſſen oder ſonſten die Verbringung dieſer Güter mediante legitimâ manûs injectione behindert, fort ſolche in ſalvo erhalten hat, gehet allen Creditoren die mit ihme ein gleiches Recht haben vor, mithin wan dieſer Creditor ein Hypothecarius iſt, hat er den Vorzug vor allen anderen Hypothecariis, iſt er aber ein Chyrographarius, ſo wird er nur denen anderen Chyrographariis, keineswegs aber denen Hypothecariis vorgezogen.

43. In die nämliche Stelle gehören auch die ſtillſchweigende Pfandſchaften, dieſe ſeynd entweder privilegiirt oder ohnprivilegiirt, jene haben zwarn vor denen, obſchon älteren unprivilegiirten ſtillſchweigenden Hypothequen allezeit das jus prälationis, und ſeynd in vorhergehenden Sätzen angeführet worden; die Unprivilegiirte gehören hingegen hiehin, und wird die ältere jedesmalen der jüngeren vorgezogen, welches auch zwiſchen derſelben und denen ausdrücklichen dem Gerichtsbuch eingetragenen Hypothequen alſo zu beobachten iſt, ausgenommen wan dieſe letztere ſo beſchaffen ſeynd, daß ſie nicht in gegenwärtige ſondern in eine von vorhergehenden Stellen gehören. Zum Exempel: ich habe auf Sempronii Vermögen eine ältere gerichtlich-inſcriniirte ausdrückliche Hypotheque als Titia mit ihrem Heyrathsgut, und Cajus hat eine ältere ſtillſchweigende, jedoch unbefreyete Hypotheque als meinige iſt; in dieſem Caſu wäre ich zuerſt, Titia nach mir, und Cajus poſt Titiam zu claſſificiren, dan obzwarn Caji Hypotheque älter iſt als die meinige, ſo kann er doch den Vorzug darum nicht vor mir ſuchen weil ich älter bin als Titia, und fölglichen der Titiae vorgehen muß, der Titiae aber kann er darum nicht vorgezogen werden, weilen die Hypothecae tacitae imprivilegiatae auch denen Privilegiatis ausweichen.

44. Unter die ſtillſchweigende ohnprivilegiirte Hypotheque-Glaubigere gehören nun folgende:

1) Die Kinder in den vätterlichen Güteren ratione bonorum adventitiorum, wan ſolche nicht mehr exiſtiren, von der Zeit an da der Vater die Verwaltung derſelben auf ſich genommen oder zu nehmen gehabt hat.

2) Die Pupillen und Minderjährige in denen Güteren ihres Tutoris, Protutoris und Curatoris.

3) Die Kirchen, Hoſpitäleren, Städte und Communitäten in denen Güteren ihrer Adminiſtratoren.

4) Der Haus-Verpfächter welchem in des Pfächtigeren und Afterpfächters eigenthümlich- und erweisliche Illata, ſo weit ſolche in dem Haus entweder verbleiben oder gebrauchet werden ſollen, von Zeit des getroffenen Pfachts, um alles was in Kraft deſſen immer zu leiſten ſeyn mag, ſtillſchweigend verpfändet.

5) Ein Locator Praedii ruſtici in denen von dem Pfächtiger würcklich eingebrachten und noch in natura vorhandenen Guts-Früchten wegen des rückſtändigen Pfachtſchillings, von dem Recht des Gutsherrn wegen ſeiner grundherrlicher Forderungen iſt hieroben Vorſehung geſchehen.

6) Ex aequitate der Handwercksmann wegen des ihme gebührenden Lohns in dem Gut woran er Hand angelegt, und in weſſen Anſehung er das jus retentionis hat.

7) Die Legatarii, Fideicommiſſarii particulares, auch mortis causâ Donatarii in den Güteren des Erblaſſers und reſp. Donatoris, oder von Zeit deſſen Abſterben und deſſen was ihnen in dem letzten Willen deſſelben oder per Donationem mortis causâ verſchaffet worden, womit jedoch dieſelbe in concurſu allen Creditoribus, ſowohl Chyrographariis als Hypothecariis des Defuncti nachſtehen müſſen.

8) Die Ehefrau wegen eingebrachten Paraphernalien und Receptitien in den Güteren ihres Ehemanns, wie hieroben §. 29 beſchrieben, und wie es mit der Wiederlage zu halten iſt gleichfalls oben in §pho 30 angewieſen.

9) Der Fiſcus in jenen Güteren, welche der Debitor ante contractum Fiſcalem poſſedirt.

10) Diejenige welche aus einem gewiſſen Grundſtück ohnablösliche Jahrs-Rhenten, Zinſen, Zehnten oder Canones zu erheben haben, weſſentwegen der Bezug ad §. 26 genommen wird.

11) Derjenige welchem aus einem gewiſſen Grundgut die Alimenta gebühren, hat eine ſtillſchweigende Hypotheque in dieſem Praedio.

12) Die Kinder genieſſen eine ſtillſchweigende Hypotheque in den Güteren ihres Stiefvaters, wan ihre Mutter, ehe und bevor ſelbe den Kinderen Vormünder beſtellen laſſen und Rechnung abgelegt, zur zweyten Ehe geſchritten.

13) Gleichfalls haben die Kinder eine ſtillſchweigende Hypotheque in ihres Vater oder Mutter Güter, welche

zur zweyten Ehe geſchritten von wegen derjenigen Güteren wovon ſelbe das Eigenthum ceu proprietatem ob ſecundas nuptias verlohren, und nur den uſum fructum behalten.

14) Der Ehemann in den Güteren ſeines Schwiegervatteren oder eines anderen, welcher ihm einen Dotem verſprochen und nicht bezahlet, oder auch wegen eines Heyrathsguts, welches zwar dem Ehemann tradirt, gleichwohl à tertio evincirt worden.

45. Denen ſtillſchweigenden Hypothequen folgen diejenige Creditores, welche ſich nicht zwarn durch ein gerichtliches ſondern anderes Instrumentum publicum eine Special- oder General-Hypotheque ausbedungen haben, immaßen dieſe den Glaubigeren, welchen nur per Inſtrumentum privatum ein Unterpfand beſtellet worden, vorgehen.

46. Dieſen Creditoribus Hypothecariis folgen jene Glaubigere, welche zwarn kein Unterpfand, gleichwohl aber vor anderen gemeinen unbefreyeten Current-Poſten die Freyheit des Vorzugs, zu Latein Privilegium perſonale ſimplex haben, nämlich

1) das hintergelegte oder deponirte Gut, welches nicht mehr in naturâ et ſpecie vorhanden iſt, es wäre dan, daß ſich der Deponent Zinſen ſtipuliret hätte, weilen es alsdan nicht ſowohl ein Depoſitum als mutuum iſt.

2) Diejenige welchen aus einem gewiſſen nicht Taxationis ſondern Demonſtrationis causâ benannten Grund die Alimenta verſprochen worden.

3) Jene, welche zu Erkaufung eines unbeweglichen Guts ohne Pfand-Verſchreibung Geld vorgeſtrecket, ſo erweislich dahin verwendet worden, imgleichen der Verkäufer ſolchen Guts wegen des Nachſtands ſeines Kauf-Pretii, wan er mit keiner Hypotheque verſehen.

4) Diejenige welche ohne Stipulation einiger Zinſen dem verganthetén Schuldner Gelder geliehen.

5) Die auf ſich ſelbſt ohne Hypotheque gegebene Wechſelbrief.

6) Doctores, Apothequer und Chyrurgi wegen der Ordination, Viſiten und Arzneyen, welche außer der letzteren Kranckheit Behuf des Defuncti und deſſen Frau und Kinder gehohlet worden; Item Advokaten, Notarien und Informatores ihrer verdienter Bezahlung halber, ferner das Lehrgeld ſo bey Handwerckeren verdienet wird.

7) Diejenige welche wider den Schuldner bey deſſen behöriger Obrigkeit bereits vor angefangenem Concurs um ihre Schuld-Forderung nicht nur geklaget ſondern auch einen Arreſt darüber erhalten haben.

Es werden aber dieſe Creditores, Privilegium perſonale ſimplex habentes, in concurſu nicht dem Alter ſondern der Freyheit nach judicirt, und unter gleich privilegiirten von einerley Gattung die Austheilung pro rata gemacht.

47. Endlich folgen all jene Glaubiger, welchen zwarn ihrer Schuldſprüchen halber in puncto legitimationis keine rechtliche Ausſtellung gemacht wird, gleichwohl aber weder eine Hypotheque noch Privilegium perſonale in des Schuldners Güteren gebühret und dahero gemeinen, current Glaubigere oder Chyrographarii genennt, und erſt nach denen in obigen §phis benennten Creditoribus von dem überbleibenden Vermögen, nicht nach dem Alter ihrer Forderung ſondern pro rata bezahlt werden, jedoch dergeſtalt, daß jene, welche nur ex cauſa merè lucrativa kommen, allen anderen ex titulo oneroſo herrührenden Schuldpoſten nachſtehen müſſen, und bis dieſe letztere befriediget ſeynd nicht zur Zahlung gelangen mögen.

48. Ein jeder Pfand-Glaubiger hat das Recht, den älteren oder vorgehenden Pfand-Glaubigeren mit baar Geld völlig zu entrichten und da er ſolches nicht annehmen will, das Geld gerichtlich zu deponiren, welchenfalls jener ipſo facto für entrichtet zu halten iſt und der andere gleich ohne weitere Geding in deſſen Stelle, Unterpfand, Freyheit und Rechten eintritt; wan aber ein Glaubiger von einem extraneo, welcher kein Mitglaubiger oder wenigſtens kein Hypothecarius iſt, entrichtet werden will, ſo iſt jener ſolches anzunehmen nicht ſchuldig, oder da er es annimmt und ſich gutwillig von ihme entrichten laſſet, ſo tritt doch ſolcher deßwegen in ſeine Stelle nicht ein, er habe ſich dan nicht nur das Unterpfands-Recht, ſondern auch daß er in die nämliche Stelle und Freyheit eintretten ſolle, ausdrücklich von ihme bedungen.

49. Mit der Appellation in Concurs-Sachen ſoll es zwarn wie mit anderen Appellations-Sachen gehalten werden, der Appellant aber die pro conſcriptione et praeſentatione actorum in Judicio appellatorio, auch ſonſt erforderliche Köſten ex propriis zu beſtreiten ſchuldig ſeyn, und auf Anſtehen des Curatoris zu Beyſchaffung dieſer Köſten executive angehalten, niemalen aber dieſelbe

ex Massâ concursûs genommen werden; Es ſoll ſich auch der effectus suspensivus hierinnen niemalen weiter, als auf jene Puncten, worüber in specie appellirt worden, oder was mittels unzertrennlichen Conſequenz davon abhanget, erſtrecken; Und obzwarn die von einem Glaubiger eingewendete Appellation auch anderen Mitglaubigeren, ſo weit ſie die nämliche causam gravaminis für ſich haben, zu Gute kommen, ſo ſoll doch der Appellant ſich des etwa in Appellatorio erhaltenen obſieglichen Urtheils nur allein gegen den appellatiſchen Theil, niemalen aber gegen andere Mitglaubigere zu erfreuen, mithin unter dieſem Vorwand den Vorzug vor ihnen nicht zu ſuchen haben.

50. Die Restitutionem in integrum betreffend iſt hauptſächlich dahin zu ſehen, ob die Maſſa unter den Glaubigeren ſchon diſtribuirt und vertheilet, oder dieſesfalls noch res integra ſeye? erſterenfalls hat die Reſtitution weder ex capite minorennitatis, noch instrumentorum, noviter repertorum, oder anderem Vorwand gegen jene Creditoren, welche das Ihrige in Conformität der Prioritäts-Urtheil ſchon rechtmäßiger Weis empfangen haben, wie nicht weniger gegen die bereits geſchehene Verganthung kein Platz, letzterenfalls aber iſt das Reſtitutions-Geſuch nach Vorſchrift der gemeinen Rechten zu behandelen.

51. Es iſt aber bereits angezeiget, daß, ſobald der Concurſus eröffnet, die Subhaſtation der Güter vor ſich gehen, falls aber ſich darzu keine Käufer vorfinden oder der Richter es für nützlich erachtete, daß die ohnbewegliche rhentbare Güter entweder durch den Curatorem bonorum adminiſtriret, oder verpfachtet werden ſollen; wobey dan dieſes noch zu bemerken, daß das Praedium subhastandum denen Licitatoribus niemalen zugeſchlagen werden ſolle, wann ſie nicht ultra dimidium aestimati gebotten haben, und falls ſich ſodan kein Käufer vorfinden würde, der Creditor gehalten ſeyn ſolle, das Praedium pro aestimato anzunehmen, es ſeye dan das der Creditor erweiſen könnte, das Gut über ſeinen Werth durch die Taratores geſchätzet worden zu ſeyn, als auf welchen Fall die Schätzere ſelbiges für die angeſchlagene Werthſchaft anzunehmen und zu behalten ſchuldig ſeyn ſollen.

52. Dafern aber des Debitoris Güter mit dem nexu feudali, aut fidei commissi beſtricket, ſo wären die Creditores juxta ordinem sententiae classificatoriae, quo ad effectum fruendi, in die Lehn- oder Fideicommiss-Güter ſo lang zu immittiren, bis entweder ihre Forde-

rung getilgt, oder der Vasal mit seinen Descendenten verstorben, maßen auf diesen Fall das Lehn dem Domino directo eröffnet und heimgefallen; falls aber der Dominus directus in aggravationem feudi consentirt, so kann auch das Lehngut selbsten, jedoch mit Beybehaltung der Lehns-Qualität und nach vorhero eingehohltem Consensu Domini directi, und des Ends zahlten Lehn-Gebührnüssen zur Distraction gezogen werden, wobei der Letztbietender jedoch allezeit dem Domino directo nahmhaft gemacht, und von diesem die Ratification eingehohlet werden solle, wie dan auch die Fideicommissa, sobald der nexus fideicommissi aufhöret, distrahirt werden mögen.

53. Das Beneficium competentiae, kraft wessen dem Debitori nicht auf das gesammte Vermögen exequirt, sondern zu seiner Lebens-Nothdurft und Alimentation etwas übrig gelassen werden soll, gebühret

1) fürnehmlich leiblichen Kinderen und Elteren, Geschwisteren, Eheleuten, Associirten, Verschwägerten sowohl in auf- als absteigender und Seiten-Linie ersten Grads, deßgleichen denen von Adel und sonsten in ansehentlichen Würden stehender Personen, nicht minder approbirten Gemeinden und formirten Corporibus, endlich all jenen, welche von bloser Schanckungs wegen belanget werden;

Das Quantum competentiae hanget

2) lediglich von den Umständen und hiernach einzurichtenden Obrigkeitlichen Gutbefinden ab, wobey nicht nur der Stand, das Alter und Vermögen des Schuldners nebst der Anzahl seiner Familie, auch ob er nicht seine Unvermögenheit selbst einigermaßen verschuldet habe, sondern zugleich die Dürftigkeit des Creditoris, die Qualität der Schuld-Forderung und was nach Abzug der Competenz zur Bezahlung noch übrig bleibet, und dergleichen betrachtet, mithin das Privilegium nicht über die Gebühr ausgedähnet, sondern so viel immer möglich eingeschränket, und hierunter jederzeit mehr dem Glaubiger als dem Schuldner zum Besten gehandlet werde.

In Concursu Creditorum ist

3) das Quantum competentiae zwarn allezeit mit vorläufiger Vernehmung der Glaubiger, jedoch ohne Verstattung eines weitwendigen Schriftwechsels zu reguliren, und soll er vor desselben Regulirung nicht aus der Possession seiner Güter gesetzet werden, es seye dan, daß er nicht erscheine oder sonst gefliſſentlich das regulativum competentiae behinderte, welchenfalls das Quantum pro-

visionaliter zu bestimmen und mit der Execution zu verfahren ist; Im übrigen erstrecket sich

4) das Beneficium competentiae weder auf des Schuldners Erben, noch Nachkommen oder Bürgen, sondern nur auf seine Person, und erlöschet von selbst wiederum wan er so weit zu Kräften kommt, daß er das ganze bezahlen kann.

Damit nun auch bey denen Untergerichteren wegen denen zu etwa daselbst angehobenen Discussions-Sachen, ex subhastatis, ob sonsten eingehender Depositorum es seine Richtigkeit und Sicherheit gewinne; So wollen Wir und befehlen hiemit

54. das bey einem jeden Gericht ein Archivium oder Schrancken, worinnen die deponirende Gelder gelegt werden sollen, gemacht, in des Richters Haus gesetzet und darzu drey verschiedene Schlüsselen verfertiget werden, wovon der Richter einen, der älteste Gerichts-Assessor den anderen und der Gerichtschreiber den dritten in Verwahr haben solle, damit wan einige Gelder zu deponiren oder zu subleviren, solche Deposition oder Sublevation nicht anders, dan in deren dreyer Gegenwart geschehe.

Gleichwie nun obiges alles in denen künftig erhebenden Discussions-Processen gehorsamst und litterlich eingefolgt werden soll; So lassen Wir hingegen, in Ansehung deren in gegenwärtiger Verordnung specialiter nicht ausgedruckter Casuum, es bey denen gemeinen beschriebenen Rechten bewenden; Befehlen demnach und letztlichen Unseren Landdrost, Officialen und Räthen in Westphalen, fort allen Unter-Richteren, Bürgermeister und Rath in Städt- und Freyheiten, Advocaten und Gerichtschreiberen, auch sonst männiglichen hiemit gnädigst und ernst-gemessenst, nach Maßgab dieser Verordnung sich in allem gehorsamst zu achten und dawider bey Straf Unserer höchsten Ungnade nicht zu handelen, noch, daß dagegen gehandlet werde, zu gestatten.

Formula Juramenti, welches bey Anfang der Discussion über die eingebrachte Designation bonorum et onerum und sonsten ausgeschworen werden solle.

Ich schwöre einen Eid zu Gott und auf das heilige Evangelium, daß ich glaube und nicht anderster wisse, als daß der Inhalt Namens meiner pro instituendo Discussionis Processu et decernendis Citationibus Edictalibus präsentirter, mir eben vorgelesener Supplic wahr seye

und alſo nöthig habe den Proceſſum Diſcuſſionis anzuführen, ich auch ein ſolches nicht aus böſer Meynung, noch aus Gefährde, weniger um meine Glaubigere oder deren ein oder mehr herumzutreiben oder einiger Geſtalt zu verkürzen, oder um die Zahlung ſeiner rechtlichen Forderung ganz oder zum Theil zu bringen, oder um dieſelbe Zahlung boshaft weiter auszuſtellen, oder um mich länger als Rechtens iſt bey dem Genuß der Güter zu erhalten und deren Früchten meinen Glaubigeren oder deren einem oder mehr zu präripiiren, oder ihnen im ganzen oder zum Theil das leere Nachſehen zu laſſen, thue und begehre, ſondern daß ich den Diſcuſſions-Prozeß nach allen meinen Vermögen auf das ſchleunigſte fortſetzen, befürderen und zum Ende zu bringen nichts unterlaſſen werde, alles getreulich und ohngefehrlich, wie ich dan auch mit eben demſelben Eid erhalte, daß ich zu Einrichtung obgemeldter Supplic angelagter und mir vorgeleſener auch wohl verſtandener Deſignation bonorum et onerum allen mir möglichen Fleiß und Vorbedacht angewendet habe, und dahero glaube und nicht anderſter wiſſe als das gedachte Deſignation richtig, vollſtändig, und nichts daraus vorſetzlich oder aus Nachläßigkeit oder aus Bosheit oder unter einem oder anderen Vorwand oder Schein, wan ſchon derſelbe futurorum neceſſariorum alimentorum wäre, ausgelaſſen oder verſchwiegen ſeye, ich auch keine andere mehr Gütere, wie ſie Namen haben können, verborgen hätte, oder um zu verbergen anderen gelanget oder zu ſich zu nehmen verſtattet, oder ſonſt zum Nachtheil der Glaubigeren verſchoncken oder verkauft oder verbracht habe, auch nicht wiſſe, daß annoch mehr mir zuſtändige oder über eine Zeit wieder heimfallende oder nur wieder werdende Güter als oblauts ſpecificirt, bey anderen obhanden ſeyn; endlich auch, daß bey währender Aeuſſerung ich durch mich ſelbſt oder die meinige, oder andere keine von obgemeldter maßen deſignirten Güteren verbringen, veräußeren, verderben oder verſchlimmeren wolle, alles obige, ſo wahr mir Gott helfe und ſein heiliges Wort.

---

682. Bonn den 2. October 1773.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfſt.

Bei den im weſtrheiniſchen Erzſtifte, durch Nichtbeachtung der in der Jagd- und Buſch-Ordnung de 1759

(Nr. 564 d. S.) §§. 87 bis 92 enthaltenen Vorschriften, vielfach entstandenen Wald-Bränden, werden fernere, die Verhütung und die Löschung der Letztern betreffende, Bestimmungen publicirt und die westrheinischen Lokalbehörden zu deren strengsten Handhabung angewiesen.

---

683. Bonn den 9. März 1774.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Nachdemahlen bey Uns von Seiten Deputirten Unserer treugehorsamster Vestischen Ritterschaft die unterthänigste Anzeige geschehen, was maßen im Vest die Bäche, Flüsse und Zuggräben mit Schlam, Sand, Holz und derley Unreinigkeiten durch Lange der Zeit solchergestalt zugewachsen und veruntiefet seyen, daß die an den Bächen liegende Wiesen und Weidegründe nicht gehörig abgenutzt, die Aecker bey feuchten Jahren für Verwässerung nicht gesichert noch vom Wasser entledigt werden könnten, mit unterthänigster Bitte, in mildester Rücksicht des daher bey nassen Jahrszeiten sowohl dem besonderen Eigenthümern sothaner Gründen, als auch den gesammten Gemeinden welche dadurch ihre Gründe und Länderey gehörig zu bestellen und abzunutzen behindert würden, zuwachsenden merklichen Schadens, hierunter vermittels einer heilsamen Polizey-Ordnung zum gemeinen Besten die erfoderliche Vorsehung zu thun; Daß Wir dahero mildest bewogen worden, sothaner gerechten Bitte huldreicheſt Statt zu geben, allermaßen Wir dann Kraft dieses gnädigst befehlen:

1. daß alle Flüsse und Bäche die gar zu sehr verschlamt, veruntieft und zugewachsen sind, durch ganze Gemeinheiten und Kirchspiele derer Eingesessene daran einige Gründe liegen haben, oder welchen durch Raumung solcher Flüssen und Bächen eine Abwässerung der Gründen verschafft werden kann, wie auch derer gemeine Weiden und Trifften sich an solche Bäche und Flüsse erstrecken, gereinigt, geraumet, erweitert und vertiefet, und wohe

2. diese Raumung nicht zum Besten der Schatzpflichtigen sondern auch der Befreyeten geschiehet, diese darzu mit beytragen, mithin

3. im Fall sothane Arbeit unter die Bauerschaften und gar noch enger, und die mitbeytragende Betheiligte repartirt werden kann, alsdann solches, damit ein jeder

die ihme zugetheilte Arbeit desto geschwinder zu verrichten und zu vollenden ermuntert werde, befördert, dafern solches aber füglich nicht geschehen könnte, in diesem Fall die Arbeit unter gewissen, zu bestellenden Aufsichteren verrichtet, mithin, wann

4. die Ausraum-, Erbreit- und Vertiefung der Flüße, Bäche und Zuggräben einmal gehörig geschehen, alsdann in Zukunft selbige in ihrer Breite und Tiefe von den Eigenthümern der daran schiessenden Gründen ohne Unterscheid, ob solche frey oder Schatzpflichtig, durch erforderliche Ausraum- und Reinigung unterhalten, und zu dem Ende nach geschehener Raumung die Breite und Tiefe bestimmt und solches zur künftigen Richtschnur genommen, hingegen

5. die geringere Feldbäche so von den Eigenthümern der daranschiessenden Gründen ohne großem Beschwer geraumt werden können, fort an den Zuggräben zwischen Privat-Gründen von derer Eigenthümern, in Heiden und gemeinen Feldern aber von den darinn Betheiligten, Befreyt- oder Unbefreyten, sothane Raumung verrichtet werden solle; und damit nun dieses alles gehörend bewerckstelliget werde, verordnen Wir hiemit gnädigst, daß

6. wo es nöthig, vermittels eines darzu auszuersehenden Ingenieurs, ob sonst eines andern Werkverständigen durch ordentliche Abpfählung die Tiefe und Breite solcher Bächen bestimmt, mithin jährlichs in den Monaten May und September untersucht werden solle, ob die schuldige Raumung gehörend verfügt worden, und dahe sich dann hiebey ergeben würde, daß solches nicht geziemend geschehen, alsdann die Saumige in eine Straf von ein Gldg., die darunter saumhafte Gemeinden Vorstehere aber, dafern sie die begangene Nachläßigkeit den ersteren nicht in Zeiten angekündiget, in zwey Gldg. neben den Besichtigungs-Kösten fällig ertheilt, anbey sofort ein neuer Terminus zur Ausraumung bey doppelter Straf anberaumt, die also verwürckte Brüchten aber von Unserem Statthalteren im Vest, Executions-Ordnungsmäßig beygetrieben und solche zur etwahigen Erleichterung der dieser Abwässerung halber erfoderlichen Kösten verwendet und darüber ein ordentliches Protocoll geführt werden solle. Gleichwie nun annebens

7. höchstnöthig seyn will, daß bey vorgehender sothanen Besichtigung auf das schädliche Kribben besonders wohl Acht gehalten werde; also wird auch jedermann hie-

mit ausdrücklich verbothen, in den kleinen Flüß- und Bächen einige herausstehende sogenannte Kopf-Kribben anzulegen, immaßen daselbst ein jeder selbst bekannter Dingen seine Ufer mit Zaun-Kribben zu befestigen vermag, wohingegen aber an großen Flüssen dem Eigenthümeren des abbrechenden Ufers zwarn frey belassen wird, sogenannte Kopf-Kribben jedoch in solchem Direktions-Winckel anzulegen, daß dadurch dem anderseitigen Ufer kein Schade zugefüget werde; und dahe es zur vollkommenen Erreichung obigen so nützlichen Endzwecks besonders nöthig seyn will, daß die Ländereyen durch Ausraumung der Hecken, wie auch, wo es erforderlich ist, durch Anlegung besonderer Abwässerungs-Gräben abgetrocknet, mithin das Wasser in die Flüsse und Bäche abgeleitet werde; So befehlen Wir ferner gnädigst hiemit

8. daß jetztgedachte Hecken-Gräben von den Grund-Eigenthümern allenthalben, wo es gleicherwehnter maßen nöthig, hinreichend ausgeraumt werden sollen; Weilen nun auch oftmalen hiedurch die Abwässerung aus der Ursach nicht ganz vollkommen zu Stande gebracht werden mag, weil zwischen dem abzuwässerendem Grunde und der Bäche oder anderem Abfluß, Privat-Gründe gelegen, wovon die Eigenthümere die Durchleitung des Wassers nicht gestatten wollen, es auch bey vielen einem Privaten zu schwer fällt, die nöthige neue Abzugs-Gräben allein zu verfertigen; So wollen Wir und befehlen hiemit weiter gnädigst, daß

9. dafern es die Noth erheische, einen neuen Abzugs- oder Wasser-Leitungs-Graben von den abzutrucknenden Gründen, Feldern, Gehölzen oder Broichen durch eine gemeine Heide oder durch gemeine Broiche zu führen, alsdann demjenigen, welcher sothane Ableitung zu seinem Nutzen verlanget, freystehen solle, diesen Graben durch die gemeine Heyde oder Broiche, jedoch auf seine eigene Kösten zu führen, wobey aber auch derselb, falls es nöthig erachtet wird, hin und wieder Brücken oder Uebergänge für das Viehe, weniger nicht zur Communication unumgänglich nöthiger Wegen ebenfalls auf seine Kösten anzulegen gehalten ist; Würde aber auch die Gemeinde, wodurch jetzt gemeldeter Zuggraben geführt werden will, davon selbst einen mercklichen Nutzen schöpfen, solle auch selbige zu dessen Anlegung, der Billigkeit gemäß, mit beyzutragen schuldig seyn;

Damit nun auch gegenwärtiges gemeinnützige Werck durch ungegründete oder nur auf bloſe Weitläuftigkeiten abzielende Proteſtationen nicht aufgehalten werde, ſollen im Fall nämlich der- oder diejenigen, ſo die Durchführung gedachten Communications-Grabens nöthig erachten, zur Entſchädigung ſich erbieten, und dieſerthalb Sicherheit ſtellen wollen, gegen dieſelben keine gerichtliche Befehle Statt finden, ſondern die beedſeitige Beweggründe ſummarié unterſucht, und wohe die Sache in der Güte nicht vermittelt werden könnte, zu hieſig-Unſerem Hof- und Regierungs-Rath gehorſamſt einberichtet, und von da aus, ob gegen zu ſtellende Caution darunter fortzufahren, die Anweiſung eingeholt werden. Und wie dann

10. ſich öfters zuträgt, daß durch Ziehung ſolcher Abwäſſerungs-Gräben einer ganzen Feldmarck oder aber einer ganzen Baurſchaft, ja öfters ein- oder mehreren Kirchſpielen Nutzen geſchafft, oder auch wohl ganze Broiche urbar gemacht werden können; Als ſollen ſothanen Falls all diejenige, welche darab mittel- oder unmittelbar Nutzen haben, ohne Unterſcheid und Ausnahm, zu ſolcher Arbeit und den etwa erfoderlichen Koſten mit beyzutragen, angehalten werden.

11. Solle hiebey nicht minder Acht gehalten werden, daß nicht nur die Gräben an den Landſtraßen und Wegen in gehöriger Tiefe und Breite gehalten, ſondern auch ſelbigen der Abzug und Abfluß verſchafft werde. Gleichwie nun

12. aufs mindeſte alle Viertel Jahre Beſichtigungen gehalten und beſonders dahin Sorge getragen werden muß, daß die vorgeſchriebene Ausraumungen geſchehen; Alſo ſollen zu dieſem Ende in jedem Kirchſpiel, Vorſtehere oder ſonſtig- darzu am tauglichſten befindende Leute auserſehen und angeordnet werden, welche über den jedesmaligen Befund ſowohl als auch darüber, wie ein- und anderes in dieſem Stück etwa zu verbeſſeren ſeye? denjenigen von Unſerm Statthalteren und Ritterſchaft in unterthänigſten Vorſchlag zu bringen ſeyenden Directoren, welchem Wir die Ober-Aufſicht dieſes ſo allgemein nützlich- als höchſtnöthigen Abwäſſerungs-Geſchäfts beſonders gnädigſt auftragen und anvertrauen werden, allemal den pflichtmäßigen Bericht zu erſtatten haben, welche letztere dann hierunter de plano verfahren, auch die Saumſelige zur ſtracklichen Befolgung gegenwärtiger Unſeren gnädigſten Verordnung anhalten ſollen. Und dahe

13. Unseren dasig-treugehorsamsten Unterthanen hiebey verschiedentlich dadurch ein großer Schade zugefügt wird, daß die Mühlere an den Wassermühlen das Wasser gar zu hoch halten und bey starckem Regenwetter die Schutten nicht zeitig gnug aufziehen, so solle mit Zuziehung der Mühlen-Innhabern und Berufung der dabey Betheiligten inner drey Monaten nach Verkündung dieses, ein sicheres, den an den Flüssen und Bächen liegenden Gründen unschädliches Ziel gesetzt, auch, wo es nöthig, ein Neben-Ueberfall und Umfluß des Endes gemacht werden, um die Gründe so viel möglich dadurch von der Ueberschwemmung zu versichern. Dann solle

14. auf die Müllere genauest Acht gehalten werden, mithin derjenige von ihnen, so sich an dem gesetzten Ziel nicht halten oder über die Schutten, welche eigentlich nicht höher als das Ziel seyn müssen, Aufsätze brauchen, solche etwa auch nur in der Mühle oder zu Hause haben würde (als welches schon für ein hinreichendes Zeichen des Unterschleifes zu achten ist) in eine Strafe von funfzehn Rthlr. (wovon der Angeber einen Drittheil mit Verschweigung seines Namens zu genieſſen haben solle) würcklich fällig erklärt werden.

Damit nun auch niemand mit der Unwissenheit gegenwärtiger gnädigsten Verordnung sich füglich entschuldigen möge; So befehlen Wir Unserm Statthalteren im Vest Recklinghausen hiemit gnädigst, dieselbige all gehöriger Orten öffentlich verkünden zu lassen, mithin zugleich bestens daran zu seyn, damit derselben Innhalt strackligst befolget und gegen die dawider Frevelende nach Maßgab der darinnen enthaltenen Strafen unruckſichtlich verfahren werde.

---

684. Bonn den 18. März 1774.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Die im rheinischen Erzstifte in Nichtachtung gerathene, in der Jagd- und Busch-Ordnung bereits enthaltene und die Verhütung von Forst- und Feld-Frevel bezweckende Bestimmung, daß neue Häuser nur auf alte Sohlstätten erbauet werden dürfen, wird dahin erneuert, daß nur mit landesherrlicher oder unterherrlicher Erlaubniß und in diesem Fall nur zufolge amtlicher Anweisung des Bauplatzes, neue Häuser auf bisher nicht bebaueten Gründen

vereinzelt und zwar nur dergestalt erbaut werden dürfen, daß die Ausgänge derselben sich nicht gegen die Büsche oder Felder, sondern auf die Straßen öffnen.

685. Bonn den 18. März 1774.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Zur Deklaration der Rechts-Ordnung (§. 5 Tit. 1), rücksichtlich der den Pastoren zugestandenen Befugniß zur gültigen Aufnahme von Testamenten, wird festgesetzt, daß nur vor den wirklichen Pfarrern und jenen Geistlichen, welchen die Haupt-Seelsorge anvertraut ist, und zwar nur in dem Bezirke derjenigen Pfarre, welcher sie vorgesetzt sind, Testamente gültig errichtet werden können; den Pfarrkaplänen, Vikarien, Benefiziaten und sonstigen Geistlichen wird die fernere Einmischung in dergleichen Geschäfte bei Strafe des Ersatzes des dadurch veranlaßten Schadens ꝛc. verboten.

686. Bonn den 28. März 1774.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Mit Bezug auf die in der erzstiftkölnischen Rechts-Ordnung §. 5. Tit. 2. enthaltenen Bestimmungen wird erweiternd und ausführlich festgesetzt, wie und bis zu welchem Maße die in geistliche Orden eintretenden Unterthanen fernerhin ausgesteuert, und deren Nachlassenschaften geerbet werden sollen.

687. Bonn den 30. April 1774.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Publikation einer Tax-Ordnung für das Vest Recklinghausen, wodurch die von den dortigen Gerichten, Gerichtschreibern, Advokaten und Prokuratoren, so wie von der vestischen Statthalterei in judicial und extrajudicial Sachen zu erhebenden Gebührensätze ausführlich bestimmt werden.

Bemerk. Am 31. Januar 1777 ist auf den Antrag der Gerichts-Prokuratoren im Vest Recklinghausen die obige Taxordnung in einigen Gebühren-Sätzen erhöhet worden.

688. Bonn den 17. Mai 1774.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Die dem landesherrlichen Mühlenzwang unterworfenen und demselben sich entziehenden Unterthanen sollen im Betretungsfall mit Confiskation der Früchte oder des Mehles, die später entdeckt werdenden Contravenienten aber mit 10 Gldg. Brüchte bestraft werden.

---

689. Bonn den 4. Juli 1774.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Die den zum Landtage aufgeschwornen Grafen und Ritterbürtigen des rheinischen Erzstiftes nach dem Erblandes-Vergleich zustehende Landzoll-Freiheit soll nur auf den Grund ihrer ausgestellten, das Fuhrwerk und die darauf geladenen Sachen nach Quantität und Qualität speziell bezeichnenden Certifikate von den Zollempfängern gestattet werden.

---

690. Bonn den 30. August 1774.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Die zuletzt am 27. Januar 1770 (Nr. 384 d. S.) in Betreff der stadtkölnischen Handwerker und Kaufleute ergangene Verordnung wird zur strengsten Beachtung erneuert, und ausserdem auch die Einführung der in der Stadt Cöln gegerbten Häute und der daselbst verfertigten Fässer ins rheinische Erzstift, bei Confiskations- und Brüchtenstrafe, verboten.

---

691. Bonn den 2. September 1774.

Churfürstl. Statthalter.

Obgleich Wir auf unterthänigstes Anstehen Unserer treugehorsamsten Landständen Rheinischen Erzstifts bereits unterm 12. May 1767 (Nr. 631 d. S.) über verschiedene aus der Erzstiftischer Rechts- und Lands-Ordnung sich geäußerte zweifelhafte Fälle eine Landsherrliche Erläuterung zu ertheilen, solche anbey zu jedermanns Wissenschaft zum

öffentlichen Druck beförderen zu laſſen, Uns mildeſt bewogen gefunden, ſofort nach Maßgab deſſelben unter anderen über jene ad §. 3. Tit. 8. obbeſagter Rechts- und Lands-Ordnung vorgekommene Frag: Ob die darinnen bey aufgelöſter Ehe ohne daraus erzielten Kinderen zu Errichtung eines Inventarii unter Verluſt der Leibzucht anbeſtimmte Friſt von drey Monaten, vom Tag des gebrochenen Ehebettes ohne fernere Anmahnung zu rechnen ſeye, oder aber darüber eine beſondere Geſinnung von denen Erben zu thuen, und von Zeit, daß dieſe geſchehen, die drey monatliche Friſt anerſt zu laufen anfange? Unſere Landsherrliche hier nochmals anfügende Erläuterung folgender maßen gnädigſt ertheilet haben: — Wollen Wir daß die hier beſtimmte drey monatliche Friſt gleich vom Tag des gebrochenen Ehebettes bey Verluſt der Leibzucht zu rechnen ſeye, und zwar ohne Unterſcheid ob darüber einige Geſinnung oder Interpellation von denen Erben geſchehen ſeye oder nicht. — So haben Wir deme ohnerachtet zeithero verſchiedentlich zu vernehmen gehabt, daß dieſer Unſerer Landsfürſtlicher Erklärung öfters nicht nachgelebet worden, mithin daraus ſchwere und ſchädliche Rechts-Strittigkeiten entſtanden ſeyen;

Gleichwie aber Unſere Fürſt-vätterliche Vorſorge immer dahin abzwecket, um dergleichen nachtheiligem Unweſen beſt-möglichſt zu ſteuren; So haben Wir Behuf deſſen gnädigſt nicht entſtehen mögen, obgemeldete Unſere vorhin ſchon mildeſt ertheilte Erläuterung anhero zu erholen und zugleich die Befolgung derſelben ſowohl all- und jeden Unſeren Unterhanen Rheiniſchen Erzſtifts und Veſtes Recklinghauſen, als auch Unſeren Churfürſtlichen Gerichteren hiemit ſo gnädigſt als gemeſſenſt zu befehlen;

Da Uns ſofort ferner unterthänigſt iſt vorgebracht worden, daß ebenfalls annoch ein zu manchen Rechtsſtreit den Anlaß gebender Zweifel vorwaltet, ob in dem Fall, da bey aufgelöſeter Ehe von dem verſtorbenen Ehegatten ein- oder mehrere Kinder aus voriger Ehe, zugleich aber auch ein oder andere Kinder aus letzterer Ehe nach ſich im Leben gelaſſen werden, alsdan das Letztlebende, welches alſo in Rückſicht deren zuerſt gemeldten Kinderen Stiefvatter oder Stiefmutter iſt, in Betreff deren von dem verſtorbenen Ehegatten eigenthümlich beſeſſenen eingebrachten und reſpective in voriger Ehe erworbenen Güteren, innerhalb drey Monaten Zeit nach gebrochenem Ehebett, ein Inventarium bey Verluſt der Leibzucht zu errichten

ſchuldig, oder dazu anerſt im Fall einer weiterer Verheyrathung verbunden, mithin in obbemeldter Ereignüs der §. 6. Tit. 8. Statut. oder der in nämlichem Titel vorſtehender §. 3. einſchlägig und zu befolgen ſeye; So verordnen und befehlen Wir kraft dieſes gnädigſt, daß, obwohlen zeithero wegen Ermangelung einer desfalls aus mehrangeregter Lands-Ordnung hinlänglich zu ermeſſender Auskunft, in vorbezieltem Fall auf die Privation der Leibzucht um deßwillen nicht geſprochen worden, weilen das Letztlebende nach vorerwähntem ſechſten §. ſich betragen zu mögen bonâ fide habe glauben können, folglich andurch die Entſetzung von der Leibzucht als eine ohne desfalls vorſeyender, ausdrücklich geſätzlicher Beſtimmung nicht platzgreifliche Straf ſich keineswegs zugezogen habe; jedannoch bey künftiger Ergebung des vorberührten Falls das Letztlebende innerhalb drey Monaten Zeit, vom Tag der aufgelöſter Ehe anzurechnen, ein geſätzmäßiges Inventarium bey Verluſt der Leibzucht zu errichten verbunden ſeyn, daſſelbe mithin ſowohl als Unſere Churfürſtliche Gerichtere hierunter (gleich es ſich von dem Fall, da aus letzterer Ehe gar keine Kinder vorhanden ſind, ohnehin von ſelbſt verſtehet) hinführo nicht nach dem §. 6. Tit. 8. Statut., ſondern nach den daſelbſt vorbefindlichen §. 3., als der mit dem in Frag ſtehenden Fall, ſodan dem Geiſt des Geſätzes und weiſer Abſicht des Geſätzgebers eigents angemeſſener Verordnung ſich gehorſamſt betragen ſollen; Damit nun niemand ſich desfalls forthin mit einer Unwiſſenheit entſchüldigen, mithin für Schaden und Verlüſtigung der Leibzucht hüten möge; ſo ſolle dieſe Unſere Churfürſtliche Edictal-Verordnung zu jedermanns Wiſſenſchaft und Nachachtung von denen Canzlen publicirt und an behörigen Orten angeheftet werden.

---

692. Bonn den 21. November 1774.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfſt.

Zur Beförderung der erzſtift-rheiniſchen Gärbereien wird die Ausführung der rohen Häute im Allgemeinen und deren Verführung in die Stadt Cöln ins Beſondere verboten; die den inländiſchen Bedarf überſteigenden Schaaf-Felle ſollen, jedoch nur entwollt, ausgeführt werden dürfen, wogegen aber die Ausfuhr roher Wolle verboten iſt.

Bemerk. Unterm 20 Dezember ej. a. ist den Ausländern, mit Ausnahme der churtrierschen und jülichbergischen Unterthanen, der Aufkauf der rohen Häute bey Confiskationsstrafe verboten, deren Verführung nach Cöln aber noch mit 10 Gldg. Strafe verpönt, auch die Einfuhr des zu Cöln und Aachen fabrizirten Leders verboten worden.

693. Bonn den 23. November 1774.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Die Verordnung vom 14. Dezember 1771 (Nr. 662 d. S.) wird rücksichtlich des Immobilar-Besitzes der Juden dahin deklarirt, „daß dieselben diejenigen Wohnbehausungen, welche sie würcklich jure hypothecae, immissionis aut Antichreseos unterhaben, ferner und so lange besitzen mögen, bis ein Christ solche zu eigenem Behuf an sich ziehen, und entweder die darauf verschossene Gelder oder sonst den wahren Werth nach Vorschrift der Verordnungen vom 2. Juni und 11. October 1750 (Nr. 522 d. S.) erlegen wird;" für künftige und rücksichtlich der übrigen in der oben allegirten Verordnung vorgesehenen Fälle soll Letztere streng gehandhabt werden.

Bemerk. Unterm 12. März 1776 und 10. März 1778 sind die Lokalbehörden angewiesen worden, die Veräusserung der von den Juden noch fortwährend besessen werdenden Grundstücke, mit Berücksichtigung der obigen Ausnahmen, sofort zu betreiben und darüber zu berichten.

694. Bonn den 6. Dezember 1774.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Warnung vor Annahme cirkulirender beschnittener und unwichtiger Carld'or und Louis-neuf's.

695. Bonn den 16. März 1775.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Gemeinde-Gründe im rheinischen Erzstifte dürfen künftig nur dann verkauft werden, wenn vorher die Räthlich-

keit der Veräusserung vom churfürstlichen Hofrathe untersucht und Letztere erlaubt, auch der churfürstl. Kelner, zur Wahrnehmung der landesherrlichen Churmodial- u. a. Gerechtsame, zugezogen worden ist. Die Unterlassung des einen oder andern begründet die Nichtigkeit des Verkaufes.

696. Bonn den 16. März 1775.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Die bei Anordnung neuer Scheffen im rhein. Erzstifte von diesen mit großem Kosten-Aufwande veranstalteten Gastmahle (Scheffen-Essen) dürfen ferner nicht mehr stattfinden und sollen künftig mit einer landesherrlichen Brüchte, von 10 Gldg. für den Wirth und von 5 Gldg. für jeden Gast, bestraft werden.

697. Augustusburg den 9. Juli 1775.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Behufs der bessern Einleitung und Führung der Prozesse, so wie zur Beschleunigung der Justizpflege bei den churfürstl. Ober- und Unter-Gerichten werden ausführliche Vorschriften ertheilt.

698. Bonn den 10. Juli 1775.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Unter Abänderung der im Edikte vom 3. Juli 1765 und in der erzstiftischen Jagd- und Busch-Ordnung (Nr. 564 und 607 d. S.) enthaltenen Bestimmung, wird festgesetzt, daß der jährliche Aufschluß der kleinen Jagd, anstatt am 1. August, erst am 1. September jeden Jahres allgemein stattfinden soll, worauf die rheinischen, westphälischen und recklinghausen'schen Behörden strenge zu halten, angewiesen werden.

699. Bonn den 22. Juli 1775.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Bei den im Herzogthum Westphalen, durch Nichtbesetzung mit Colonen, vielfach verödeten oder in Parzellen

verpachteten Bauern-Höfen, — wodurch die auf dem Gute haftenden öffentlichen Lasten entweder gar nicht, oder, zum Nachtheil der übrigen Gemeindeglieder, von diesen entrichtet werden —, wird verordnet:

1. daß diejenigen Guts-Inhaber, welche die Gründe ihrer versplissenen Höfe parzellenweise ausverpachtet haben, die davon bestehenden Rückstände an Schatzungen und sonstigen Praestandis binnen 2 Monaten abtragen und damit, bis zur Wiederbesetzung ihrer Höfe mit neuen Colonen, bei Vermeidung unnachsichtlicher Exekution, fortfahren sollen;

2. daß aber diejenigen Gutsherrn, welche ihre Höfe bisher ohne Colonen und wüst und unkultivirt gelassen haben, binnen 6 Monaten (bei künftigen Entblößungs-Fällen binnen Jahresfrist) gedachte Höfe mit tüchtigen Colonen versehen und durch solche alle Onera abtragen lassen müssen, widrigenfalls auf solchen Höfen dergleichen Colonen von Amtswegen angeordnet, oder so viele Grundstücke von denselben amtlich verpachtet werden sollen, als zur Abtragung der auf den Höfen haftenden Schatzungen und Lasten erforderlich ist.

---

700. Bonn den 12. Dezember 1775.

Max. Friedrich, Erzb. u. Churfl.

Der von churkölnischen besonders an den Grenzen wohnenden Unterthanen verübt werdende Mißbrauch, daß sie in Haufen von 40 bis 50 Personen und unter Vorzeigung falscher Pässe, worin sie als Brandbeschädigte oder durch Hagelschlag u. a. Unglücksfälle Verarmte dargestellt werden, das Aus- und Inland bettelnd durchziehen, sodann aber zurückkehrend, die gesammelten Almosen in den Wirthshäusern verprassen, muß von den sämmtlichen Behörden durch strenge Wachsamkeit, und Bestrafung solcher Collektanten als Falsarien, verhütet werden.

---

701. Arnsberg den 13. Januar 1776.

Landdrost und Räthe.

Wegen der in der Stadt Werl und in den Aemtern Werl und Oestinghausen herrschenden Viehseuche, wird

verordnet, daß an bezeichneten Orten und Landstraßen Tag- und Nacht-Wachen zur Verhinderung aller Vieh- und Fourage-Transporte aus der umschlossenen inficirten Gegend aufgestellt werden sollen; ausserdem werden für den Fall, daß sich dennoch die Viehseuche in andern Orten verbreiten möchte, ausführliche Vorsichtsmaßregeln, ins Besondere mittelst Isolirung der angesteckten Häuser und rücksichtlich des Ablederns und Verscharrens des gefallenen Viehes, vorgeschrieben.

Bemerk. Durch eine churfürstl. Verordnung d. d. Bonn den 5. März ej. a. sind die vorstehenden Bestimmungen wörtlich wiederholt worden.

---

702. Bonn den 31. Januar 1776.

Max. Friedrich, Erzb. u. Churfst.

Auf den Antrag der Landstände wird zur künftigen Richtschnur bei der Fällung von Criminal-Urtheilen folgendermaßen wörtlich bestimmt:

„Als setzen, ordnen und wollen Wir aus ohnbeschränck-
„ter Lands-Fürstlicher Macht und Gewalt gnädigst und
„ernstlich, daß führohin in Unseren Erzstiftischen Landen
„dieß- und jenseit des Rheins der Diebstahl nur in dem
„Fall, wann dessen Ausübung mit keinem gefährlichen Ein-
„bruch oder Einsteigen, oder auch mit keiner Knebel- und
„Mißhandlung deren Hausleuten begleitet wird, für ein-
„fach, hingegen aber für qualificat alsdan anzusehen seye,
„sobald die ein- oder andere dieser gehäßigen Eigenschaf-
„ten darmit vergesellet zu seyn befunden wird. Auf daß
„nun auch hierunter fürtershin etwa ein ungleicher Begriff
„um so minder einschleichen und Statt finden möge; So
„erklären Wir ferner hiemit gnädigst, daß nach Maßgab
„des obigen in nachstehenden beyden Fällen das Crimen
„furti nicht pro simplici, sondern pro qualificato zu be-
„trachten, und darauf die ordentliche Lebensstraf zu ver-
„hängen seye, nämlich

„1. da eine Diebsrotte: sie bestehe auch nur aus
„drey oder vier Köpfen, oder auch einzele Diebe, welche
„mit Wehr und Waffen: das ist mit Schießgezeug, Sei-
„tengewehr, Aren, Beil, Hacken, groben Hölzeren oder
„anderen dergleichen Instrumenten zum Stehlen sich ver-

„ſehen: ſchlechterdingen eingebrochen und darauf einen „Diebſtahl begangen, und zwarn ohne Unterſcheid, ob der „Einbruch in Städten oder Dörferen durch ein ſteinere „Mauer oder leimere Wand, Item ob das Einſteigen an „einer ober- oder unterer Fenſter entweder mit Forcirung „eiſerner Traillen oder Aufſprengung hölzerner Laden ge„ſchehen, auch ob der Diebſtahl von mehrerem oder gar „geringen Werth ſeye. Deßgleichen

„2. da die Diebe die Einwohner in ihren Häuſeren „würcklich überfallen, gebunden und geknebelet oder ſonſten „mit harten Schlägen und Stoßen mißhandlet, oder auch „nur mit Vorzeigung tödtlicher Inſtrumenten und damit „gethanen Bedrohungen zu Anweiſung ihres Gelds und „ſonſtiger Habſchaft gezwungen, und zwarn wiederum „ohne Ruckſicht, ob die Diebsbande entweder durch gewalt„thätiges Einbrechen oder Einſteigen den Eintritt in die „Häuſer ſich verſchaffet, oder auch ſolchen durch offene „Thür oder Fenſter von ſelbſten gefunden habe. Und wie „übrigens es ſich von ſelbſten verſtehet, daß all andere „mit gegenwärtigen in gleichem Verhältnüs ſtehende, oder „auch nach Ertrag ihrer Umſtänden noch beſchwerlichere „Diebsfälle hiernacher ad effectum delicti qualificati „ebenfalls zu bemeſſen und nur in einem vor dem anderen „die Todesſtrafe quoad gradum atrocitatis zu verſchärfen „ſeye; So befehlen Wir auch ſchließlich all- und jeden „die Cognition in Criminalibus hergebracht habenden Ge„richteren, wie auch denenjenigen, wordurch Wir ſonſten „über die in Unſerem Erzſtift vorkommende Criminalien „Uns gehorſamſt referiren laſſen, ſich an dieſer Unſer „gnädigſten Verordnung genaueſt zu halten und darnach „ſich gehorſamſt in Judicando zu achten.

---

703. Bonn den 13. Februar 1776.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfſt.

Die von den Untergerichten im Herzogth. Weſtphalen gegen die Tax-Ordnung vom 15. September 1726 (Nr. 382 d. S.) gehenden Gebührenſteigerungen, ſo wie die Geſtattung prozeßordnungswidriger Vervielfältigungen der Schriftſätze und anderer den Prozeßgang verzögernder Mißbräuche werden gerügt und bei Geld- und Nichtigkeits-Strafen verboten.

---

704. Bonn den 1. März 1776.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Die in der Verordnung vom 22. October 1732 (Nr. 410 d. S.) gegen Besteller, Verfertiger und Mitwisser von Brandbriefen Behufs Gelderpressungen, enthaltenen Strafbestimmungen sollen im Allgemeinen auf alle, besonders aber auf die vom Diebes- und Bettel-Gesindel neu ersonnene Art von Brandbriefen, — worin den Bedroheten die Abschaffung ihrer treuen Dienstboten, oder die Austheilung reichlicherer Almosen an die herumziehenden Bettler aufgegeben wird —, angewendet werden.

705. Bonn den 6. März 1776.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Da den nach Aachen (zu den dortigen Heiligthümern) wallfahrenden Ungarn durch kaiserl. Mandat der Eintritt in die Stadt Cöln verboten ist, wodurch den erzstiftrheinischen Unterthanen ein erhöhetes Ungemach zuwachsen dürfte, so soll den nach Aachen wallfahrenden Ungarn der Eintritt in die erzstiftischen Lande versagt und dieselben an den Landesgrenzen durch zu bestellende Aufsichter abgewiesen werden.

706. Bonn den 16. März 1776.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Es ist bereits von Unserem nächsten Herrn Vorfahren an der Kuhr Herzogen Clement August, in Ob- und Niedern Bayern unterm 8. October 1740 (Nro. 449 d. S.) wegen des Abreissen, Abschneiden und Stehlen des Rheinweyden-Gewächs eine geschärfte Verordnung erlassen worden; Nachdeme aber von denen treugehorsamsten Ständen Unseren Rheinischen Erzstifts die Anzeige geschehen, daß solches geschärften Verbotts ohngeachtet bey Tag und Nacht ohne Scheu in die Rhein-Arbeit eingefallen, das Weyden-Gewächs beschädiget, und nicht allein das dürre, sondern auch das frisch wachsende Holz thätlich abgehauen, und weggetragen würde, Wir aber dergleiches Unwesen nachdrucksamst gestöhret wissen wollen; Als befehlen Wir

allen und jeden auf den Rheinstrom anschiessenden Beamten hiemit gnädigst und ernstlichst, mit äußerstem Fleiß dergleichen Beschädigen und Holzstehlen best-thünlich zu verhinderen, somit die deßfalls verdächtige Häuser, Höf- und Gärten durch die angestellten Landständischen Rhein-Arbeits-Aufsichtere (welchen Wir auf ihr Gesinnen die starke Hand jedesmal unweigerlich zu bieten, hiemit unter 10. Goldgülden Straf anbefehlen) in Zustand des Orts Scheffen, oder Vorsteheren zuweilen durchsuchen zu lassen, fort gegen diejenige, welche wegen sothaner Mißhandlung überwiesen werden sollten, mit der, in obgedachter und hiemit erneuerter Landsherrlicher Verordnung anbedrohe-ter Arbitrarie- und, befindenden Dingen nach, des Stock-hauses Straf ohnnachläßig zu verfahren; Und damit sich niemand der Unwissenheit gegenwärtigen Verbotts zu ent-schüldigen Ursach haben möge, so solle solches zu jeder-manns Wissenschaft und Nachricht öffentlich verkündet, auch sonsten nöthiger Orten angeschlagen werden.

Bemerk. Erneuert am 9. März 1778.

---

707. Arnsberg den 1. September 1776.

Landdrost und Räthe.

Die im Jagd-Edikt vom 3. Juli 1765 (Nro. 607 d. S.) enthaltene im Herzogth. Westphalen nicht erfüllt werdende Vorschrift, daß alle auslaufende Hunde wäh-rend des ganzen Jahres mit einem eine Elle langen Knüppel am Halse versehen sein müssen, soll bei 10 Gldg. Strafe streng beachtet werden.

---

708. Bonn den 23. November 1776.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Bei den sämmtlichen churfürstlichen Gerichts-Stellen dürfen nur solche Schriftsätze angenommen werden, wel-che von approbirten und beim churfürstl. Hofrathe imma-trikulirten Advokaten unterschrieben sind; die diese Vor-schrift nicht beachtenden Prokuratoren und Gerichte sollen für jeden Contraventions-Fall 3 Gldg. Strafe entrichten.

---

709. Bonn den 13. Januar 1777.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfſt.

Die, zum Nachtheil des landesherrlichen Zoll-Regals, die Anlockung der Frachtfuhren zu ihrer Zollſtätte bezweckende, von den Landzoll-Pächtern geſchehende, unvollſtändige Erhebung der tarifmäßigen Zollſätze wird, ſo wie die willkührliche Steigerung der Letztern bei 25 Gldg. Strafe verboten.

710. Bonn den 3. Februar 1777.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfſt.

Zur Erhaltung der Ordnung in den Steuer- (Simplen-) Heberollen ſollen im rhein. Erzſtifte, jährlich am Dienſtag nach Oſtern und am 27. Dezember, alle während des Jahres vorgegangene Grundeigenthums-Veränderungen bei den resp. Lokalbehörden angezeigt werden. Die Unterlaſſung dieſer Vorſchrift ſoll mit 2 Gldg. Strafe belegt, und für die Aufnahme einer ſolchen Anzeige, von den ſtädtiſchen Magiſtraten und von den Gerichten auf dem Lande, nur 4 Albus Gebühren erhoben werden.

711. Bonn den 24. Februar 1777.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfſt.

Unter Erneuerung der gegen feuergefährliches Schießen und Raquetenwerfen in Städten, Flecken und Dörfern am 5. Juni 1728 (Nro. 386 d. S.) publicirten Verordnung, wird das in den Städten und Dörfern überhaupt, ſo wie an Neujahrstagen, bei Hochzeiten, Namenstagen und ſonſtigen feierlichen Tagen ſtattfindende Schießen bei 10 Gldg. Brüchtenſtrafe verboten.

712. Bonn den 24. Februar 1777.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfſt.

Den erzſtift-rheiniſchen Juſtiz-Behörden wird die ſtrengere Erfüllung der am 18. April 1772 (Nro. 634

d. S.) wegen der Gerichts-Gebühren, am 16. März 1775 (Nro. 348 d. S.) wegen regelmäßiger Haltung der Gerichtstage von 14 zu 14 Tagen, und der am 15. Februar 1720 (Nro. 340 d. S.) wegen gegenseitiger Cognitions-Befugnisse der Amtleute und Gerichte erlassenen Verordnungen unter Androhung von Brüchtenstrafen befohlen.

---

713. Bonn den 3. März 1777.

Max. Friedrich, Erzb. u. Churfst.

Bei Einführungen von Appellationen oder Revisionen müssen alle vorhergegangene in erster und fernerer Instanz gefällte Urtheile in beglaubigter Abschrift den Akten beigefügt werden, und soll auf ferneren Unterlassungen dieser Beifügung Desertions-Strafe haften.

---

714. Bonn den 12. April 1777.

Max. Friedrich, Erzb. u. Churfst.

Publikation einer Tax-Ordnung für die Notarien, wonach dieselben ihre Gebühren erheben und deren Betrag unter jedem von ihnen ausgefertigten Instrumente spezifiziren sollen.

---

715. Bonn den 16. Juni 1777.

Max. Friedrich, Erzb. u. Churfst.

Mit Bezugnahme auf die frühern Bestimmungen (Nr. 187 und 270 d. S.), sowie auf die Beschlüsse der vier Churfürsten am Rheine, wird erneuernd festgesetzt, daß kein neuangehender Schiffer zum Befahren des Rheinstromes zugelassen werden soll, welcher sich nicht mittelst beglaubigten Certificates darüber ausweisen kann, daß er 3 Jahre als Lehrling und 3 Jahre als Schiffknecht bei wohlerfahrnen Schiffern treu und redlich gedient hat.

Bemerk. Unterm 11. Dezember 1782 ist zur Sicherheit des handelnden Publikums dem churfürstlichen Amtmann und dem Salz-Amte zu Cöln, so wie den Zoll- und Licent-Beamten, besonders zu Uerdingen, befohlen

worden, strenge darauf zu halten, daß keine unqualificirte Schiffleute und Steuermänner fernerhin den Niederrhein befahren; sodann ist am 31. August 1787, auf die Bitte der niederrheinisch-qualifizirten Steuerleute und Schiffknechte, bestätigend und erneurend befohlen worden, daß auf den den Niederrhein befahrenden Schiffen keine andere als auf dem Niederrhein qualifizirte Schiffleute, Steuerleute und Schiffknechte von den vorgenannten churfürstl. Beamten geduldet werden sollen.

716. Bonn den. 9. August 1777.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Die ungeachtet der eingerichteten Armenverpflegung in der Stadt Bonn fortdauernde Strassenbettelei wird wiederholt verboten, und sollen die betroffen werdenden Bettler mit 6 wöchentlichem Zuchthaus-Arrest, diejenigen aber, welche Almosen öffentlich austheilen, mit 10 Gldg. Brüchte bestraft werden.

Bemerk. Unterm 13. Februar 1782 ist dem churfürstl. Militair aufgegeben worden, die fremden Bettler durch die Thorwachen abweisen zu lassen, und den Wachen und einzelnen Soldaten und Unteroffizieren befohlen worden, auf Ansuchen der angeordneten Bettelvögte denselben bei Verhaftung und Wegführung der betroffenen Bettler beizustehen.

717. Bonn den 16. Mai 1778.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Als Repressalie gegen die Nachbarlande wird im Herzogthum Westphalen die Einführung ausländischer fertiger Eisen- und Kupfer-Waaren, so wie das Hausiren mit denselben, bei Confiskations- und Brüchten-Strafe, verboten.

718. Bonn den 17. Juni 1778.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Behufs Beitreibung der Rückstände von den inländischen Gütern der ausländischen Geistlichkeit zu dem von

dem kölnischen Clero extraneo bewilligten vorigjährigen subsidio charitativo von 12000 Rthlr., sollen die Lokal-Behörden, auf den Grund beglaubigter Restverzeichnisse, die von dem Empfänger der Geistlichkeit gesonnen werdende Exekution ungesäumt verhängen.

---

719. Bonn den 20. Juni 1778.

Max. Friedrich, Erzb. u. Churfst.

Nachdem Unsere treugehorsamste Landstände von Ritterschaft und Städten Herzogthums Westphalen zu Milderung deren durch Feuersbrünste in Schaden gesetzten und oftmalen zu Grund gerichteten Unterthanen, zu Abhelfung deren aus solchen Brandschaden oft entstehenden Verwüstungen, mithin zum allgemeinen Besten und eines jeden Privat-Sicherheit nach dem löblichen Beyspiel verschiedener benachbarten Landen, eine Brand-Societät zu errichten beschlossen, und Uns des Ends nachgesetzte Verordnung unterthänigst praesentiret haben; So sind Wir in Landesfürstlicher Rücksicht, daß dieser Vor- und Antrag zum allgemeinen Besten abziele, mildest bewogen worden, dieselbe zu bestätigen, und ihr die Kraft des Gesetzes hiemit zu geben.

§. 1. Der Gegenstand und Endzweck dieser Brand-Versicherungs-Gesellschaft bestehet darinn: daß ein jedes derselben Mitglied bey dem ihn betreffenden Brandschaden, den Werth des beschädigten dem Catastro einverleibt taxirten Gebäudes bezahlt erhalte, zu solchem Behuf alle Societäts-Genossen nach dem Fuß ihrer dem Catastro einverleibten Gebäuden beytragen müssen, zu wessen Einrichtung und Vollziehung die Landständische Deputati ernennt werden, welche die Direction und Administration dieser Societät unentgeldlich, und ohne einige Diaeten, ob sonstige Vergeltung, gegen bloße Zahlung der Defragirungs-Kösten zu übernehmen keinen Anstand nehmen werden.

§. 2. Da dem gemeinen Wesen vorzüglich daran gelegen ist, daß eines Theils die durch Brand Beschädigte ehebaldigst wieder in Stand gesetzet werden, zu den gemeinen Lasten das Ihrige beyzutragen, nicht weniger auch das andern Theils die von dieser nützlichen Assecurations-Societät zum gemeinen Besten tragende Beschwer-

den mehr erleichteret werden und ſolche einzelnen Gliedern nicht zu beſchwerlich fallen mögen, dieſer deſto ehender zu erreichen iſt, je allgemeiner und weitläufiger die Societät eingerichtet wird, ſo ſollen alle Schatzpflichtige ohne einige Ausnahm, ſie mögen in Städten, Freyheiten oder auf dem platten Lande wohnen, ſchuldig ſeyn, in dieſe Brand-Verſicherungs-Societät zu treten, und ihre Wohnungen, und darzu gehörige Nebenhäuſer, als Scheuren, Speicher, Leibzuchts-Häuſer, Kotten- und Backhäuſer taxiren und einſchreiben zu laſſen; hingegen ſtehet es denenjenigen, ſo Häuſer, Wohnungen und Nebengebäude auf geiſtliche Immunitäten oder andern Real-Freyheiten, in specie adliche Ritterſitze und dergleichen beſitzen, frey und hanget es von ihrer Willkühr ab, ob ſie an dieſe Brand-Verſicherungs-Geſellſchaft derſelben Vortheilen und Beſchwerden nach Maaß und wie in dieſer Verordnung weiter ausgedrückt iſt, Theil nehmen wollen oder nicht, ſo viel die Kirchen- Schul- und andere befreyete publiken Gebäude in Städten, Freyheiten und Dörfer betrifft: iſt es zwarn, wie von andern realiter befreyeten Gebäuden hieoben verordnet iſt, keine Nothwendigkeit ſelbige in dieſe Societät zu bringen, gleichwohlen, da ſolches in verſchiedenen Umſtänden zu ihrem Vortheil gereichen kann, ſo iſt von jenen, denen an der Erhaltung ſolcher Gebäuden gelegen, oder zu deren Unterhaltung die Kirchſpiels-Eingeſeſſene simpliciter oder in Subsidium ſchuldig ſind, dasjenige zu beſchlieſſen, was ſie am vortheilhafteſten zu ſeyn erachten.

§. 3. Der Werth des Gebäudes iſt das Maaß, wornach die Erſetzung des Verluſtes bey Brandſchaden und der Beitrag darzu abgemeſſen werden; Um nun ſolches nämlich den dermaligen Werth der Gebäuden zu beſtimmen, ſollen die ſchatzpflichtige Häuſer, wann gleich ſelbe von personaliter Befreyeten bewohnet werden, von jenes Orts Obrigkeit taxiret und ad Catastrum gebracht werden, und dieſer Taxation werden auch, die auf adlich- oder ſonſt freyen Gründen befindliche Bauernhäuſer-Kotten, auch geringere auf Kirchhöfen liegende Wohnungen, daferne deren Eigenthümern freywillig in dieſe Geſellſchaft treten wollen, aus erheblichen Urſachen zu Vermeidung allerhand Unterſchleifen und beſorglichen böſen Folgen hiemit unterworfen. Auſſer dieſem aber können alle real Befreyete, ſo ſich dieſer Societät theilhaftig machen

wollen, ihre Häuser und Gebäude von des Orts Obrigkeit taxiren und catastriren lassen, als welches ihrer etwa hergebrachter Exemption keinesweges nachtheilig seyn soll, oder es mögen dieselbe auch ihre Gebäude selbst so weit sie solche assecuriren lassen wollen, und diese durch Feuer verloren gehen können, nach Gefallen aestimiren, und entweder bey des Orts Obrigkeit oder bei der Landständischen Commission unmittelbar catastriren lassen, jedoch also: daß die angegebene Taxe den Werth des Gebäudes, wann solches würde taxiret werden, niemalen übersteigen dörfe, weßhalben dann der Commission ohnbenommen ist, auf Gutfinden und bey vorkommenden Zweifel besagte Gebäude unmittelbar taxiren zu lassen.

§. 4. Die Aufschreibung und Taxation der Gebäuden deren schatzpflichtigen Unterthanen geschiehet in Städten und Freyheiten durch Bürgermeister und Rath oder dazu deputirende Rathsglieder, auf dem Lande aber durch jedes Orts Gogreven oder Richtern, diejenige besonders specificirte real Befreyete, welche vermög vorstehenden §. 3tii ihre Gebäude taxiren zu lassen schuldig sind, sollen auf dem Lande ihrer Freyheit unnachtheilig auf vorerwähnte Weise, per modum specialis Commissionis von des Orts Obrigkeit taxiret und catastrirt, auch von selber dem hierunter beygedruckten Formular zufolge von den Schatzpflichtigen in dem Catastro angemerkt, insbesondere abgesöndert werden.

§. 5. Um die Taxation durch eine General-Häuser-Aufschreibung vorzubereiten, ist folgender Gestalt zu Werke zu gehen. 1mò: die Obrigkeit der wie §. 4to vermeldet, die Taxation aufgetragen ist, veranstaltet, daß in ihrer Stadt, Freyheit und respectivè Gerichtsbezirk alle schatzpflichtige Häuser mit den Nebengebäuden und zwarn die Hauptwohnungen mit einer oberhalb der Hausthür mit weißer Oelfarbe anzumalender Nummer, die Nebengebäude aber mit Buchstaben jedesmal mit A anzufangen, bezeichnet werden. In denen Städten, Freyheiten und Dörfern sind indistinctè alle auch realiter freye Häuser und Immunitäten besserer Ordnung halber in einer Continuation ohnunterbrochen, fort zu nummeriren, mit dem Unschied gleichwohl, daß diejenige, welcher dieser Association beyzutreten pflichtig, oder sich darzu freywillig erklären, nebst dem Nummer des Wohnhauses mit dem Buchstaben A, welcher die Association bedeutet, sofort verzeichnet

werden. 2dò: dieſer Verzeichniß muß in Städten und Freyheiten der Secretarius beywohnen, in Dörfern und auf dem platten Lande aber ſind die Vorſtehere, oder Bauerrichtere zu Anweiſung der Häuſer auf ſichere Täge vorzubeſcheiden, und iſt die Bezeichnung in Beyſeyn des Gerichtſchreibern in möglichſter Eile vorzunehmen. 3tiò: bey ſolcher Nummerirung iſt dahin zu ſehen, daß die Häuſer ordentlich, wie ſie ſich folgen, in den Städten, Freyheiten und Dörfern ohnunterbrochen, jedoch ſoviel das platte Land betrifft mit Bemerkung der Baurſchaft, wohin jedes Dorf gehöret, nummerirt werden, wobey gleichwohl zu merken iſt, daß die wüſt, unbebauete vormals aber bebauet geweſene Stätten und Hausplätze nach dem ſie treffender Nummer mit dem Namen des Grundeigenthümers in Catàstro bemerket werden, damit, wann der Platz wieder verbauet werden ſollte, die Nummer für ſelbigen offen ſeye, ſonſten auch die nöthige Verfügungen zu Beförderung des Aufbaues veranlaſſet werden mögen. 4tò: von denen ſolcher Geſtalt nummerirten Häuſern hat der Gerichtſchreiber und Secretarius, ſo derſelben beywohnen, ein ordentliches Protocoll zu führen, woraus ſofort distinctim zu erſehen. A wie der Eigenthumsherr, Bürger oder Colonus oder Innhaber ſich nenne, und B wie viel Nebenhäuſer vorhanden, und worinn ſolche beſtehen. 5tò: ſind bey dieſer Aufſchreibung die real Befreyete, in deren Willkühr es ſtehet in die Societät einzutreten oder nicht, zu befragen, ob ſie ſich zu dem Beytritt entſchlieſſen, und ob ſie auf ſolchen Fall ihre Gebäude bey Gelegenheit der übriger taxiren laſſen, oder ſelbſt, wie §. 3. erwähnt, aestimiren, und das Aestimatum einſchicken wollen? welche Erklärung dann der Gerichtsſchreiber oder Secretarius ad Protocollum zu nehmen, und wornach zur Taxation wie in folgendem §. 6. angemerkt denen Werkverſtändigen die Anweiſung zu geben iſt, übrigens hat es dabey ſein Bewenden, daß, wann die §. 3. angemerkte, und der Taxation im Beytritts-Fall unterworfene geringere real Befreyete ſich zu ſolchem Beytritt erklären, ſelbige auch wie andere taxiret werden müſſen, aus welchem allem dann 6tò: nach Maaßgab des sub Nr. 1mo hieran liegenden Formularis eine Tabelle zu verfertigen und pro Extractu concordante zu unterſchreiben iſt, von dieſem Protokoll ſowohl, als beſagter Tabelle, welche in duplo zu expediiren ſind, iſt ein Exemplar bey dem Gericht und respectivè Magiſtrat zu belaſſen; das andere

aber laut §. 8. mit dem daselbst erwähnten Haupt-Catastro an die Commission gehörig einzuschicken. 7mò: für die Aufzeichnung, und Nummerirung haben in Städten und Freyheiten, die darzu deputirte Rathsglieder p. Tag jeder 18 Gr. und der Secretarius 12 Gr. zu genieſſen, dagegen auf dem platten Lande der Richter oder Gogreve, welcher derselben beywohnet p. Tag 1 Rthlr., und der Gerichtschreiber 18 Gr. einschließlich der Defraiirung aus gemeinen Dorfs-Mitteln zu empfangen, inzwischen versehen Uns gnädigst, daß Richtern, Gogreven, Raths-Deputirte, Gerichtsschreiber und Secretarius zu Ersparung Zeit und Kösten dieses Geschäft mit möglichster Geschwindigkeit vollziehen werden.

§. 6. Nachdeme nun durch diese Nummerir- und Protocollirung die Anleitung zur Taxation gegeben und der Grund zu der künftigen Haupt-Catastrirung gelegt worden, so ist zu solcher Taxation zu schreiten: zu diesem Ende hat 1tens forderſamst jeder Orts-Richter oder Gogreve, in Städten und Freyheiten aber der Magistrat geschickte des Schreibens und Rechnens erfahrne Aestimatoren, respective Maurer- und Zimmer-Meister besonders, jedoch ohnentgeldlich zu beeidigen, und solches dem Protocoll zu inseriren, demnächst 2tens diesen Aestimatoren die in vorstehendem §pho N. 1mo angemerckte Tabelle in Copia mit der Anweisung, welche davon taxiret werden sollen, zuzustellen und aufzugeben, von jeder darin bemerkten Wohnung und Nebenhause den ohngefährlichen jetzigen wahren Werth in der Ordnung selbiger Nummer und Buchstaben zu taxiren, 3tens zur Taxation der Bauren- ob sonstigen geringen Gebäuden muß ein Zimmermeister allenfalls, da es nöthig gefunden werden möchte, auch ein Mauermeister, bei großen und von Steinen aufgebauten Häusern aber wenigstens ein Maurer- und Zimmermeister, auch auf Gutbefinden ein Tischler und Schlösser adhibirt, sodann 4tens mit selbigen nach geschehener Beeidigung wegen des Taglohns accordirt und auf deren fleißige ohngesäumte Verrichtung achtgegeben werden.

§. 7. Die Taxation der Gebäuden geschiehet in Städten und Freyheiten unter der Direction des Magistrats, und auf dem platten Lande des Richteren oder Gogreven mit Zuziehung ein- oder mehrerer des Ends verpflichteter Bau- oder Werkverständigen, und wird von diesen nach eingenommenem Augenschein jedes Gebäude in einen den wah-

ren billigmäßigen Werth ohngefährlich erreichenden Anschlag, welches Taxatum sodann nach Vorschrift sub Nro. 2. beyliegender Tabelle, welche so viel die Nummern und Buchstaben und die Ordnung betrifft, mit der ihm vom Gerichts-Protocoll communicirten gleichlautend seyn muß, einzuführen ist, es werden aber 1mò die Werkverständige ein Gebäude nicht darnach, was es neu gekostet oder kosten würde, sondern blos wie es da stehet und was es würklich werth ist, anzuschlagen, die Mauermeister aber besonders dahin angewiesen, keine Grundmauer oder Keller mit, sondern nur den übrigen Theil der steineren Gebäuden in Anschlag zu bringen, überhaupts werden 2tens keine im Haus etwa befindliche Mobilien, oder demselben etwa anklebenden Gerechtsame in Anschlag gebracht, um aber 3tens die künftige Ausrechnungen zu erleichtern, muß das Taxatum niemalen auf 1, 2, 3 oder 4, auch nicht auf 6, 7, 8 oder 9 sich endigen, sondern da man bey der Reparation den Fuß, wie viel Pfennige von jeden fünf Rthlr. von einem Brandschaden zu bezahlen, nehmen wird, ist das Taxatum allemal auf 5 Rthlr. höher oder geringer zu setzen, also daß, wann zum Exempel das Aestimatum auf 100 und 1, 2 kömmt, 100, wo es aber auf 100 und 3, 4 steiget, 105, deßgleichen bey 100 und 6, 7, 105, bey 100, 8 und 9 aber 110 Rthlr. zu setzen seye.

§. 8. Wenn nun von den Werkverständigen obbeschriebene, von ihnen unterschriebene und in Kraft geleisteten Eids ad Protocollum nochmalen zu bekräftigende Taxations werden beygebracht seyn, so haben des Orts Richtere oder Gogreve und respectivè Bürgermeister und Rath solche wohl nachzusehen und die etwa eingeschlichene Fehler sofort abändern zu lassen, fortan daraus den sub Nro. 2 anliegenden Formular zufolge von dem ganzen Gericht, Stadt oder Freyheit ein General-Catastrum sub Sigillo Judicii et respectivè Magistratus in duplo ausfertigen zu lassen, und davon eines mit Beyfügung kopeylichen vorhin gemeldten Nummerirungs-Protocolli und kopeylicher §. 6 vermeldten Taxationen an Landdroste und Räthe einzusenden, welche sodann besagtes Original-Protocoll mit kopeylichen Anlagen der Commission zuzustellen haben, das Duplum besagten Protocolli und erwähnter Original-Anlagen aber ist bey dem Gericht und Magistrat wohl aufzubewahren, übrigens ist alles dahin zu dirigiren, daß diese Catastra wenigstens in sechs Monaten eingeschickt werden können.

§. 9. Wann solchem nach die Landständische Commission dieser Societät solche Protocolla, Anschläge und Auszüge genau wird untersuchet haben, ist von derselben daraus und aus demjenigen, was von denen realiter Befreyeten zur Commission unmittelbar eingegeben seyn wird, das Haupt-Catastrum zu formiren, wornach sowohl der Beytrag als respective die Schadens-Ersetzung geschehen soll, und hievon wird unter dem Kanzley-Insiegel Copia denen Beamten und respective Bürgermeister und Rath, so viel es ein jedes Gericht, Stadt oder Freyheit betrifft, communicirt werden, auch kann ein jeder, so es verlanget, gegen die Schreibgebühr für sich einen Extract daraus erhalten.

§. 10. Diejenige, so in diese Societät zu treten nicht schuldig und respective sich taxiren zu lassen nicht gehalten seyn, können sich jederzeit darzu entschließen, auch von Zeit zu Zeit Zusätze und Veränderungen, jedoch niemalen über den wahren Werth machen, wesgleichen Zusätze und Veränderungen aus wichtigen Ursachen anzugeben, auch denen Schatzpflichtigen unbenommen, vielmehr bey einer wichtigen Veränderung der Gebäuden nothwendig ist, und können auch Real-Befreyete sich aus der Societät heraus begeben, hierzu wird nun zwarn keine beschränkte Zeit gesetzet, so lang das Haupt-Catastrum noch nicht eingerichtet worden, sobald aber solches zu Stande gebracht worden, gemeldete Zusätze und Veränderungen nicht anders als vom 1ten bis den letzten December, als welche Zeit darzu bestimmet ist, angenommen, binnen welcher diejenige, welche ihre Tar erhöhen, oder vergeringeren wollen, solches bei Landdrost- und Räthen anzeigen müssen, dergleichen Abänderungen erhalten aber nicht ehender ihre Kraft bis den 1. Januar folgenden Jahrs, und bis dahin hat es bey dem vorigen Catastro sowohl in Ansicht der Beyträgen als Schadens-Ersetzung sein Bewenden, wann aber einer von denen mit eingeschriebenen real Befreyeten vorhin aus der Societät das Beneficium gehabt, daß ihme an statt eines abgebrannten Gebäudes dessen Antheil dafür beneficirt worden, so soll er auf solchen Fall die Societät aufzukündigen nicht befügt seyn.

§. 11. Gleichwie obbesagtes Catastrum, und das darinnen befindliche Taxatum zu denen Beyträgen den Grund legt, so giebt es auch solchen zum Ersatz des durch Brand beschädigten in dieser Societät eingeschriebenen Gebäudes, weilen aber das Gebäude nicht jedesmalen völ-

lig abbrennt, auch die Societät von dem Brandschaden selbst vergewissert seyn muß, so ist bey einem nach dem bekannt gemachten Termin, wenn die Verbindlichkeit dieser Societät der Anfang nehmen soll, entstehenden Brandschaden eines associirten Mitgliedes, forderſamſt derſelbigen des Orts Obrigkeit, und von dieſer mit Beyfügung der Nummern und Zeichen deren durch den Brand zu Grund gelegten oder beschädigten Gebäuden, und der Anzeigen, ob, und welche ganz oder nur zum Theil abgebrannt, umständlich und deutlich an Landdrost und Räthe, oder die Commission einzuberichten, falls nun der Schade ſich nicht über 1000 Rthlr. betragt, ist deſſen Aestimation von des Orts Richtern, Gogreven und respective Bürgermeister und Rath in denen Städten unter genauer Befolgung nachstehender Vorschrift, sofort vorzunehmen, und zwarn ohne einigen Unterscheid der Befreyet- oder Unbefreyeten, Geistlichen oder Weltlichen, immaßen solcher Aktus blos zu mehrerer Ordnung und Bequemlichkeit deren Beamten und respective Magistraten per modum specialis Commissionis, eines jeden Freyheit, Exemption, und Rechten unnachtheilich hiemit aufgetragen wird, denen Befreyeten bleibt es jedoch unbenommen, auf ihre Kösten eine besondere Commission von Landdrost und Räthen nachzusuchen; Sollten aber die mit brandbeschädigte Gebäude über 1000 Rthlr. werth seyn, ist nicht ehender, als bis zur Erhaltung der deßfallsigen Anweisung, auch des abgestatteten Berichts, zur Besichtigung und Aestimation zu schreiten, immaßen die Commission ſich alsdann forderſamſt erklären wird, ob dieſelbe nöthig finde, daß solcher Brandschade in Gegenwart ein- oder andern Mitglieds der Commission besichtiget und aestimiret werde.

§. 12. Diese Besichtigung und Aestimation ist folgender Gestalt vorzunehmen und zu bewerkstelligen, 1mò muß die Taxation nach der Wichtigkeit des Gebäudes und Schadens, durch ein- oder mehrere beeidete Bauverständige geschehen. 2dò soll diese in Gegenwart des Orts Obrigkeit öffentlich und mit Beyziehung mehrerer in loco befindlicher Societäts-Genoſſenen geschehen, der Commission auch allezeit freystehen durch einen ihres Mittels auf Gutfinden solcher Aestimation beyzuwohnen. 3tiò ist nicht auf den Werth des Verlustes, sondern nur bloß darauf zu sehen, ob das Gebäude ganz oder halb oder zu $\frac{3}{4}$ oder zum 4ten, 8ten, oder 16ten Theil abgebrannt seye, immaßen nach Proportion des abgebrannten Theils,

das dem Catastro für dem Gebäude eingeschriebene Taxatum, und weiter nicht, vergütet wird. 4tò: Wann die Bauverständige dafür halten, und referiren, daß das brandbeschädigte Haus gar nicht zu repariren seye, so ist der Brand für total zu halten, und werden die etwa übrig gebliebene Materialien für die Kösten gerechnet, so die Aufraumung des Schuttes erfordert, auf Grundmauer und Kellerwerk wird auch nicht reflectiret, zumalen, weilen von steineren Gebäuden, wie bei der Häuser-Taxation hieroben verordnet ist, nichts als Kalk und Arbeitslohn, von denen Grundmauren und Kellerwerk aber überhaupt gar nichts in Anschlag gebracht worden. 5tò: Entstehet darüber Zweifel, ob der Brandschade zu einem 4tel oder halb zu nehmen, so ist dafür ein Drittel, und gleichergestalt, wann Zweifel zwischen einem halb und $\frac{3}{4}$, und also in den übrigen Fällen in den zweifelhaften Sätzen jederzeit ein Medium anzunehmen. 6tò: dafern aber die Beschädigung des Gebäudes so gering geachtet würde, daß selbiges weniger als einen 16ten Theil betrüge, der Brand jedoch zu des Publici Notitz gekommen wäre, und der Eigenthümer einen merklichen Schaden gelitten, so soll ein 16ter Theil vergütet werden, unter einem 16ten Theil aber keine Vergütung Platz haben. 7mò: das Aestimations-Protokoll, worunter beym Schlusse, den wie vielsten Theil der Abgebrannte von der eingeschriebenen Summe zu fordern habe, auszuziehen ist, soll in duplo von des Orts Obrigkeit, respective Beamten und Magistraten, und, wann speciales Commissarii benennt, von selbigen, nicht weniger auch von denen Taxatoribus unterschrieben, und respective besiegelt, sodann ein Exemplar dem Brandbeschädigten selbst, um darauf die Zahlung erhalten zu können, ausgehändiget, das andere aber an Landdrost und Räthe eingesendet werden. 8vò: diese Besichtigung und Taxation geschiehet auf Kösten des Beschädigten, und wird denen Raths-Deputirten, Gogreven oder Richtern, wann sie solches aus Mitleiden ohnentgeldlich zu thun nicht veranlasset werden möchten, für Diaeten und Defraürung 2 Rthlr. überhaupts, deßgleichen dem Actuario 1 Rthlr., denen Taxatoribus aber in concreto von jedem ordinairen Hause $\frac{1}{2}$ Rthlr., von weitläufigen Gebäuden aber nach Ermessen der Obrigkeit einen Rthlr. zugelegt.

§. 13. Nachdeme nun diese Aestimation in vorgeschriebener Maaß vollzogen und dem Brandbeschädigten

das Aestimations-Protokoll sub Sigillo et Supscriptione judiciali ausbehändiget worden, für wessen Expedition überhaupts dem Gericht oder Magistrat von jedem Wohnhaus inclusivè der Nebengebäuden 14 Peterm. und ein mehreres nicht zugelegt wird, hat dieser solches Landdrost und Räthen zu präsentiren, welche es der Brand-Assecurations-Commission sofort zustellen werden, und soll hierauf der Brandbeschädigte nach Abzug dessen, was er als Mitgenoß dieser Gesellschaft selbst darzu beytragen müßte, das Taxatum erhalten, dergestalten, daß solches in drey Terminen gesetzt werde, wovon der erste sofort, der zweyte sechs Monaten nachhero, in Vorgang per Attestatum judiciale beyzubringender Bescheinigung: daß die Reparation des Beschädigten oder respective die Neuerbauung des Gebäudes würklich wieder angefangen worden, abgeführt werden soll; Der dritte und letzte Termin aber wird nicht ehender ausgezahlt, bis vorerwähnter maßen dargethan worden, daß das Gebäude wieder errichtet und wenigstens unter Dach gesetzet seye, immaßen eine der Haupt-Absichten gegenwärtiger Societät ist, daß die durch Brand verwüstete Häuser wieder aufgebauet und die Beschädigte sowohl zu ihren eigenen als des Publici Besten wieder in Stand gesetzet werden mögen, für sich zu leben und die gemeine Laſten mit abzutragen, weßhalben der Brandbeschädigte, so den Beytrag dieser Societät geniessen will, auch zu der Wieder-Aufbauung und respective Reparation des beschädigten Hauses schuldig ist, dergestalten, daß er dafür bey Empfangung des erstern und zweyten Termins sub hypothecâ Bonorum haftet, übrigens ist das neu wieder erbaute Häus, wenn solches in völlig fertigem Stande seyn wird und zur Catastrirung pflichtig ist, de novo zu tariren und dem Catastro einzutragen.

§. 14. Bey entstehenden Brandschaden geschiehet die Zahlung, wann die Summe des 1sten Termins nicht über 2000 Rthlr. ist, vorschießlich aus der Landpfennigmeisterey, eines Theils um den Brandbeschädigten durch die Collectirung nicht aufzuhalten, andern Theils aber vorzukommen, daß es nicht nöthig seye deßfalls eine besondere Kasse zu halten, es hat aber die Commission zu sorgen, daß solcher Vorschuß nicht langwierig seye, sondern der Landpfennigmeisterey unverzüglich wenigst binnen Jahrs Zeit ersetzet werde, zu welchem Ende dann, und so oft es die Noth und Umstände erfordern, die Verfügung von der Commission zu befördern ist, daß die nöthigen Sum-

men zu Ersetzung solcher Brandschäden nach dem Fuß des Catastri und respective Vorschüssen ausgeschrieben und bezahlt werden.

§. 15. Diese Ausschreibung wird, welche, wann die Summe des 1sten Termins sich über 2000 Rthlr. erstrecket, sofort geschiehet, auf Anzeige der Commission und Communication der special Zahlungslisten, von Landdrost und Räthen ausgefertiget werden, und wird der Empfang oder die Collectirung von den Schatzpflichtigen gegen in ihren Schatzungsbüchern einzuschreibender Quitttung jeden Orts Schatzungs-Einnehmern unentgeldlich hiemit aufgetragen, die Befreyete aber angewiesen, ihren Antheil entweder ebenfalls an besagten Schatz-Einnehmer, oder aber unmittelbar bey dem Landpfennigmeister abzuführen, an welchen dann auch die Schatz-Receptoren und Einnehmer die collectirte Gelder gegen Quittung völlig einzuliefern haben.

§. 16. Restanten können gar nicht und um deweniger angenommen werden, weilen keine besondere Brandkasse errichtet wird, es hat also auch kein Ausstand, noch einiger processualischer Aufenthalt Platz, sondern der Bewohner des catastrirten Hauses ohne Untersuchung, ob es ihm gehöre oder nicht, ob sonst wie lange et quo titulo er darinnen gewohnet habe, muß das Quantum des Beytrags, welches dem catastrirten Hause zur Last fällt, sub poena paratissimae Executionis, regressu salvo, bei Strafe doppelter Zahlung, welche der Societät zum Nutzen kömmt, in dem bekannt zu machenden Termino erlegen.

§. 17. Damit aber keine kostsplitterliche Streitigkeit darüber: wer eigentlich zu dem Beytrag, und wenn keine besondere Pacta gemacht worden, solche dem Bewohner zu ersetzen schuldig seye, entstehen möge, so ist zu merken, daß, gleichwie die Beyträge zum Nutzen und Assecurirung des Gebäudes selbsten geschehen, wodurch dasselbige aus der Gefahr derer zu etwaiger Wieder-Erbauung erforderlichen großen Kösten gesetzet und dem Eigenthums-Herrn mehrere Sicherheit und größerer Credit darauf verschaffet wird, also auch der Beytrag auf dem Gebäude selbst und dessen wahren Eigenthums-Herr eigentlich hafte, mithin ein Conductor zu Erbauung eines neuen Hauses, wenn das Bewohnende abbrennen solle, nicht angehalten werden möge, die Lehn-Vasallen und alle diejenige, so einiges Dominium utile an den Gebäuden haben, müssen ex propriis den Beytrag zur Brand-Societät tragen. Ist aber ein Haus sub Discussione und ein Curator Bonorum

angeordnet, so hat derselbige ohne Anfrag den Beytrag zu entrichten, desgleichen ein Immissus, regressu salvo; Übrigens wird Behuf dieses Beytrags überhaupts ein Jus praelationis vor allen andern Lasten wie sie Namen haben mögen, hiemit zugestanden, indem durch diesen Beytrag mit dem Gebäude alle andere demselben anklebende Lasten selbsten mehr versichert werden.

§. 18. Da es dem abgezielten Entzweck zuwider seyn würde, daß die Brands-Societäts-Genossene, welche nunmehro auf eine ordentliche wohl eingerichtete Art denen durch Brandbeschädigten hinlänglich beyspringen, nebst dem noch mit Brand-Collecten beschwert werden sollten, so werden diese Collecten ein- für allemal hiemit abgestellt, und soll keinem Brandbeschädigten, unter was für Vorwand es seyn möchte, einige Collecten, in specie auch für Kirchen und Klöster, immaßen auch diese der Societät beytreten und dadurch der Nothwendigkeit einer künftigen Collecte zeitlich vorkommen können, gestattet werden, gestalten dann auch überhaupt der Nachlaß, welcher denen so einen Brandschaden von Lichtmeß bis Jacobi erlitten, bis heran in denen Schatzungen angediehen, von nun an gänzlich cessiren, denenjenigen aber, welche nach Jacobi den Brandschaden erlitten, der Nachlaß für ein Jahr angedeihen solle.

§. 19. Daß die Gelder, welche die Societät Behuf des neuen Baues hergiebt, darzu verwendet werden müssen, ist bereits oben §. 13 bemerket worden, es wird also jedem anbefohlen sich darnach gehorsamst zu achten, und dafern er zum neuen Bau nicht entschlossen, auch darzu nicht schuldig seyn möchte, keine Gelder von der Societät zu erheben, gleich dann denen Beamten und Magistraten aufgegeben wird, Amts halber darauf, daß solche Gelder zum neuen Bau verwendet werden, zu invigiliren und den allenfallsigen Misbrauch oder Unterschleif und wie solchem vorzukommen oder abzuhelfen seye, an die Commission zu berichten.

§. 20. Alles was zu dieser Brand-Societät einschlaget, geniesset der Freyheit vom Stempel sowohl als allen andern Gerichts-Gebühren, ausser was hieroben §. 5 im 7. Absatz, §. 6 im 4. Absatz, §. 12 im 8. Absatz und §. 13 verordnet worden, und die etwaige Copial-Gebühren betragen möchten.

§. 21. Gleichwie dem Publico überhaupt und nunmehro der Brand-Assecurations-Societät insbesondere daran gelegen ist, daß die Brand-Gereitschaften in Städten,

Freyheiten und auf dem platten Lande in gutem Stande gehalten und das fehlende Nöthige angeschaffet werde; So haben Beamte und Magistraten von allen solchen Brand-Gereitschaften sich ein ordentliches Verzeichniß geben und umständlichen Bericht, in welchem Zustande solches seye, was für Ordnung zumalen in den Städten bey entstehendem Brande gehalten werde, und was bey ein- und andern nöthig zu verbessern seye, sich abstatten zu lassen, und hierunter die ordentliche Verfügung zu treffen, sodann über alles umständlich an Landdrost und Räthe zu berichten; Deßgleichen hat jedes Orts Obrigkeit und Vorsteher in denen Dörferen mit Zuziehung der Bauerrichtern auf die Brand-Gereitschaften sowohl, als auch durch von Zeit zu Zeit, besonders aber im Winter vorzunehmende Visitationes darauf fleißig acht zu haben, daß keine gefährlich angelegte Schorrsteine, Ofen, und besonders Backofen, Schmitten, Fußelkessel und sogenannte Dornen geduldet, sondern das gefährlich Angelegte in Stücken geschlagen und weggeschafft werde.

§. 22. In gleicher Absicht, um nämlich die Brandschäden so viel möglich zu verhüten, werden hiemit Bürgermeister und Rath in Städten und Freyheiten gnädigst erinnert, daran zu seyn, daß die neu erbauende Häuser nicht mit Strohe, sondern mit Schiefer- oder Ziegelpfannen bedecket werden.

§. 23. Sollte jemand so vermessen seyn, einen Brandschaden aus Bosheit in seinem eigenen Hause anzustiften, derselbe soll nicht allein der Ersetzung verlustig, sondern auch exemplarisch und nach Schärfe der Rechten gestrafet werden.

§. 24. Die Catastra und Rechnungen der Societät sollen auf Erfordern jedesmal Landdrost und Räthen sowohl, als denen Landständen bey Landtägen und Quartal-Conventionen offen gelegt, auch deren Einsicht denen Societäts-Genossen gestattet, und so oft ein Brandschade entstehet, derselbige, auch wie viel auf jede 5 Rthlr. beygetragen werden müsse, nebst der particulariter in jedem Kirchspiel per Publicandum zu verfügender Bekanntmachung des Beytrags, dem Publico durch das Intelligenzblatt kund gemacht werden.

§. 25. Da die Verbindlichkeit der Societät nicht ehender den Anfang nehmen kann, bis die Catastra völlig eingerichtet seyn werden; So soll der Terminus, von welchem die Verbindlichkeit derselben den Anfang nimmt,

bekannt gemacht werden, und bis dahin hat weder Beytrag noch Ersetzung des Brandschadens statt; Es soll also diese von Uns gnädigst bestätigte Verordnung in allen Stücken und Puncten aufs genaueste befolget, zu dem Ende gewöhnlicher maßen affigirt, denen Beamten und sämmtlichen Gerichteren sowohl, als denen Bürgermeistern und Rath in Städten und Freyheiten ein gedrucktes Exemplar zugestellt werden.

Nro. 1mo.
Formular-Tabelle zum 5ten Spho. Art. 6to.

Amt oder Gericht.	Nro. des Wohnhauses.	Zeichen der Nebengebäuden.	Namen des Eigenthümers und jetzigen Bewohners.
Stadt Freyheit Kirspiel Dorf Baurschaft			
Kirchspiel	1.		Wohnhaus
		A.	Leibzuchthaus
		B.	Backhaus
		C.	Scheuer
		D.	Stall ꝛc.
Baurschaft			

Folget Anzeige der realiter befreyeten Häuseren und Gebäuden.

Stadt Freyheit Kirchspiel Dorf Bauerschaft	Namen			Wie sich der Eigenthums-Herr wegen der Eintretung in die Societät und Taxation declarirt habe?
	des Hauses	der Bewohner und dessen Qualität.	des Eigenthums-Herrn.	

Nro. 2do
Formular-Tabelle
Amt oder Gericht.

Stadt Freyheit Kirspiel Dorf Baurschaft	Nummer des Hauses.	Zeichen der Nebengebäuden.	Verzeichniß der Häuser und Nebengebäuden sammt ihrem Anschlag.	Taxe jeden Hauses.	Sa. des Numeri.
Kirspiel			Wohnhaus	450	
	1.	a.	Leibzuchtshaus	175	
		b.	Die Scheuer	500	1475
		c.	Der Pferdestall	75	
		d.	Der Kühestall	225	
		e.	Der Schweinstall	50	
	2.		Wohnhaus	725	1725
		a.	Die Scheuer	1000	

Nro. 2.
Formular-Tabelle
zum 7ten und 8ten §pho.

Auszug der realiter Befreyeten, welche sich entweder selbst aestimiret, oder respective taxiren lassen.

Amt oder Gericht.

Stadt Freyheit Kirspiel Dorf Baurschaft	Nummer des Hauses.	Zeichen der Neben-Gebäuden.	
Kirchspiel	1.	a.	Adeliches Wohnhaus des Hrn. gen. das Haus
		b.	Die Scheuren
		c.	Das Gärtnerhaus
		d.	Der Pferdsstall ꝛc.
			Summa realiter Befreyeten.
			Summa der Pfachtpflichtigen.
			In Summa totalis.

720. Bonn den 20. Juni 1778.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Nachdem Wir in Unsern Erzstiftischen Landen dieß und jenseits Rheines dem bey Sterb- und Trauerfällen gemachten so ohnnöthigen als übertriebenen Kösten-Aufwand durch eine Landsherrliche Verordnung zu steueren mildest bewogen worden; So wollen Wir zu desto sicherer Erreichung eines so heilsamen Entzwecks die Trauer hiemit völlig abgeschafft haben, verbieten mithin

1. allen und jeden ohne Unterschied des Standes und Ranges sowohl männlichen als weiblichen Geschlechts bey vorkommenden Sterb- und Trauerfallen schwarze Kleider anzulegen, und zwar unter Straf von hundert Reichsthaler.

2. Gestatten ihnen gleichwohlen bey den Begräbnißen und Exequien mit schwarzen Mänteln zu erscheinen;

3. erlauben auch allen und jeden, ausschließlich jedoch den geringen Bürgers sowohl als Bauersleuten, bey Absterben Manns oder Frau, Eltern, Groß- und Schwieger-Eltern, großjähriger Kinder, wie auch testamentarischen Erblassern, wenn diese schon gar nicht verwandt seyn möchten, nur auf ein halb Jahr, bey Trauerfällen aber von Schwestern, Brüdern und Schwägern nur ein viertel Jahr, fort bey solchen Fällen von derenselben großjährigen Kindern, wie auch Oheimen und Mühnen nur sechs Wochen einen schwarzen Flor auf dem Huth oder Arm fürs männliche Geschlecht, und ein schwarzes Band auf der Haube oder ein schwarz-flornes Halstuch fürs weibliche Geschlecht tragen zu dörfen; wobey gleichwohl dem weiblichen Geschlecht der halbschwarze Zeug und Stoff ausdrücklich verbothen bleibt.

4. Wird unter vorgemeldter Strafe verbothen den Haus-Officianten und Bedienten, sowohl männlichen als weiblichen Geschlechts (sie mögen Namen haben, wie sie wollen) das mindeste an Trauer, oder dafür an Geld oder Geldes Werth zu geben, oder durch andere geben zu lassen, wie nicht weniger

5. in den Sterbhäusern weder die Zimmer die noch Stühle, Tische und Spiegeln, wie auch bey den Exequien die Stühle und Bänke in den Kirchen, imgleichen die Pferde und Wagen mit schwarzem Tuch zu behangen und zu überziehen.

6. Sollen die bis hiehin etwa üblich gewesenen Leichen-Reden oder Predigten, wie auch die Trauer-Gastmäle hiemit gänzlich abgeschafft seyn.

7. Wird den geringen Bürgers- sowohl, als Bauerleuten, welche mit schwarzen Kleidern noch versehen sind, solche auf Sonn- und Feyrtägen, ausschließlich der Trauerfällen, zu tragen und zu verschleissen zwar verstattet, neue aber anzukaufen unter fünf Reichsthaler unnachlaßig verwirkender Strafe wohl ernstlich verbothen.

Wir befehlen demnach Unsern Landdrost- und Räthen in Westphalen, Statthaltern im Vest Recklinghausen, Amtleuten, Dröſten, Unterherren, Vögt- und Schultheisen, Gogreven, Richtern, Amtsverwaltern, Unterherrlichkeits-Richtern und Beamten, wie auch Bürgermeister und Rath in Städten und Freyheiten, fort Scheffen und Vorstehern aufm platten Lande dieß- und jenseits Rheines hiemit gnädigst, auf gegenwärtige gnädigste Verordnung, und daß derselben ohne Unterschied der Personen von allen und jeden genauest nachgelebet werde, ernstlich und mit Nachdruck zu halten, und die Uebertrettere zur gebührenden Strafe, wovon dem Angeber die Halbscheid nebst Verschweigung seines Namens zu Theil werden soll, zu ziehen; Und damit diese nützliche Verordnung zu jedermanns Wissenschaft gebracht werde, soll dieselbe von den Kanzlen verkündet und gehöriger Orten angeschlagen werden.

---

721. Bonn den 11. Juli 1778.

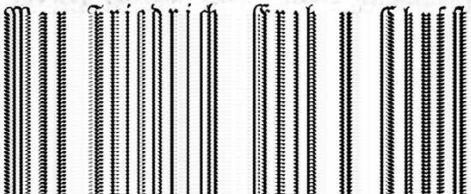
Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Zur Beförderung der Rothgärbereien im Herzogthum Westphalen wird die Ausfuhr der daselbst gewonnenen Lohe, so wie deren Verkauf an Auswärtige verboten.

Bemerk. Unterm 19. Februar 1783 ist Jülich und Berg, welches die Ausfuhr der Lohe ins kölnische Gebiet gestattet, von obigem Verbote ausgenommen worden.

---

722. Bonn den 2. Dezember 1778.



soll nach Abfluß zweier Jahre Niemand eine Anstellung im Staatsdienste oder die Legalität erlangen, der nicht zwei Jahre lang den juristischen Kollegien bei der gedachten Akademie mit Fleiß und Nutzen beigewohnt hat, und darüber ein akademisches Zeugniß seinem Anstellungs-Gesuche beilegen wird.

---

723. Bonn den 27. Februar 1779.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Demnach Uns mehrmalen höchst mißfällig vorgekommen, daß die Vereheligungs- Tauf- und Sterbbücher an vielen Orten oder vernachläßiget, oder durch Feuersbrunst und sonstige Zufälle gar verloren worden, und dann dem gemeinen Wesen dadurch großer Nachtheil zugewachsen, als haben um solchem Unwesen vorzubeugen nöthig gefunden, in Gefolg tragenden Erzbischöflichen Amts hierunter gemessene Vorsehung zu thuen, und zu verordnen:

Verordnen auch hiemit gnädigst

1. In jeder Pfarr- und Filial-Kirche, wo der Tauf vorfindlich, sollen gleich nach Erhaltung dieses drey besondere Bücher in Bogenform aus Kirchen- — und wo solche nicht hinreichen, aus gemeinen Mitteln angeschafft, und mit der Ueberschrift: »Tauf- Copulations- und Sterb-Buch« versehen werden.

2. Jeder Pastor solle die vorfallende Vereheligungen, Tauf- und Sterbfälle in das dazu bestimmte Buch zur nämlichen Zeit der vorgehender Taufe, oder Copulation, und in Gegenwart deren annoch anwesenden Theilen, und nicht hernach, wie nicht weniger, auch den Sterbtag zu Latein, nach denen in Agendà Coloniensi Fol. 425 des Endes eigends vorgeschriebenen Formulen, einschreiben, und zwarn mit denen vom 1. Januarii dieses laufenden 1779ten Jahres vorgefallenen Ereignissen den Anfang machen, und diese Verzeichniß sollen die Pastorn den letzten Dezember jeden Jahres mit ihrer eigenen Unterschrift bestätigen.

3. Bey der Vereheligung sollen noch hinzugesetzt werden die Namen deren beeden Eltern, sowohl von Seiten der Braut, als des Bräutigams.

4. Zu mehrerer Verhütung aller bey itztbesagter Einrichtung dannoch vorgehen könnender Nachläßigkeit sollen

die Küstern, als welche bey allen diesen Vorfällen persönlich zugegen sind, die Getauften, Vereheligten und Verstorbenen für sich besonders aufzeichnen, welche Aufzeichnung des Küsters nachhero alljährlich bey haltender Conferenz von dem Praeses, und übrigen zur Conferenz gehörigen Pastoren collationirt werden solle, welchemnach dann der in den Pfarrbüchern sowohl, als in denen des Küsters Annotationen vorfindender Abgang zu Unserm General-Vicariat zur gehörigen Ahndung gleich einberichtet werden solle, wo ansonsten Praeses und übrige dafür angesehen werden.

5. Bei Absterben eines Pastors sollen dessen Executores vorberührte Bücher sowohl, als sonstige zur Pfarrey oder Kirche gehörige Litterarien auf keinerley Art aus dem Pfarrhause hinwegbringen, sondern selbige sollen von den Landdechanten sofort nachgesehen, und die vom Verstorbenen nicht unterzeichnete Blätter von selbigen unterschrieben, solchemnach dem Deservitorn eingehändiget werden, wovon währendem Nachjahre die Bücher richtig geführet, bey seinem Abgange unterschrieben, und dem antretenden Pastorn übergeben werden müssen.

6. Alle alte Vereheligungs- Tauf- und Sterb-Bücher sollen, Falls es nöthig, aufs neu eingebunden, und zu gesicherter Verwahrung zum Kirchen-Archiv hingeleget werden, welches zu verstehen von denjenigen alten Büchern, so zu Mittheilung der Attestaten und also zum täglichen Gebrauche nicht nothwendig sind.

7. Damit nun diese Nachrichten der Nachkommenschaft desto sicherer aufbehalten bleiben und durch keine zufällige Weise verlustiget gehen mögen, so werden Wir ferner gnädigst befehlen, daß vom Gerichte eines jeden Ortes aus gemeinen Mitteln ebenfalls drei dergleichen Büchern angeschaffet, und im Jenner jeden Jahres den Pastorn zugestellt werden sollen, um in solche inner sechs Wochen Zeit die im nächstverflossenen Jahre vorgegangene Vereheligungs-Tauf- und Sterbfällen aus ihrem Original-Buch einzutragen, welche, nach geschehener Einschreibung mit den Original-Kirchenbüchern gleichlautend zu seyn, die Pastores attestiren sollen.

8. Bey Rücklieferung dieser zum Gerichte gehörigen Büchern, als welche durch vertraute Bothen geschehen muß, solle jeder Pastor seine Originalien zugleich mitschicken, damit die Gerichtschreibere solche collationiren

und die zum Gerichte gehörige Bücher auch pro Concordantiâ unterschreiben können.

9. Die Pastoren allein sollen die Auszüge oder Zeugnissen für die Gebühr ertheilen, die Gerichtschreibere aber, wie Wir verordnen werden, niemalen, es wäre denn das Kirchenbuch verkommen, welches alsdann dem Extract mit beyzusetzen ist.

Diese unsere gnädigste Verordnung solle jedem deren anzuschaffenden Büchern beygeschrieben oder beygebunden, und sämmtlichen Pastoren zu beständiger Befolgung mitgetheilet werden.

Bemerk. Mit dieser Verordnung ist die Nachfolgende zugleich publizirt worden.

Maximilianus Fridericus etc.

Pro singulari Nostrâ Sollicitudine, quâ Subditorum Nostrorum bono, et utilitati publicae semper intendimus, emanavit à Nobis sub 27mâ Mensis praeteriti generalis Baptizatorum, Copulatorum, et Defunctorum Protocolla concernens ordinatio. Cùm verò in illâ de modo et formâ et proles illegitimas praetactis libris inscribendi ex causis moventibus mentio facta non sit; Hinc ut et hâc in parte nihil negligatur, clementissimè mandamus per praesentes, ut in adnotatione prolis illegitimae in praedictis libris faciendâ nullâ ejusdem patris mentio fiat, nisi solummodo in hisce tribus casibus:

A. Si à competente judice ùt pater ejusmodi prolis fuerit declaratus.

B. Si semetipsum patrem edixerit, et Parocho manifestaverit.

C. Si ipse absens per authenticam et legalem declarationem se patrem illegitimae prolis confessus fuerit.

Extra memoratos casus tantummodo mater prolis illegitimae inscribatur, modò haec ipsa mater obstetricis, aut aliorum fide dignorum Testimonio innotuerit.

Quod si illegitimam prolem per subsequens parentum suorum matrimonium legitimari contingat; extunc non solùm adhuc matrimonii contracti Copulatorum libro inseratur, sed et quod novi illi conjuges prolem antea illegitimo Thoro à se suscitatam modò

ut suam agnoverint, et ita legitimaverint, exprimendum est, proindèque et dies Nativitatis, et dies collati Baptismatis, et Ecclesia, in quâ baptizata est, unà cum Nominibus adhibitorum Patrinorum simul adnotanda sunt sub sequenti formâ:

»Qui memorati novi Conjuges Prolem à se extra »Matrimonium procreatam N. ut suam agnoverunt, et »declararunt. Haec Proles N. nata est Anno . . . Die » . . . Mensis . . . et baptizata in Ecclesiâ loci N. »Dioecesis . . . Die . . . Mensis . . . Anni . . . cujus »Patrini fuerunt N. N.«

Hanc itaque formam adnotandi illegitimos Parochis clementissimè praescribimus, mandantes illam pro casu emergente accuratissimè observari. In quorum fidem praesentes Manu propriâ subscripsimus, et Sigillo Nostro communiri jussimus. Bonnae 8vâ Martii 1779.

Bemerk. Unterm 16. Februar 1785 ist den churfürstlichen Gerichten die strengere Beobachtung der gleichzeitig erneuerten, vorstehenden Verordnungen befohlen worden.

---

724. Bonn den 2. März 1779.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Zur Regulirung des gesammten Medizinal-Wesens wird für die sämmtlichen churfürstlichen Gebiete ein in der Stadt Bonn residirender Medizinal Rath errichtet und im Wesentlichen verordnet:

1. daß künftig diejenigen Medizinal-Personen, welche nicht von dem Medizinal-Rathe geprüft worden und auf den Grund dessen Approbationszeugnisses eine Erlaubniß-Urkunde des churfürstl. Hofrathes erhalten haben, keinen Zweig der Heilkunde ausüben dürfen;

2. daß die vorhandenen, von den früher angeordnet gewesenen Examinatoren, noch nicht geprüften und approbirten Medizinalpersonen sich der Bestimmung sub 1. binnen 2 Monaten unterziehen, oder, bei Vermeidung von Geld- und Zuchthaus-Strafen, sich alles Kurirens enthalten müssen;

3. daß Aerzte, Wundärzte, Apotheker, Bader und Hebammen, so wie die zu einem Theile der Heilkunde sich

bekennenden Personen ihre Approbations-Urkunde der Obrigkeit des Ortes, wo sie sich niederlassen, präsentiren und dem gerichtlichen oder städtischen Protokoll müssen eintragen lassen, ehe sie prakticiren dürfen;

4. daß Operateurs, Bruchschneider, Zahnärzte und andere, gewisse Krankheiten, etwa durch Geheimmittel, heilende Personen in diesen Beziehungen vom Medizinal-Rathe ebenfalls geprüft und zur Ausübung des in der Urkunde zu bezeichnenden Zweiges der Heilkunde ermächtigt werden müssen, daß aber Ueberschreitungen dieser Erlaubniß wie sub 2. bestraft werden sollen;

5. daß die von den Medizinalpersonen zu erhebenden Examinations- u. a. Gebühren eine beigefügte Taxe nicht übersteigen sollen;

6. daß sämmtliche zum Medizinalwesen gehörige Personen in solcher Beziehung dem Medizinalrathe untergeben sein, und von demselben durch scharfe Ahndung zur genauesten Beobachtung ihrer Pflichten angehalten werden sollen;

7. daß, bei den ins Medizinalwesen einschlagenden Klagen, die Aufklärung der Geschichte zur Cognition des Medizinalrathes gehören, die Anhebung der Civilaktion zur Entschädigung aber bei den ordentlichen Gerichten verbleiben soll, und

8. daß die Lokalbehörden auf Erfordern des Medizinalrathes demselben Berichte erstatten und dessen Anordnungen in besondern Fällen Folge leisten und unterstützen sollen.

Bemerk. Die vorstehende Verordnung ist sämmtlichen Lokalbehörden zur Publikation communicirt und denselben zugleich aufgegeben worden, dem Medizinalrathe mehrere vorgeschriebene, den quantitativen und qualitativen Zustand der Medizinal-Personen und Anstalten nachweisende Nachrichten unverzüglich einzureichen; demselben alle im Medizinalwesen vorfallende Veränderungen und Begebenheiten anzuzeigen, und dessen Verfügungen zu zweckmäßiger Exekution unweigerlich zu befördern. (Conf. auch Nr. 857 d. S.)

725. Bonn den 2. März 1779.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Auf den Antrag der Landstände wird zur Verminderung der gemeinschädlichen Spatzen (Sperlinge) verordnet, daß im rhein. Erzstifte zweimal im Jahre, während der Monate Mai, Juni und Juli und resp. Januar und Februar, jeder Kötter, Beilieger und Tagelöhner 6 Spatzenköpfe, jeder Bauer, welcher mit einem, drei oder sechs Pferden bauet, 8, 10 oder 12 Spatzenköpfe und jeder städtische Bürger 8 Spatzenköpfe an festzusetzenden Tagen der Ortsbehörde abliefern, oder für jeden fehlenden Kopf zwey Stüber Strafe erlegen soll. Zur Ausführung dieser Maßregel werden ausführliche Vorschriften ertheilt, u. A. den mit ihrer Handhabung beauftragten Personen die Strafgelder überwiesen, die öffentliche Verbrennung der Spatzenköpfe an den Ablieferungstagen aufgegeben, und jede Connivenz mit den Lieferungspflichtigen untersagt. Das bestehende Verbot des Schiessens der Sperlinge wird gleichzeitig erneuert.

Bemerk. Unterm 3. Juli 1787 ist die obige Verordnung aufgehoben worden, weil ihr Zweck durch die bei ihrer Vollziehung eingeschlichenen Mißbräuche vereitelt worden, und in eine nutzlose Belästigung der Unterthanen ausgeartet ist.

---

726. Bonn den 12. März 1779.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Mit Bezugnahme auf das am 19. Juni 1761 (Nr. 476 d. S.) erlassene Verbot des Aehrenlesens vor vollendeter Erndte wird bestimmt, daß diejenigen Personen, welche sich unter dem Vorwande des Aehrensammelns, zur Morgens-, Mittags- und Abendszeit, wenn die Felder von Arbeitern entblößt sind, auf den mit Frucht-Garben und Bauschen noch besetzten Aeckern betreten lassen, entweder mit einjährigem Stockhaus-Arreste, oder mit zeitlicher oder ewiger Landesverweisung, oder auch wohl gar mit der Fustigation unnachsichtlich bestraft werden sollen.

---

727. Bonn den 12. März 1779.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Ueber die Form der von Brandbeschädigten im rhein. Erzstifte, Behufs Erlangung eines Steuer- (Simpels-) Nachlasses, den Landständen zu producirenden amtlichen Zeugnisse werden, zur Verhütung fernerer Unterschleife, ausführliche Vorschriften ertheilt.

---

728. Bonn den 31. März 1779.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Nachdemalen die Beybehaltung und Beförderung des Commercii unumgänglich erforderet, daß die in Unseren churfürstl. Landen befindliche gemeinen Landstrassen an Orten, wo solches bishero noch nicht geschehen, in brauchbaren Stand gestellet werden, solche vorzunehmende Herstellung aber sowohl das gemeine Beßte, als insbesonder für jene Aemter, durch deren Bezirke solche Landstrassen führen, namhafte Vortheile bezielet, mithin auch durch vereinte wechselseitige Hülfe, und Concurrenz zu bewirken ist; als befehlen Wir hierdurch so gnädigst, als ernstlichst: Daß

1. in jenen Fällen, wenn von der gnädigst angeordneten Weeg-Commission auf gehorsamst eingehohlte Unsere gnädigste Begnehmigung neue Landstrassen errichtet, die vorhandene verbunden, oder alte zum Verfall gekommene Landstrassen aufs neue hergestellet werden, alsdann bey dieser ausserordentlichen neuen Einrichtung oder Herstellung, sowohl alle Amts-Einsassen unter sich, als auch ausser diesen jene Aemter, und Ortschaften, welche weniger, oder mit gar keiner neuen Weegmachung betroffen werden, zur Erleichterung deren zu sehr Belasteten ohnweigerlich concurriren, fort an denen anzuweisenden Distrikten ohne Unterschied, ob dieselbe in diesem, oder jenem Bahne gelegen, die Weeg-Arbeit vornehmen sollen und zwar dergestalten,

2. daß hierbey in proportionirlicher Leistung deren Diensten auf die Zahl deren in jedem Dorfe erfindlichen Einsassen die genaueste Rücksicht genommen, fort darnach die gehörige Gleichheit im Aufbieten beobachtet, mithin hierunter ein Dorf gegen das andere nach sothaner Ver-

hältniß keineswegs praegraviret werde. Um aber auch unter denen Einsassen selbsten eine nach Kräften abgemessene verhältnißmäßige Beyhülfe zu bestimmen, befehlen Wir hiemit ferner

3. daß, so viel die zu solcher neuen Weegmachung erforderliche Spanndiensten betrifft, die gemeinschaftliche Concurrenz nicht nach dem so genannten amtsmäßigen Fuß, sondern lediglich nach Verhältniß der Zahle deren von einem jeden gehalten werdenden Pferden oder Zug-Ochsen geschehen, folglich jener der ein Pferd hat, mit einem, der zwey, mit zweyen, wie er bespannet, jedesmal da die Reihe des Aufboths an ihn kommen wird, zu dieser privilegirten Weegarbeit dienen solle, welches dann in nämlicher Maaß von denen Zug-Ochsen zu verstehen ist. Zu denen Handdiensten sollen ohne einige Ausnahm alle die Einsassen, welche kein Zug-Vieh halten, nach der Reihe aufgebothen und dieser Aufboth nach Maßgab der vorzunehmenden Arbeit wiederholet werden. Gleichwie aber

4. diese ausserordentliche ganz neue Errichtung oder Herstellung gemeiner Landstrassen von allen und jeden Eingesessenen derjenigen Aemter, welche davon durchstrichen werden, und also die daraus auf sie fließenden Vortheile zu geniessen haben, als eine gemeinschaftliche Sache gehorsamst und willigst zu beförderen ist; so solle auch niemand weder unter dem Vorwand bisherigen widrigen Herbringens oder unter Vorschützung vorheriger, ohnehin nur von jährlichen Reparationen redenden, mithin hieher nicht zu ziehender landesherrlichen Verordnungen, oder sonstigen Freyheiten, oder Immunitäten (welche aber ausser diesen ausserordentlichen Fällen im übrigen wohl hergebrachter Maßen ganz ohnversehrt bleiben sollen) des ihme zu obgemeldetem Behuf zukommenden Aufboths zu entziehen, sich beyfallen lassen, sondern vielmehr auf den gemeinen und öffentlichen Nutzen, fort die damit unterlaufende Billigkeit einer gleichen Austheilung die gehörige patriotische Rücksicht nehmen, mithin auf jedesmaligen Aufboth an den ihm bedeuteten Distrikt nach Maßgab obiger Verordnung sich um so gewisser einfinden, als sonsten wider alle und jede, welche sich hierunter saumselig bezeigen werden, mit der strackesten Execution verfahren werden solle. So bald hingegen solche Landstrassen einmal in gehörigen Stand gestellet seyn werden; So sollen

5. solche unter der Aufsicht der gnädigst angeordneten Weeg-Commission in bestimmte Distrikten ausgetheilet und ein jeder derenselben denen in jedem Dorfe wohnenden Weeg-pflichtigen Einsassen zur jährlichen Reparation angewiesen werden; und solle

6. im Falle, daß durch die angewiesene Weeg-Arbeit sich jemand beschweret zu seyn vermeynte, die gnädigst angeordnete Weeg-Commission, auf dessen gebührliches Anmelden nach summarischer Untersuchung und auf die zu beachtende Gleichheit genommener Rücksicht, solchen Beschwerden durch billige Verfügung abhelfen; Denenjenigen aber, welche mit solcher Verfügung nicht zufrieden, ihre vermeynte Beschwerden im Weeg Rechtens anzubringen gesinnet seyn sollten, bleibt zwar dieses unbenommen. Gleichwie aber durch solche Rechtspflegen die höchsterspriessliche Herstellung deren Weegen auf keinerley Art behindert werden darf; so sollen dergleichen von den Commissarischen Anordnungen genommene Recursus keinen effectum suspensivum, sondern nur devolutivum gewinnen, indessen aber denen Verfügungen der Weeg-Commission stracklichst nachgesetzt, und nach abgeurtheilter Sache von dem unterliegenden Theil der Ersatz geleistet werden. Damit aber auch

7. Unsere getreue Unterthanen durch unnöthiges Aufbiethen nicht beschweret, und die vor selbige aus der Herstellung deren Weegen fliessende Ersprießlichkeit nicht möge verfehlet werden; Als befehlen Wir ferner allen Unsern in diesem Fache einige Obliegenheit habenden Beamten hiemit gnädigst, ohne vorhero von der Weeg-Commission ihnen zugekommenen gemessenen Auftrag keine Weeg-Arbeit vorzunehmen, fort in Vollstreckung aller von derselben ihnen zugehenden Verfügungen die stracklichste Folge zu leisten. Gleichwie aber

8. gegenwärtige sowohl, als die vor Unser Rheinisches Erzstift insbesondere von Zeit zu Zeit erlassene Weeg-Verordnungen nur einzelne Fälle beziehen, mithin vor die übrigen, um das angehobene Geschäfft nicht bey jeder Gelegenheit hinterstellig zu machen, ein einsweiliges Provisionale erforderlich ist, in dieser Rücksicht aber das im Jahr 1769 für Unser Herzogthum Westphalen verkündete Weeg-Edikt (Conf. Nr. 642 d. S.) um so anwendlicher erscheinet, je thätlicher erwiesen worden, daß selbiges in ersagtem Unserm Hgthm. Westphalen die wirksamste Folge nach sich gezogen, und zu dem nicht allein

die bergichte, ſondern auch die flache Landſchaften zum Gegenſtand hat; Als befehlen Wir ferner gnädigſt, daß vorerwehnte Verordnung vom Jahr 1769 in jenen Fällen, welchen durch die beſondere vor Unſer Rheiniſches Erzſtift erlaſſene Edikten nicht vorgeſehen iſt, von Unſerer Weeg-Commission einsweilen zur Richtſchnur genommen, und in dieſſeitigem Erzſtift provisorié bis auf anderweite gnadigſte Verordnung eingehalten und von jedem, den es angehen mag, ſchuldigſt befolget, gegenwärtiger Verordnung beygeheftet und mit derſelben gewöhnlicher Maßen publiciret werde.

729. Bonn den 20. April 1779.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfſt.

Unter Erneuerung der frühern Verbote des Abhauens und Aufpflanzens von Bäumen und Mayen bei Kirchweihen, Gottstrachten, am erſten Mai und bei andern Feierlichkeiten (ſ. Nr. 180 d. S.), wird den Lokalbehörden die Verhinderung „der heimlichen höchſt verderblichen Fällungen und Verſchleppungen der Bäume und reſp. Abhauung der Mayen, unter welchem Vorwande ſolches „auch immer möge geſchehen wollen," befohlen, und ſollen die Contravenienten mit einer willkührlichen Brüchte beſtraft werden.

730. Bonn den 30. Juli 1779.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfſt.

Die unterm 26. Mai und 24. Dezember 1770 (Nr. 652 d. S.) erlaſſenen Beſtimmungen werden dahin modificirt, daß das Tanzen an Sonn- und Feſt-Tagen nach beendigtem nachmittaglichen Gottesdienſt in den erzſtiftiſchen Orten dies- und jenſeits Rheines zwar geſtattet ſein, jedoch nicht über die ediktmäßige Zeit verlängert werden ſoll und daß auch Unordnungen und Exceſſe dabei verhütet werden müſſen. Uebrigens ſollen aber die Beſchränkungen der Luſtbarkeiten auf einen Tag, in Rückſicht der Faſtnacht, der Erndte, des Herbſtes und der Kirchweihe fortbeſtehen.

731. Arnsberg den 9. August 1779.

Landdrost u. Räthe.

Die an die Lokalbehörden im Herzogthum Westphalen von Landdrost und Räthen ergehenden Verordnungen und Befehle müssen von Ersteren in ein besonderes Buch eingetragen werden.

732. Arnsberg den 16. September 1779.

Landdrost u. Räthe.

Die in der Verordnung vom 13. Februar 1766 (Nr. 703 d. S.) enthaltene Beschränkung des Schriftwechsels in Streitsachen, so wie die Bestimmung: daß in geringfügigen Sachen, welche nur den Werth von 5 Rthlr. und darunter betreffen, gar kein Schriftwechsel stattfinden soll, sondern daß diese durch ein mündliches Verhör de plano et summarie abgethan werden sollen —, müssen von den Lokalgerichten in Westphalen bei 20 Gldg. Strafe streng beachtet werden.

733. Bonn den 26. Januar 1780.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Publikation zweier erzbischöflichen am 19. Juli 1779 und. 4. d. M. erlassenen Verordnungen, wodurch das an vielen Orten im Monat Mai und bei andern Veranlassungen übliche Nachtgeläute in den sämmtlichen churfürstl. Gebieten bei 25 Gldg. Brüchtenstrafe untersagt, jedoch das Glockengeläute bei Gewittern und Feuersbrünsten von diesem Verbot ausgenommen wird.

734. Bonn den 25. Februar 1780.

Max. Friedrich, Erzb. u. Chrfst.

Die Verordnung vom 22. April 1752 (Nr. 535 d. S.) wird dahin erweitert, daß denjenigen Ausländern, die nicht 150 Reichsgulden disponibles Vermögen besitzen, ohne besondere landesherrliche Erlaubniß, — den Inländischgebornen aber, ohne besondere Erlaubniß der Hof-